

Kann sich Südtirol eine Eigenstaatlichkeit leisten?

Ökonomische Aspekte einer Sezession am Beispiel Südtirol

Juni 2018

Kann sich Südtirol eine Eigenstaatlichkeit leisten?

Eine Studie im Auftrag von:

Pius **Leitner**

Abgeordneter zum Südtiroler Landtag von 1993 bis 2017

Ehrenobmann der Südtiroler Freiheitlichen

pius.leitner@brennercom.net

Studienautoren:

Dr. Stefan D. **Haigner**

Mag. Stefan **Jenewein**

Unter der wissenschaftlichen Leitung von:

Em. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Friedrich **Schneider**, Johannes Kepler Universität Linz

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	11
2	Eine ökonomische Bestandsaufnahme.....	17
2.1	Südtirol im Kontext der italienischen Regionen und Provinzen.....	19
2.2	Die Einnahmen Südtirols.....	27
2.3	Die Ausgaben Südtirols.....	32
2.4	Südtirol, ein Nettoempfänger oder ein Nettozahler?.....	39
2.5	Landeshaushalt der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol.....	40
2.6	Südtirol und seine Handelsbeziehungen.....	44
2.7	Zusammenfassung.....	58
3	Zentrale Herausforderungen aus ökonomischer Sicht.....	61
3.1	Südtirols Anteil an der Staatsverschuldung Italiens.....	65
3.2	Öffentliche Verwaltung.....	68
3.3	Geldpolitik.....	74
3.4	Arbeitsmarkt.....	75
3.5	Zusammenfassung.....	77
4	Diskussion der Ergebnisse.....	79
4.1	Bewältigbare Herausforderungen.....	81
4.2	Ökonomische Desintegration als Damoklesschwert.....	85
4.3	Resümee.....	90
5	Quellen.....	95
6	Anhang.....	103
6.1	Örtliche öffentliche Körperschaften in Südtirol.....	106
6.2	Intra- und Extra-EU Handel der EU-Mitgliedstaaten.....	107

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 2-1:	Reales Wirtschaftswachstum nach Regionen	24
Tabelle 2-2:	Anteile der laufenden Einnahmen nach Verwaltungsebene	30
Tabelle 2-3:	Anteile der Kapitaleinnahmen nach Verwaltungsebene	31
Tabelle 2-4:	Steuer- und Abgabenaufkommen in Südtirol, 2015	32
Tabelle 2-5:	Anteile der laufenden Ausgaben nach Verwaltungsebene.....	35
Tabelle 2-6:	Laufende Gesamtausgaben nach Sektoren	36
Tabelle 2-7:	Anteile der Investitionsausgaben nach Verwaltungsebene.....	38
Tabelle 2-8:	Investitionsausgaben nach Sektoren	38
Tabelle 2-9:	Einnahmen, Ausgaben und Primärsaldo.....	39
Tabelle 2-10:	Primärsaldo Südtirols in einer Durchschnittsbetrachtung	40
Tabelle 2-11:	Landeshaushalt Südtirol: Veranschlagte Einnahmen 2017	43
Tabelle 2-12:	Aufkommensstärkste Steuern und Abgaben 2017	43
Tabelle 2-13:	Landeshaushalt Südtirol: Veranschlagte Ausgaben 2017.....	44
Tabelle 2-14:	Warenhandel Südtirols nach Unterabschnitten von Produkten	49
Tabelle 2-15:	Importanteile Südtirols nach Unterabschnitten von Produkten.....	51
Tabelle 2-16:	Exportanteile Südtirols nach Unterabschnitten von Produkten.....	52
Tabelle 2-17:	Interregionaler und internationaler Handel Südtirols	55
Tabelle 2-18:	Kennzahlen Tourismus Südtirol 2015	57
Tabelle 3-1:	Staatsausgaben (2016) nach COFOG-Aufgabenbereich im internationalen Vergleich.....	64
Tabelle 3-2:	Südtiroler Anteils an italienischen Bruttoschulden	68
Tabelle 3-3:	Abschätzung der Ausgaben für Landesverteidigung.....	70
Tabelle 3-4:	Inneritalienische Pendlerströme Südtirol	76
Tabelle 6-1:	Klassifizierung der Körperschaften des Erweiterten Öffentlichen Sektors	105
Tabelle 6-2:	Intra- und Extra-EU Importe der EU-Mitgliedstaaten	107
Tabelle 6-3:	Intra- und Extra-EU Exporte der EU-Mitgliedstaaten	108

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 2-1: Bevölkerungsanteil nach Regionen.....	19
Abbildung 2-2: Erwerbstätigenquote nach Regionen.....	20
Abbildung 2-3: Arbeitslosenquote nach Regionen.....	21
Abbildung 2-4: Bruttoregionalprodukt pro Kopf nach Regionen.....	22
Abbildung 2-5: Bruttoinlandsprodukt nach NUTS 2 Regionen im Vergleich zum EU- 28 Durchschnitt.....	23
Abbildung 2-6: Bruttowertschöpfung nach Sektoren.....	25
Abbildung 2-7: Unterschiede in den Anteilen der Bruttowertschöpfung zwischen Italien und Südtirol.....	26
Abbildung 2-8: Entwicklung der Gesamteinnahmen des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol.....	28
Abbildung 2-9: Anteile laufender Einnahmen und Kapitaleinnahmen an den Gesamteinnahmen.....	28
Abbildung 2-10: Laufende Einnahmen nach Wirtschaftsgruppe.....	29
Abbildung 2-11: Kapitaleinnahmen nach Wirtschaftsgruppe.....	30
Abbildung 2-12: Entwicklung der Gesamtausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol.....	33
Abbildung 2-13: Anteile der laufenden und Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben.....	33
Abbildung 2-14: Laufende Ausgaben nach Wirtschaftsgruppe.....	34
Abbildung 2-15: Investitionsausgaben nach Wirtschaftsgruppe.....	37
Abbildung 2-16: Wert der Exporte Südtirols.....	45
Abbildung 2-17: Importe, Exporte und Handelsbilanzsaldo Südtirols.....	46
Abbildung 2-18: Exporte Südtirols nach Zielländern.....	47
Abbildung 2-19: Importe Südtirols nach Herkunftsländern.....	48
Abbildung 2-20: Import- und Exportanteile Südtirols nach Unterabschnitten von Produkten.....	50
Abbildung 2-21: Abweichungen der Deutschland-Exportanteile einzelner Unterabschnitte vom Durchschnitt aller Unterabschnitte von Produkten.....	53
Abbildung 2-22: Abweichungen der Österreich-Exportanteile einzelner Unterabschnitte vom Durchschnitt aller Unterabschnitte von Produkten.....	54

Abbildung 2-23: Entwicklung des interregionalen Handels Südtirol.....	55
Abbildung 2-24: Übernachtungen pro Einwohner in den Regionen Italiens	57
Abbildung 2-25: Anteile der Nächtigungen nach Regionen.....	58
Abbildung 3-1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttoschulden Italiens	66
Abbildung 3-2: Fristigkeit der italienischen Bruttoschulden.....	66
Abbildung 3-3: Bruttoschulden und zu leistende Zinsen Italiens.....	67
Abbildung 3-4: Anzahl an Beschäftigten in Südtirol	76
Abbildung 4-1: Vergleich der Qualität der Institutionen Südtirol und Italien	83
Abbildung 4-2: Wirtschaftsleistung pro Kopf der zehn bevölkerungsreichsten Länder der Erde.....	91
Abbildung 4-3: Wirtschaftsleistung pro Kopf und Bevölkerung europäischer Staaten	92

Kann sich Südtirol eine Eigenstaatlichkeit leisten?

Einleitung

1. Einleitung

Das Streben von mehr oder weniger großen Teilen einer Gesellschaft nach Sezession und Eigenstaatlichkeit ist nicht neu (Economist, 2017) und wohl auch weiter verbreitet als so manch einer vermuten möchte. Das derzeit wohl prominenteste Beispiel dazu ist Katalonien, das aufgrund der jüngsten Entwicklungen besonders in den medialen Fokus der Berichterstattungen gerückt ist. Darüber hinaus gibt es aber mit dem Baskenland, Schottland, Nordirland, Färöer, Grönland, Korsika, Flandern, der Republika Srpska, (Süddeutsche Zeitung, 2017), Venetien (Spiegel Online, 2016), Bosnien, dem Kosovo, Transnistrien, der Ostukraine, der Krim (Tagespiegel, 2017) aber auch mit der Bretagne oder Bayern zahlreiche weitere Beispiele in und um Europa, in denen es Unabhängigkeitsbestrebungen gibt. Südtirol¹ ist dazu ein weiteres Beispiel.

Auf den ersten Blick mag es dabei überraschen, dass auch in einigermaßen saturierten Volkswirtschaften, wie wir sie durchwegs in Europa vorfinden können, Unabhängigkeitsbestrebungen keine Seltenheit sind. Wird das Phänomen der Sezession jedoch aus einer polit-ökonomischen Perspektive betrachtet, so zeigt sich, dass diesen Bewegungen durchaus eine innere, ökonomische Logik innewohnt.²

Ausgangspunkt dazu ist die Feststellung, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine zunehmende Liberalisierung des internationalen Handels³ zu beobachten war, in dessen Zuge sich die Staaten zunehmend ökonomisch geöffnet haben. Diese zunehmende ökonomische Öffnung bringt es dabei mit sich, dass die Größe eines Marktes nicht mehr so sehr alleine von der Größe eines Staatsgebietes abhängt. Vielmehr gilt, dass zumindest theoretisch die ganze Welt der Markt ist und Handel betrieben werden kann. Diese ökonomische Entwicklung bringt es jedoch mit sich, dass auch kleine Staaten vom ökonomischen Vorteil profitieren können, der historisch besehen vormals großen Volkswirtschaften vorbehalten war, und zwar der Größe des Marktes (Ades und Glaeser, 1994).

So besehen stellt Kleinstaatlichkeit heute keinen ökonomischen Nachteil mehr dar, weshalb auch kleine kulturelle, sprachliche oder ethnische Gruppen verstärkt ihren politischen Präferenzen nachgehen können. Präferenzen, die aber eben auch auf die Gründung eines unabhängigen Staates gerichtet sein können, der in politischer Hinsicht eine homogenere Einheit bildet, die sich beispielsweise durch einen höheren Grad an Übereinstimmung etwa in Fragen der Steuergerechtigkeit, des Umfang und der Qualität der öffentlichen Verwaltung oder der Ausgestaltung der Landesverteidigung auszeichnet, was in Summe zur inneren Konsensfindung beiträgt (Alesina und Spolaore, 2015; Spolaore, 2013, 2015).

Der beobachtbare politische Separatismus ist so betrachtet lediglich die Konsequenz einer zunehmend globalisierten Welt und Ausdruck einer zunehmenden ökonomischen Integration und nicht zu vergessen auch ein Prozess, der sich mit zunehmender Anzahl an Klein- und Kleinststaaten selbst verstärkt (Alesina et al., 1997). Auf Europa bezogen bedeutet dies, dass

¹ Wenn nicht anders angegeben, werden „Südtirol“ und die „Autonome Provinz Bozen – Südtirol“ synonym verwendet, um den Lesefluss zu erleichtern.

² Ebenso lässt die sinkende Wahrscheinlichkeit (klassischer) kriegerischer Auseinandersetzungen den Vorteil großer Volkswirtschaften gegenüber kleineren zunehmend schwinden (Becker, 2012).

³ Zum Teil wird verkürzt vom internationalen Handel gesprochen.

der beobachtbare politische Separatismus im Ergebnis gerade auch auf den Erfolg der Europäischen Union in der Schaffung eines gemeinsamen Marktes zurückzuführen ist (Alesina und Spolaore, 2015).

In einer sich derart verändernden Welt ist daher die Frage nach der „optimalen“ Größe eines Staats mitunter neu zu stellen und erfordert ein Abwägen der Vorteile und Nachteile. Vorteile, die sich aufgrund von Skalenvorteilen in der Bereitstellung öffentlicher Güter für größere Volkswirtschaften ergeben und Kosten, die mit einer steigenden kulturellen und ethnischen Heterogenität (Alesina und Wacziarg, 1994) in größeren Volkswirtschaften einhergehen.

Die eingangs angeführten Beispiele haben dabei alle ihre eigene, besondere Geschichte. Keine gleicht der anderen, und doch treibt eine Frage alle Bewegungen gleichermaßen um. Eine Frage, die heute nicht abschließend beantwortet werden kann und trotzdem angesprochen werden muss. Dies gilt insbesondere in jenen Fällen, in denen nach Unabhängigkeit gestrebt wird, da mit diesem Schritt im Gegensatz etwa zu einer bloßen Stärkung der Autonomierechte (Center for Security Studies, 2014) ein besonders hohes Maß an zukünftiger Ungewissheit verbunden ist.

Es ist dies die Frage nach der ökonomischen Zukunft des neu gegründeten Staates und damit die Frage, wie sich das erreichte Wohlstandsniveau nach dem Tag X entwickeln würde.

Auch wenn die Fragestellung einen hypothetischen Charakter aufweist und damit auch die Antworten darauf notwendigerweise im Konditionalstil gegeben werden müssen, so können die Antworten doch helfen, die Diskussion zu strukturieren, kritische Fragen zu identifizieren sowie Risiken und Potenziale einer Sezession einzuordnen. Solcherart kann die Diskussion helfen, die eigene Sichtweise in der Sache zu schärfen oder auch nur „die richtigen Fragen zu stellen“. Dergestalt können die gegebenen Antworten ihren Beitrag dazu leisten, dass in einer freien und demokratischen Abstimmung, die aus Sicht der Autoren wohl der erste Schritt in die Unabhängigkeit sein muss, die Bürgerinnen und Bürger weniger aus einer diffusen Gemengelage aus Gefühlen und Argumenten heraus ihr Votum abgeben, sondern vielmehr als wohlinformierte Bürgerinnen und Bürger.

Nun liegt es in der Natur der Sache, dass auch die vorliegende Arbeit nicht in der Lage sein wird, in einem umfassenden Sinne sämtliche Aspekte und Details anzusprechen, die die ökonomische Zukunft eines solcherart herausgelösten Staates anbelangen. In diesem Sinne müssen auch die Antworten in der vorliegenden Arbeit unvollständig bleiben. Sehr wohl aber kann die nun folgende Diskussion erste Antworten liefern und auf zentrale und kritische Aspekte verweisen, die in der Diskussion jedenfalls bedacht werden müssen. Da letztere jedoch immer auch ein Stück weit vom konkret betrachteten Fall abhängen, wird die nun folgende Diskussion am Beispiel Südtirols geführt.

Das heißt, es wird die Frage insofern zugespitzt, als in concreto der Frage nachgegangen wird, ob Südtirol als eigenständiger Staat sein erreichtes Wohlstandsniveau wird halten könnte, ob dieses sogar ausgebaut werden könnte oder ob Südtirol als eigenständiger Staat vielmehr Wohlstand einbüßen müsste.

Wie die Diskussion noch zeigen wird, sind dabei pauschalierende Analogieschlüsse von Beispielen aus der Vergangenheit nicht möglich, sondern nur in ausgewählten Fragen und

dann auch nur in Aspekten zulässig, da praktisch jeder Fall aus der Geschichte gleichzeitig auch einen Sonderfall darstellt.

In einer ersten Annäherung an die Fragestellung erfolgt daher zunächst eine Bestandsaufnahme, die den jüngsten ökonomischen Ist-Zustand Südtirols inklusive seiner Finanzgebarung umfasst, wobei diese, wo möglich und angezeigt, auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen der Vergangenheit dargestellt wird. Dieser erste Schritt liefert solcherart erste Hinweise auf die potenzielle ökonomische Zukunft eines eigenständigen Staates Südtirol, als dass die Entwicklungen dieser Kennzahlen Projektionen in die ökonomische Zukunft Südtirols erlauben.

Als Datengrundlage werden dabei neben diversen sekundärstatistischen Daten auch Daten diverser regionaler, nationaler und internationaler Statistikämter wie vom Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) dem Staatlichen italienischen Statistikamt (Istat) sowie dem Landesamt für Statistik (Astat) und internationaler Organisationen wie etwa der OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds (IMF) herangezogen.

Zur Analyse der Zahlungsströme, also der in Südtirol anfallenden sowie Südtirol zuordnenden Einnahmen und Ausgaben, dienen als Quelle in erster Linie die Statistiken der Öffentlichen Territorialen Konten (Conti Pubblici Territoriali, CPT). Diese

„...stellen die Finanzströme der Öffentlichen Verwaltung im engeren Sinn sowie des Erweiterten Öffentlichen Sektors nach Kassaprinzip dar, die den Haushaltsabschlüssen und Finanzberichten derselben entnommen werden. Die CPT werden von einem Zentralorgan, das innerhalb der Einheit für die Bewertung öffentlicher Investitionen der „Agenzia per la Coesione Territoriale“ in Rom tätig ist und von einem Netzwerk von 21 operativen Organen in jeder Region und Autonomem Provinz erstellt“ (ASTAT, 2018).

Die Attraktivität dieser Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten liegt dabei darin, dass diese nicht nur die Finanzströme des Landeshaushaltes abbildet. Vielmehr ist die Erfassung wesentlich umfangreicher, wird doch jede Körperschaft als endgültiger Ausgabenverteiler berücksichtigt. Dies geschieht durch die Beseitigung der Transferströme zwischen den Körperschaften innerhalb derselben Verwaltungsebene. Es findet also eine Konsolidierung statt. Dadurch kann die Gesamtsumme der in der Region verteilten Ausgaben bzw. der effektiv eingehobenen Einnahmen ermittelt werden, ohne dass die Gefahr besteht, diese doppelt zu erfassen (Altieri et al., 2009).

Diese Statistiken ordnen dabei die Einnahmen jenem Ort zu,

„...wo die Zahlung an eine öffentliche Institution erfolgt. Dementsprechend zählt bei den Ausgaben der Ort, wo eine Leistung der öffentlichen Hand in Anspruch genommen wird. Die Ausgaben des Staates für die sogenannten zentralen Dienste (Verteidigung, öffentliche Sicherheit, Verwaltungsausgaben der zentralen Organe wie Ministerien, Kammer und Senat usw.) werden Südtirol im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil zugerechnet. Es gilt das Kassaprinzip. Selbst Feinheiten, wie die richtige Zuordnung von Sanitätsleistungen, welche Bürger einer Region in einer anderen Region in Anspruch genommen haben, werden einberechnet. Wenn

Firmen Niederlassungen mit Beschäftigten in mehreren Regionen haben, wird dies bei den Sozialbeiträgen und Einkommenssteuern ebenfalls berücksichtigt. Die Einnahmen und Ausgaben werden unabhängig von den Finanzbestimmungen zugerechnet“ (WIFO Wirtschaftsforschungsinstitut, 2009).

Als weitere Datenquelle werden die Haushaltsabschlüsse und Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol herangezogen.

Nachdem der ökonomische Ist-Zustand erhoben ist und damit ein erstes Zwischenfazit in Bezug auf den Status quo der Nettozahlerposition Südtirols gezogen werden kann, werden zukünftige Aufgabenfelder identifiziert, die ein unabhängiger Staat in Zukunft selbst zu übernehmen hätte. Dies betrifft beispielsweise die Frage, mit welchen zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Führung einer eigenständigen Verwaltung erwartungsgemäß zu rechnen ist und endet mit der Frage, wer wie und in welcher Form für Fragen der Geldpolitik zuständig sein soll. Auch wird in diesem Abschnitt der Frage nachgegangen, nach welchen Kriterien bestimmt werden könnte, welchen Anteil an der gesamten Staatsverschuldung Italiens ein unabhängiger Staat Südtirol zu schultern hätte.

Wie die Ausführungen zeigen werden, wäre es dabei gleich aus mehreren Gründen zu kurz gegriffen, alleine auf der Grundlage der heutigen relativen wirtschaftlichen Stärke Südtirols, also dem heutigen Ist-Zustand, die Frage nach der ökonomischen Zukunft eines eigenständigen Staates zu beantworten. Auch wäre es verkürzt, sich alleine auf das derzeitige Autonomieabkommen zu beziehen, das dazu beigetragen hat, dass heute in Südtirol ein höherer Anteil des örtlichen Steuer- und Abgabenaufkommens verbleibt als in den allermeisten anderen italienischen Provinzen. Und es zeigt sich, dass eine Frage über allem schwebt, wohlweisend, dass bei allem ökonomischen Für und Wider die Entscheidung über die ökonomische Zukunft eines unabhängigen Staats Südtirol letztlich eine politische sein wird.

Kann sich Südtirol eine Eigenstaatlichkeit leisten?

Eine ökonomische Bestandsaufnahme

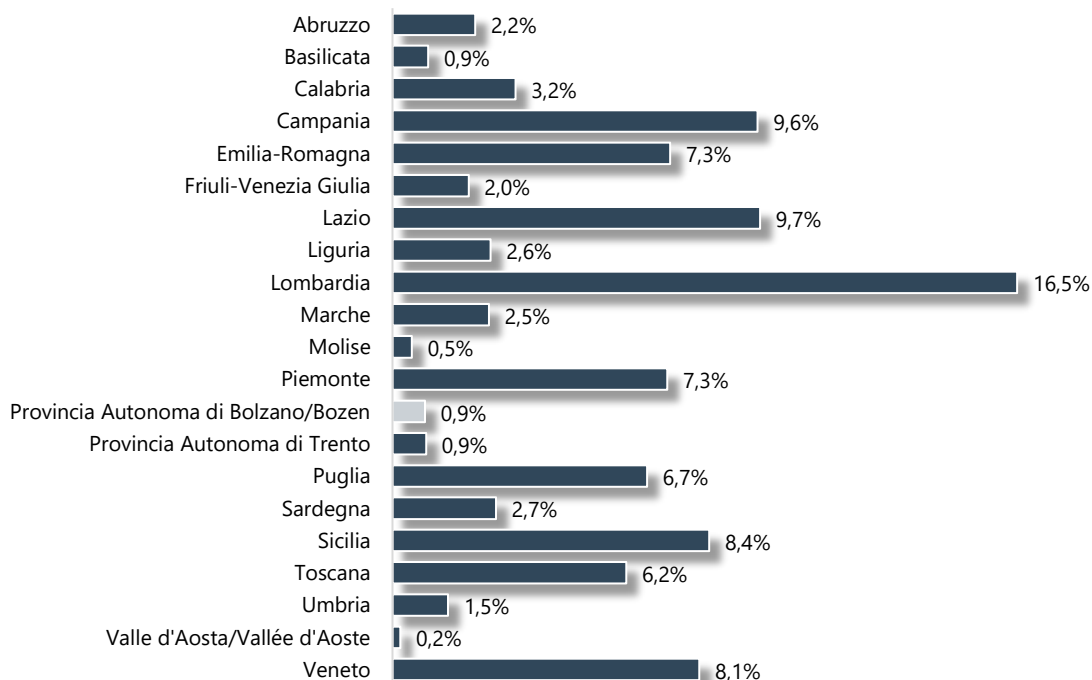
2. Eine ökonomische Bestandsaufnahme

In diesem Abschnitt wird die Autonome Provinz Bozen – Südtirol (im Folgenden kurz mit „Südtirol“ bezeichnet) anhand verschiedener ökonomischer Kennzahlen und deren Entwicklungen beschrieben. Einer ersten Einordnung, wo denn Südtirol im Vergleich mit den anderen italienischen Regionen und Provinzen steht, folgt eine ausführliche Darstellung der Einnahmen und Ausgaben Südtirols. Detaillierte Ausführungen über die Handelsbeziehungen Südtirols sowie der Bedeutung des Tourismus in Südtirol runden den vorliegenden Abschnitt ab.

2.1 Südtirol im Kontext der italienischen Regionen und Provinzen

Hinsichtlich der Bevölkerungsanzahl zählt Südtirol zu den kleinsten Regionen Italiens, denn die etwas mehr als 520.000 Einwohner Südtirols entsprechen lediglich 0,9 Prozent der Gesamtbevölkerung Italiens. Allerdings wuchs die Bevölkerung seit dem Jahr 2000 in Südtirol mit jährlich durchschnittlich 0,8 Prozent doppelt so stark wie in Gesamtitalien und zeigt damit eine deutlich höhere Dynamik.

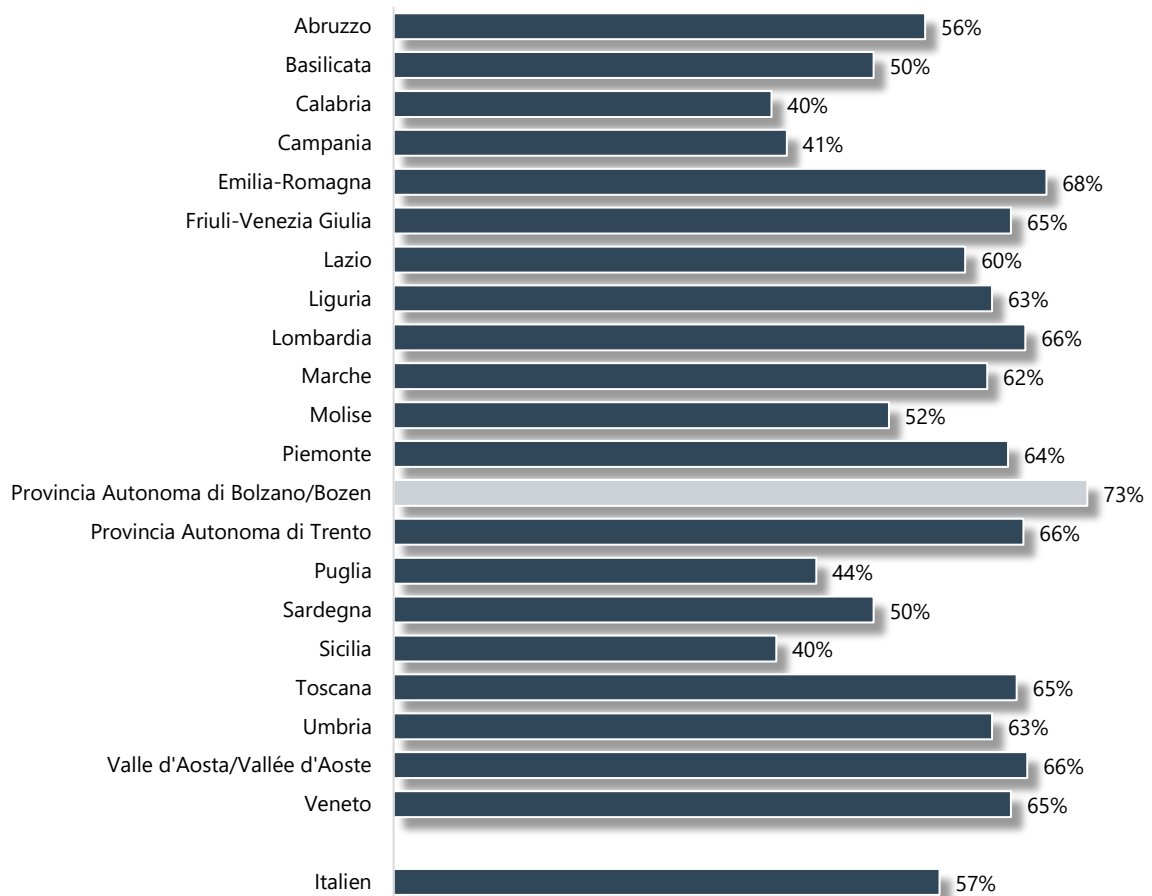
Abbildung 2-1: Bevölkerungsanteil nach Regionen



Quelle: Eurostat, 2018.
Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2016.

Ein Blick auf den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung zeigt, dass knapp 3 von 4 Südtirolerinnen und Südtiroler im Alter zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig sind und damit mehr als in allen anderen Regionen Italiens. In Gesamtitalien liegt die Erwerbstätigenquote im Vergleich dazu bei lediglich 57,2 Prozent.

Abbildung 2-2: Erwerbstätigenquote nach Regionen

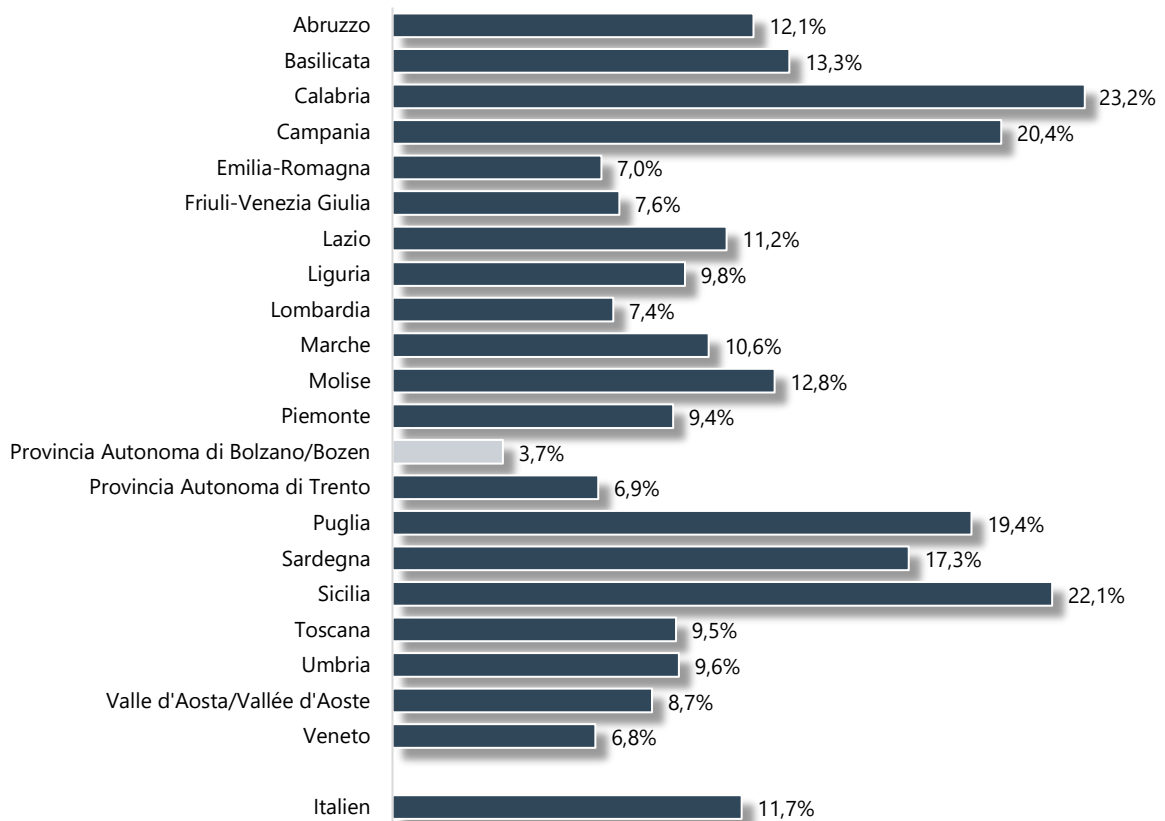


Quelle: Eurostat, 2018.
Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2016.

Auf der anderen Seite ist der Anteil an Arbeitslosen in Südtirol deutlich unterdurchschnittlich. So waren im Jahr 2016 in Südtirol mit 3,7 Prozent weniger Personen arbeitslos als in sämtlichen anderen Regionen Italiens, was entsprechend positive fiskalische Effekte auf der Einnahmenseite (etwa höhere Einkommensteuer) wie auch auf der Ausgabenseite (etwa in Form geringerer Arbeitslosenunterstützung) bedeutet.

In Gesamtitalien belief sich die Arbeitslosenquote hingegen auf 11,7 Prozent. Am höchsten ist die Arbeitslosigkeit dabei in süditalienischen Regionen. Dort ist jede vierte bzw. fünfte Person arbeitslos.

Abbildung 2-3: Arbeitslosenquote nach Regionen



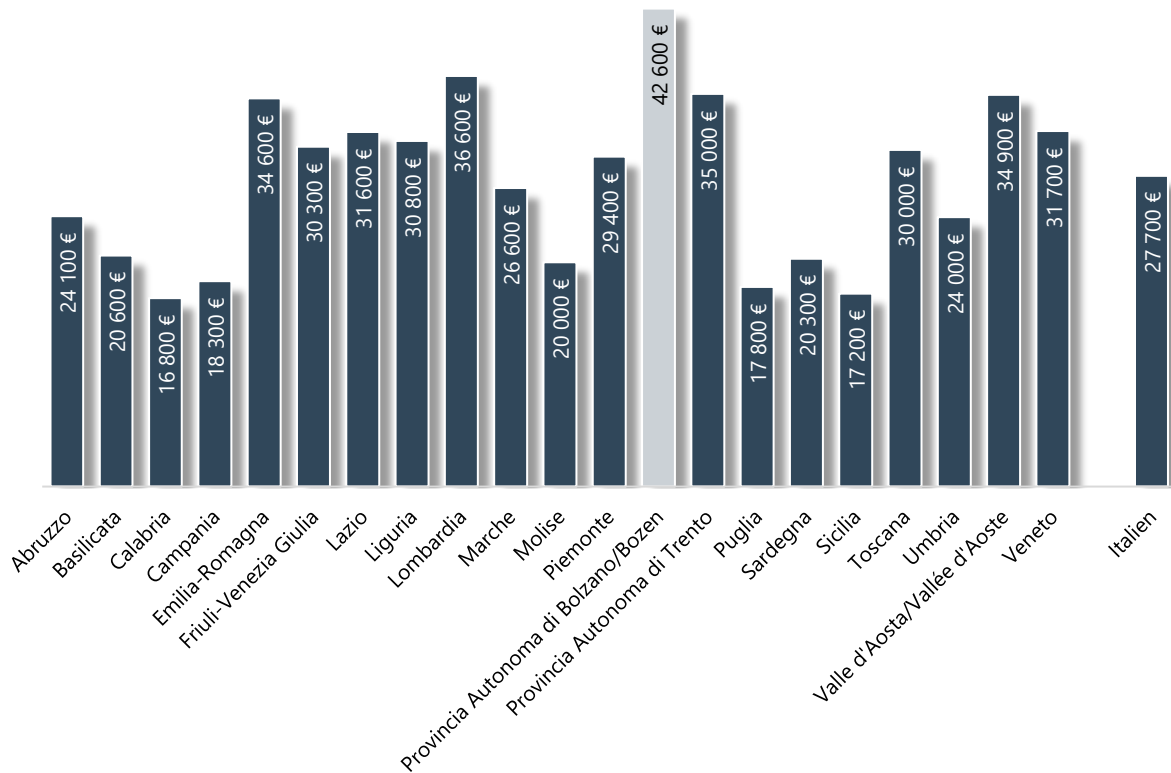
Quelle: Eurostat, 2018.
Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2016.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass auch die Wirtschaftsleistung Südtirols unter allen Regionen und Provinzen Italiens am höchsten ist. So belief sich das Bruttoregionalprodukt Südtirols im Jahr 2016 auf 42.600 Euro pro Kopf und lag damit mehr als 15 Prozent über der Lombardei als zweitstärkste Region. Der italienische Schnitt betrug mit 27.700 Euro pro Kopf weniger als zwei Drittel des Südtiroler Niveaus.⁴

In absoluten Zahlen ausgedrückt erwirtschaftete Südtirol 2016 knapp 22,3 Milliarden Euro, was bezogen auf das italienische Bruttoinlandsprodukt von knapp 1,7 Billionen Euro einem Anteil von 1,3 Prozent entspricht und damit deutlich über dem Bevölkerungsanteil Südtirols von 0,9 Prozent liegt.

⁴ Zum Vergleich: Das Bruttoregionalprodukt von Nordtirol lag 2016 mit 43.700 Euro pro Kopf etwas über dem Niveau Südtirols. Und auch jenes von Bayern ist mit 44.200 Euro pro Kopf nur geringfügig (3,8 Prozent) höher als in Südtirol.

Abbildung 2-4: Bruttoregionalprodukt pro Kopf nach Regionen



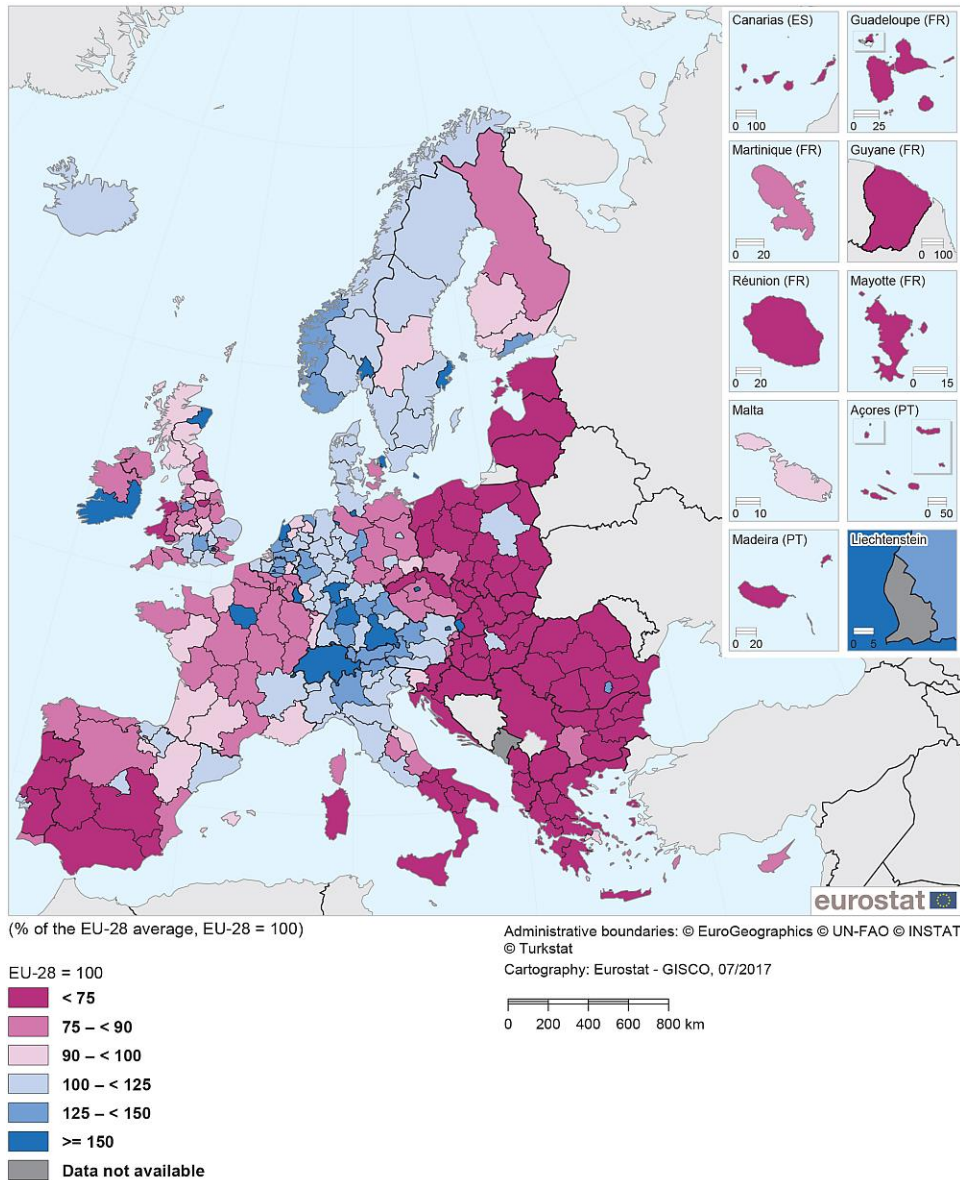
Quelle: Eurostat, 2018.
Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2015.

Wird die Wirtschaftsleistung Südtirols mit anderen europäischen Regionen verglichen, so zeigt sich, dass Südtirol mit einem Bruttoregionalprodukt⁵ in Höhe von 125 bis 150 Prozent des EU-28 Durchschnitts zu den ökonomisch reichen Regionen Europas gehört. In dieselbe Kategorie fällt neben der Lombardei auch Südtirols nördlicher Nachbar Tirol.

Aus der nachstehenden Abbildung ist neben der relativen Höhe des Bruttoinlandsprodukts der einzelnen europäischen Regionen auch das vorhin angedeutete Nord-Süd-Gefälle innerhalb Italiens ersichtlich.

⁵ Kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf.

Abbildung 2-5: Bruttoinlandsprodukt nach NUTS 2 Regionen im Vergleich zum EU-28 Durchschnitt



Quelle: Eurostat, 2018a.
Zahlen für das Jahr 2015.

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner nach Kaufkraftstandard im Vergleich zum EU-28 Durchschnitt nach NUTS 2 Regionen.

Irland, Norwegen und Albanien: 2014. Schweiz und Serbien: Nationale Daten. Schweiz vorläufig.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt dabei, dass auch das Wachstum des Bruttoregionalprodukts pro Kopf seit 2000 in Südtirol mit nominell durchschnittlich 2,2 Prozent am höchsten unter allen Regionen Italiens ausfiel und weit über dem gesamtitalienischen Durchschnitt von 1,5 Prozent zu liegen kam. Dies wohlgerneht vor dem Hintergrund des höchsten absoluten Niveaus sowie des bereits erwähnten überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums in Südtirol in diesem Zeitraum. Eine Wachstumsdifferenz, die über Generationen betrachtet aufgrund

des exponentiellen Charakters des absoluten Wirtschaftswachstums über die Zeit zu enormen Unterschieden in der ökonomischen Wohlfahrt einer Region oder eines Landes führt.

Ein qualitativ ähnliches Ergebnis zeigt sich, wenn das reale Wachstum betrachtet wird. Unter Berücksichtigung der Inflation – also preisbereinigt – ergibt sich für den Zeitraum 2000 bis 2016 für Südtirol ein knappes Plus an realer Wirtschaftsleistung von jährlich durchschnittlich 0,3 Prozent. Das Wachstum in Gesamtitalien fiel in diesem Zeitraum mit jährlich durchschnittlich minus 0,3 Prozent sogar negativ aus, was sich für Gesamtitalien in einer um 5,0 Prozent geringen realen Wirtschaftsleistung im Jahr 2016 als im Jahr 2000 niederschlägt. Südtirols Wirtschaftsleistung hingegen ist im selben Zeitraum in Summe um real 5,3 Prozent gewachsen.

Tabelle 2-1: Reales Wirtschaftswachstum nach Regionen

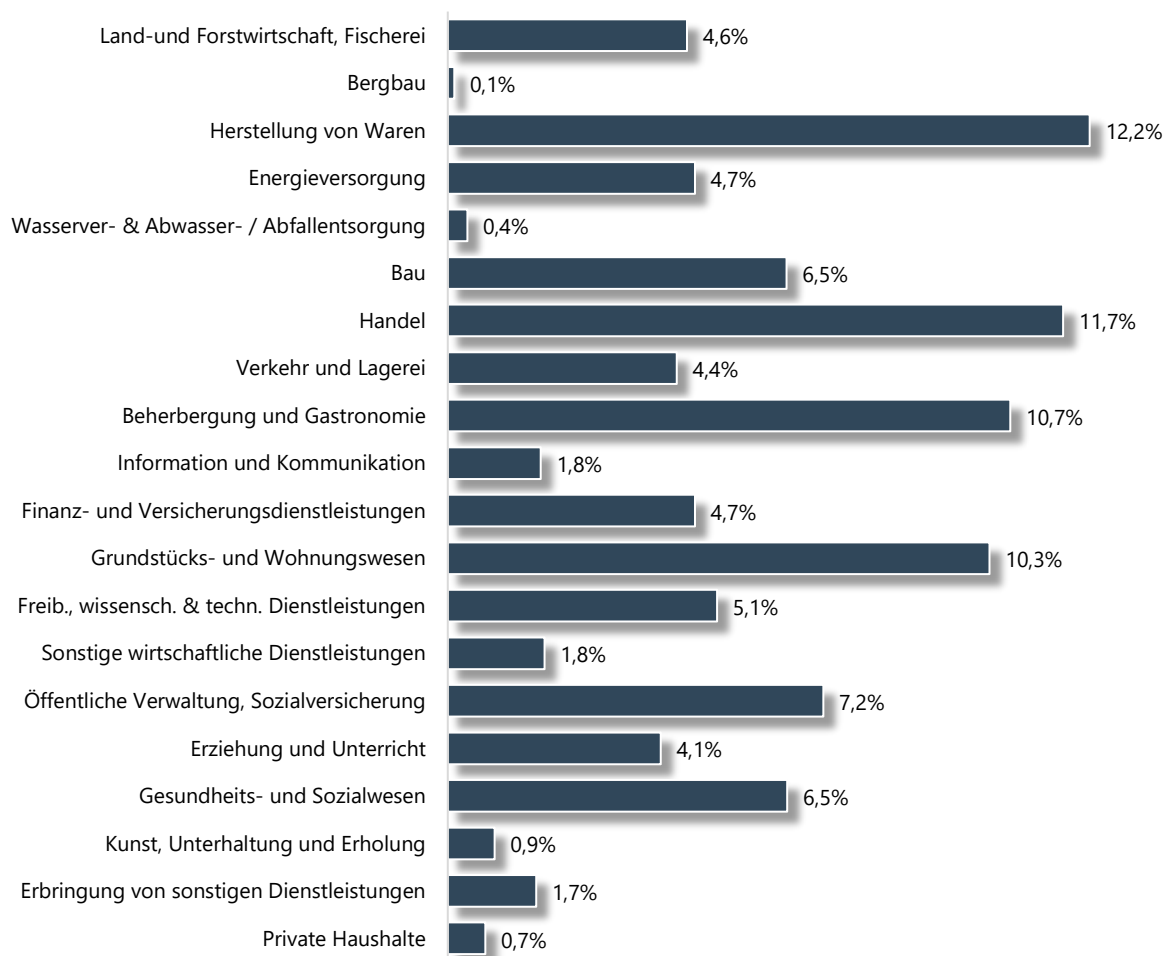
Region	Wachstum real 2000 – 2016	Wachstum real 2000 – 2016 p. a.
Italien	-5,0%	-0,3%
Abruzzo	-7,1%	-0,5%
Basilicata	2,5%	0,2%
Calabria	-6,4%	-0,4%
Campania	-7,8%	-0,5%
Emilia-Romagna	-5,1%	-0,3%
Friuli-Venezia Giulia	-5,3%	-0,3%
Lazio	-8,8%	-0,6%
Liguria	-7,3%	-0,5%
Lombardia	-3,0%	-0,2%
Marche	-5,6%	-0,4%
Molise	-10,7%	-0,7%
Piemonte	-6,8%	-0,4%
Provincia Autonoma Bolzano / Bozen	5,3%	0,3%
Provincia Autonoma Trento	-8,5%	-0,6%
Puglia	-8,6%	-0,6%
Sardegna	-4,1%	-0,3%
Sicilia	-10,1%	-0,7%
Toscana	-4,2%	-0,3%
Umbria	-17,8%	-1,2%
Valle d'Aosta / Vallée d'Aoste	-10,6%	-0,7%
Veneto	-6,2%	-0,4%

Quelle: ISTAT, 2018. Weltbank, 2018.
Preisbasis 2010.

Südtirol ist damit neben der Region Basilicata die einzige Region in Italien, die im Jahr 2016 eine höhere reale Wirtschaftsleistung aufweist als im Jahr 2000. In sämtlichen anderen Regionen ist die Wirtschaftsleistung zwischen 2000 bis 2016 real gesunken.

Bei der Frage, welche Wirtschaftssektoren für die Entstehung des Bruttoregionalprodukts⁶ verantwortlich sind und in welchem Ausmaß, zeigt sich, dass hier gleich mehrere Sektoren von ähnlich hoher Bedeutung sind. So leisten mit der Herstellung von Waren, dem Handel, der Beherbergung und Gastronomie sowie dem Grundstücks- und Wohnungswesen gleich vier Wirtschaftssektoren einen Beitrag von jeweils rund 10 bis 12 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung. Weitere vier Wirtschaftssektoren leisten einen Beitrag von jeweils mehr als 5 Prozent – darunter auch der Bausektor mit 6,5 Prozent.

Abbildung 2-6: Bruttowertschöpfung nach Sektoren

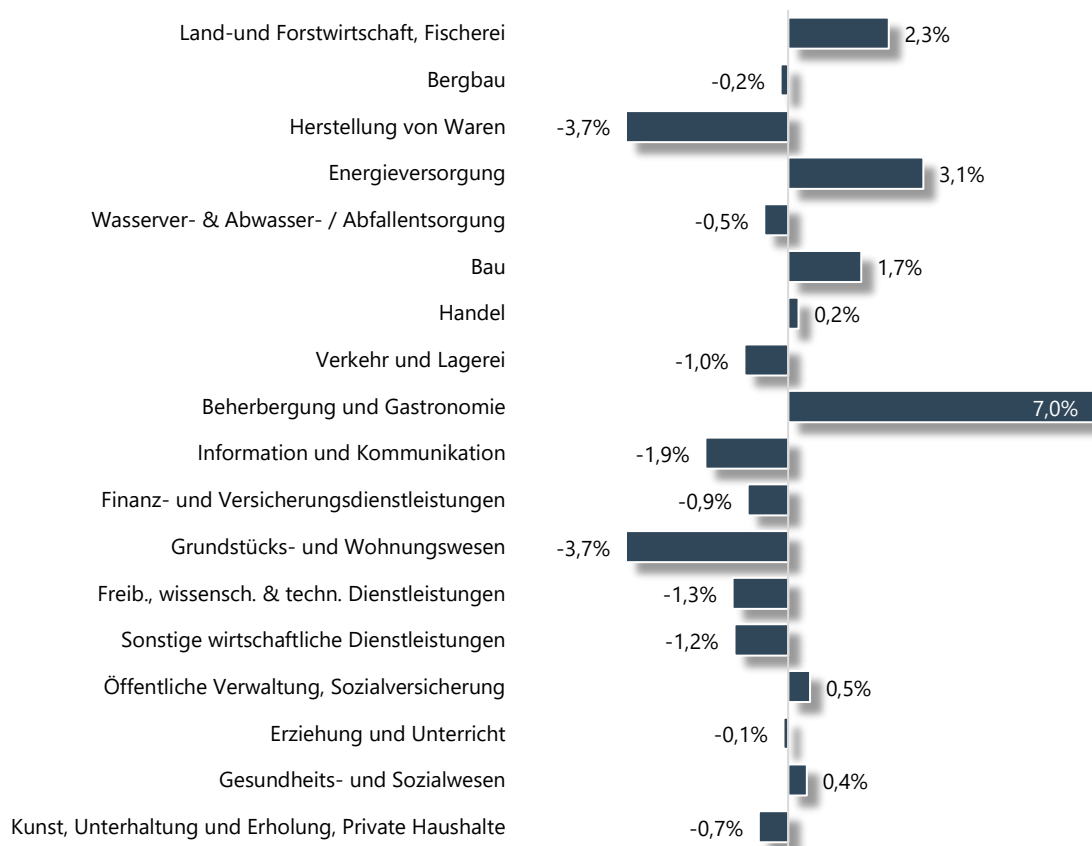


Quelle: ISTAT, 2018.
Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2015.

⁶ Die ausgewiesenen Anteile beziehen sich auf die gesamte Bruttowertschöpfung. Diese ergibt sich durch die Bereinigung des Bruttoregionalprodukts um indirekte Gütersteuern und Subventionen. Im Jahr 2015 belief sich die Bruttowertschöpfung in Südtirol auf 19,4 Milliarden Euro.

Dieses breite Fundament an ähnlich bedeutsamen Wirtschaftssektoren kann einen Wirtschaftsraum entsprechend stabilisieren, was vor allem im Falle sogenannter externer Schocks von großer Bedeutung sein kann. Dies zeigte sich zuletzt etwa nach der Finanzkrise in den Jahren nach 2008, in denen der wirtschaftliche Einbruch in Südtirol geringer als in anderen italienischen Regionen ausfiel und die Erholung rascher erfolgte. Unter anderem ist diese breite Basis ein Grund für die in Südtirol seither wesentlich bessere wirtschaftliche Entwicklung als in anderen Regionen, deren Wirtschaftsstruktur mitunter exponierter ist, wobei im Falle Südtirols hier insbesondere auch dem Tourismussektor eine stabilisierende Wirkung zugeschrieben werden kann, wie eine Analyse der GAW (2016) für Nordtirol nahelegt.

Abbildung 2-7: Unterschiede in den Anteilen der Bruttowertschöpfung zwischen Italien und Südtirol



Quelle: ISTAT, 2018.

Zahlen sind Prozentpunkte und beziehen sich auf das Jahr 2015. Ein negatives Vorzeichen signalisiert, dass dieser Sektor in Südtirol einen geringeren Anteil an der Bruttowertschöpfung aufweist als in Gesamtitalien. Ein positiver Prozentsatz zeigt die vergleichsweise höhere Bedeutung des entsprechenden Sektors in Südtirol als in Gesamtitalien an.

Ein Vergleich mit Gesamtitalien zeigt auch hier teils deutliche Unterschiede auf. So spielt in Südtirol der dienstleistungsintensive Sektor Beherbergung und Gastronomie, aber auch die Energieerzeugung und die Landwirtschaft eine bedeutendere Rolle als in Gesamtitalien. Von unterdurchschnittlicher Bedeutung sind hingegen die Herstellung von Waren, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie der Sektor Information und Kommunikation. Die Unterschiede in der Bedeutung der einzelnen Wirtschaftssektoren zu den anderen italienischen Regionen und Provinzen sind teils noch markanter als im Vergleich mit Gesamtitalien. Lediglich

der wichtige Sektor Handel und der Bereich Unterricht und Kunst sind von ähnlich gelagerter ökonomischer Bedeutung.

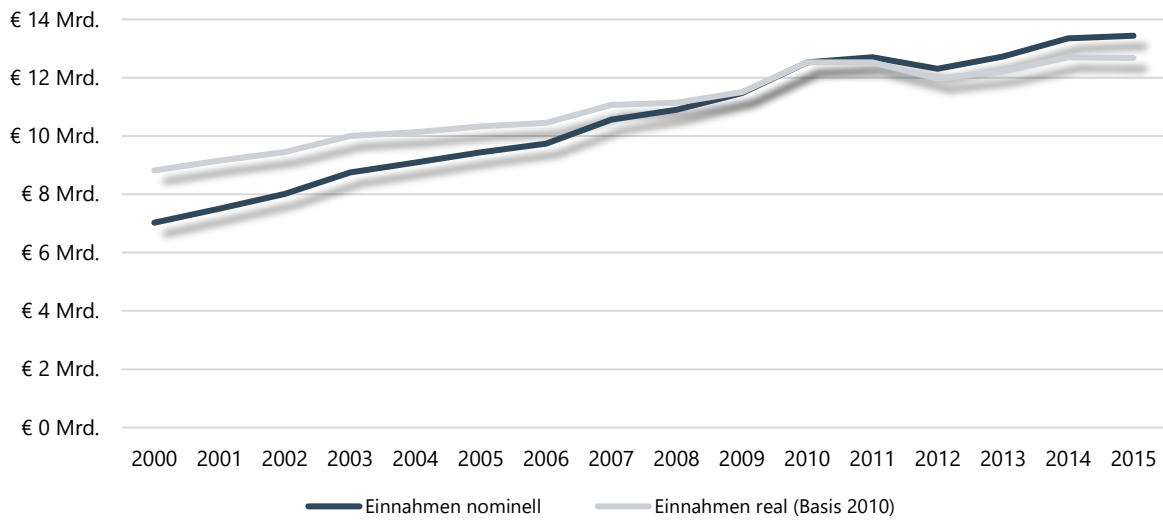
2.2 Die Einnahmen Südtirols

Wenden wir uns nun der fiskalischen Seite Südtirols zu und werfen einen Blick auf die Einnahmen und Ausgaben. Um dabei ein umfassendes Bild zu erhalten, werden für die folgenden Ausführungen die Statistiken der Öffentlichen Territorialen Konten herangezogen. Diese Statistiken berücksichtigen dabei wie eingangs erwähnt nicht nur die Einnahmen und Ausgaben der zentralen Verwaltung der autonomen Provinz Bozen – Südtirol, sondern beziehen auch die Einnahmen und Ausgaben der nationalen und lokalen öffentlichen Unternehmen im Rahmen des so genannten Erweiterten Öffentlichen Sektors mit ein. Zum Erweiterten Öffentlichen Sektor zählen dabei alle in der Region tätigen Subjekte, egal ob diese der öffentlichen Verwaltung, anderen gesamtstaatlichen oder lokalen Verwaltungen oder jenen Körperschaften und Unternehmen angehören, die Teil des Erweiterten Öffentlichen Sektors sind (Altieri et al., 2009). Die zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Studie verfügbaren Zahlen der Öffentlichen Territorialen Konten umfassen dabei den Zeitraum 2000 bis 2015. Zu beachten ist dabei, dass es vor allem betreffend die jüngere Vergangenheit laufend zu Revisionen kommt, so dass es zu Unterschieden zwischen den in der vorliegenden Studie ausgewiesenen Zahlen und älteren Veröffentlichungen kommen kann, da sich die vorliegende Studie auf die letzte Revision beziehen und nur diese Zahlen den aktuellen Stand wiedergeben.

Die Gesamteinnahmen des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol betragen im Jahr 2015 etwas mehr als 13,4 Milliarden Euro. Dies bedeutet gegenüber dem Jahr 2000 (7,0 Milliarden Euro) nahezu eine Verdopplung bzw. einen jährlichen durchschnittlichen Anstieg von 4,4 Prozent. Demgegenüber ist die Wirtschaftsleistung in diesem Zeitraum mit durchschnittlich 2,2 Prozent weit weniger stark gewachsen als die Einnahmen.

Der reale, also preisbereinigte, Anstieg der Einnahmen gemessen zu Preisen des Jahres 2010 viel zwar geringer aus, belief sich allerdings mit einem Anstieg von 8,8 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 12,7 Milliarden Euro im Jahr 2015 immer noch auf mehr als 40 Prozent in diesen 15 Jahren. Dies entspricht einem realen Anstieg der Einnahmen um etwas mehr als 2,4 Prozent pro Jahr und lag in diesen 15 Jahren damit über dem Anstieg der realen Wirtschaftsleistung, die durchschnittlich um rund 0,2 Prozent jährlich gestiegen ist.

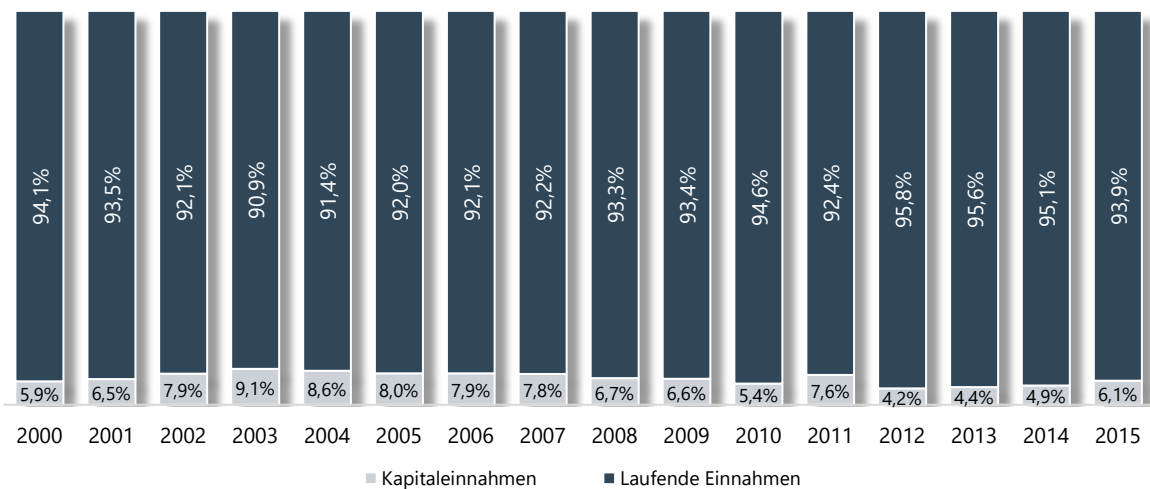
Abbildung 2-8: Entwicklung der Gesamteinnahmen des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol



Quelle: CPT, 2018. Weltbank, 2018.

In einer ersten Einteilung lassen sich die Einnahmen in zwei Kategorien untergliedern. Neben den laufenden Einnahmen, die zuletzt mit 12,6 Milliarden Euro den weitaus größeren Anteil an den gesamten Einnahmen ausmachten, schlugen die Kapitaleinnahmen wie etwa die Einforderung von Krediten und die Veräußerung von Kapitalgütern mit lediglich 848,8 Millionen Euro und somit rund 6 Prozent der Gesamteinnahmen zu Buche.

Abbildung 2-9: Anteile laufender Einnahmen und Kapitaleinnahmen an den Gesamteinnahmen



Quelle: CPT, 2018.

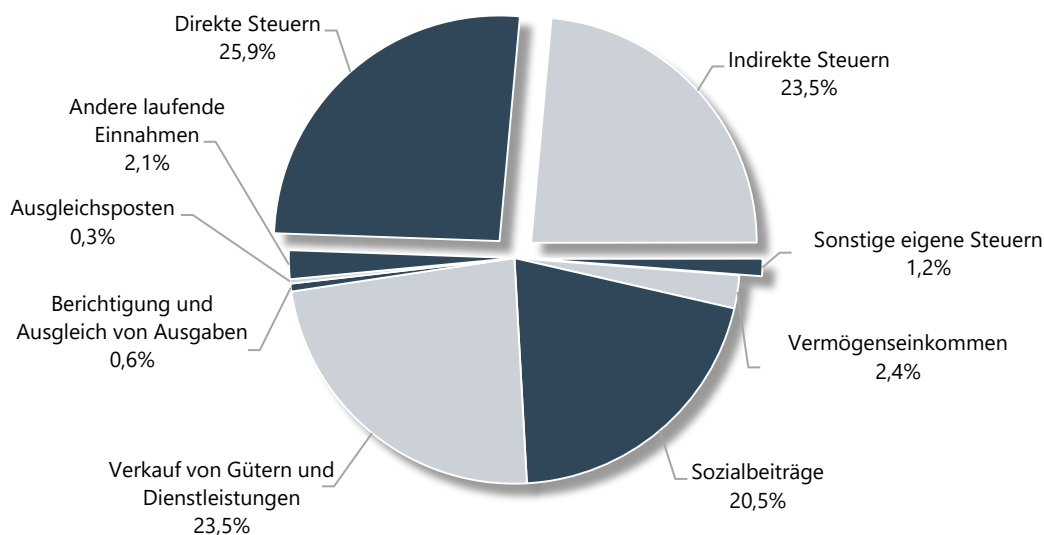
Wie aus der Abbildung 2-9 ersichtlich ist, lag der Anteil der Kapitaleinnahmen an den Gesamteinnahmen seit dem Jahr 2000 stets im einstelligen Prozentbereich und schwankte nur geringfügig.

2.2.1 Laufende Einnahmen

Die größten Positionen unter den laufenden Einnahmen sind direkte Steuern (etwa Einkommensteuer), indirekte (etwa Mehrwertsteuer) sowie sonstige eigene Steuern (etwa KFZ-Steuer). Mit 6,4 Milliarden Euro belaufen sich all diese Steuern auf etwas mehr als die Hälfte der gesamten laufenden Einnahmen.

Weiter stammte 2015 ein knappes Viertel der gesamten laufenden Einnahmen aus dem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen. Weitere 20,5 Prozent der gesamten laufenden Einnahmen entfielen auf Sozialbeiträge.

Abbildung 2-10: Laufende Einnahmen nach Wirtschaftsgruppe



Quelle: CPT, 2018.

Anteile beziehen sich auf die laufenden Einnahmen des Jahres 2015.

Die Einnahmen können darüber hinaus auch den verschiedenen Verwaltungsebenen bzw. Institutionen zugeordnet werden, also dem Ort ihres Anknüpfungspunktes. Die Zentralverwaltung umfasst dabei etwa den Staat (Italien), die Regionalverwaltung die Autonome Provinz Bozen – Südtirol und die Lokalverwaltungen die Gemeindeverwaltungen (Details dazu siehe Tabelle 6-1 im Anhang).

Tabelle 2-2: Anteile der laufenden Einnahmen nach Verwaltungsebene

	Verwaltung zentral	Verwaltung regional	Verwaltung lokal	Lokale öffentliche Unternehmen	Nationale öffent- liche Unterneh- men
Laufende Einnahmen absolut	€ 8.240 Mio.	€ 734 Mio.	€ 719 Mio.	€ 1.867 Mio.	€ 1.062 Mio.
Laufende Einnahmen relativ	65,3%	5,8%	5,7%	14,8%	8,4%

Quelle: CPT, 2018.

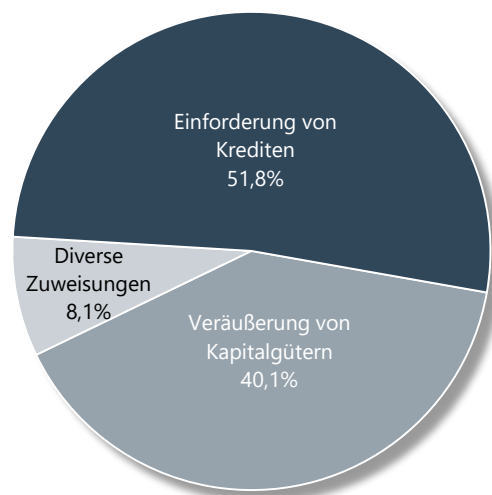
Berechnung der Anteile basiert auf den laufenden Einnahmen des Jahres 2015.

Dabei können mit 8,2 Milliarden Euro rund zwei von drei eingenommenen Euro den Zentralverwaltungen zugeordnet werden. Auf die öffentlichen Unternehmen (lokale und nationale) entfallen in Summe mit rund 3 Milliarden Euro mehr als 23 Prozent aller laufenden Einnahmen. Vergleichsweise geringe Einnahmen verzeichnen hingegen die lokalen und regionalen Verwaltungen mit einem Anteil von jeweils unter sechs Prozent an den gesamten laufenden Einnahmen.

2.2.2 Kapitaleinnahmen

Die Kapitaleinnahmen spielen eine vergleichsweise geringe Bedeutung unter den gesamten Einnahmen Südtirols, beläuft sich doch ihr Anteil an den gesamten Einnahmen wie bereits angeführt auf lediglich rund 6 Prozent.

Abbildung 2-11: Kapitaleinnahmen nach Wirtschaftsgruppe



Quelle: CPT, 2018.

Anteile beziehen sich auf die Kapitaleinnahmen des Jahres 2015.

Im Wesentlichen stammen diese Einnahmen dabei aus zwei Quellen. Zum einen aus der Einforderung von Krediten, die sich 2015 mit rund 424 Millionen Euro auf knapp 52 Prozent der gesamten Kapitaleinnahmen belief. Mit knapp 330 Millionen Euro stammten zum anderen rund 40 Prozent der Kapitaleinnahmen aus der Veräußerung von Kapitalgütern wie etwa aus dem Verkauf von Immobilien. Diverse Zuweisungen waren schließlich für die verbleibenden rund 8 Prozent der Kapitaleinnahmen in Südtirol verantwortlich.

Im Gegensatz zu den laufenden Einnahmen zeigt sich bei den Kapitaleinnahmen, dass mit knapp 270 Millionen Euro rund ein Drittel und damit der größte Teil auf die nationalen öffentlichen Unternehmen entfällt. Mit 223 Millionen Euro (27,2 Prozent) folgen die Zentralverwaltungen an zweiter Stelle. Die verbleibenden 40 Prozent der Kapitaleinnahmen verteilen sich zu ähnlichen Anteilen auf die regionalen (117 Millionen Euro) und lokalen (93 Millionen Euro) Verwaltungen sowie die lokalen öffentlichen Unternehmen (117 Millionen Euro).

Tabelle 2-3: Anteile der Kapitaleinnahmen nach Verwaltungsebene

	Verwaltung zentral	Verwaltung regional	Verwaltung lokal	Lokale öffentliche Unternehmen	Nationale öffentliche Unternehmen
Kapitaleinnahmen absolut	€ 223 Mio.	€ 117 Mio.	€ 93 Mio.	€ 117 Mio.	€ 269 Mio.
Kapitaleinnahmen relativ	27,2%	14,3%	11,3%	14,3%	32,9%

Quelle: CPT, 2018.

Berechnung der Anteile basiert auf den Kapitaleinnahmen des Jahres 2015.

2.2.3 Steuer- und Abgabenaufkommen

Basierend auf den Informationen aus den Öffentlichen Territorialen Konten lässt sich darüber hinaus das gesamte Abgaben- und Steueraufkommen, das in Südtirol generiert wird, ermitteln.

2015 betrug das Aufkommen sämtlicher Steuern und Abgaben in Südtirol 6,3 Milliarden Euro. Darunter entfiel mit 5,4 Milliarden Euro der größte Teil auf Steuern des Zentralstaates wie die Steuern auf Einkommen von Personen (IRPEF) und Körperschaften (IRES) oder die Mehrwertsteuer (IVA). Landesabgaben schlugen mit rund 515 Millionen Euro zu Buche, Abgaben und Steuern auf Gemeindeebene schließlich mit 300 Millionen Euro. Neben diesem Steuern- und Abgabenaufkommen belief sich das Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen in Südtirol auf weitere 2,6 Milliarden Euro. Somit summierte sich das gesamte Aufkommen an Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen in Südtirol auf knapp 8,9 Milliarden Euro.⁷ Vor dem Hintergrund der Südtiroler Wirtschaftsleistung in Höhe von 21,5 Milliarden Euro (2015) bedeutet dies eine Abgabenquote von 41,2 Prozent.

⁷ Hierbei handelt es sich ausschließlich um das Steuer- und Abgabenaufkommen. Sonstige Einnahmen wie etwa aus dem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen aber auch alle Einnahmen der lokalen und nationalen öffentlichen Unternehmen bleiben dabei unberücksichtigt.

Tabelle 2-4: Steuer- und Abgabenaufkommen in Südtirol, 2015

Aufkommen an Steuern	€ 6.259,3 Mio.
<i>davon Gemeindesteuern/abgaben</i>	€ 300,1 Mio.
<i>davon Landessteuern/abgaben</i>	€ 515,5 Mio.
<i>davon Steuern/Abgaben des Zentralstaates</i>	€ 5.443,7 Mio.
darunter IRPEF (Einkommensteuer)	€ 2.292,6 Mio.
darunter IVA (Mehrwertsteuer)	€ 1.443,6 Mio.
darunter andere	€ 1.707,5 Mio.
Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen	€ 2.591,1 Mio.
Summe	€ 8.850,4 Mio.
Bruttoregionalprodukt Südtirol 2015	€ 21.448,0 Mio.
Abgabenquote*	41,2%

Quelle: CPT, 2018. ISTAT, 2018.

* basierend auf den Einnahmen aus Steuern und Abgaben gemäß den CPT.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass die Statistiken der Öffentlichen Territorialen Konten die Einnahmen dort erfassen, wo sie entstehen. Daraus lässt sich jedoch keine Aussage darüber treffen, ob bzw. zu welchem Teil die Einnahmen auch ebendort zur Finanzierung der Ausgaben zur Verfügung stehen.

2.3 Die Ausgaben Südtirols

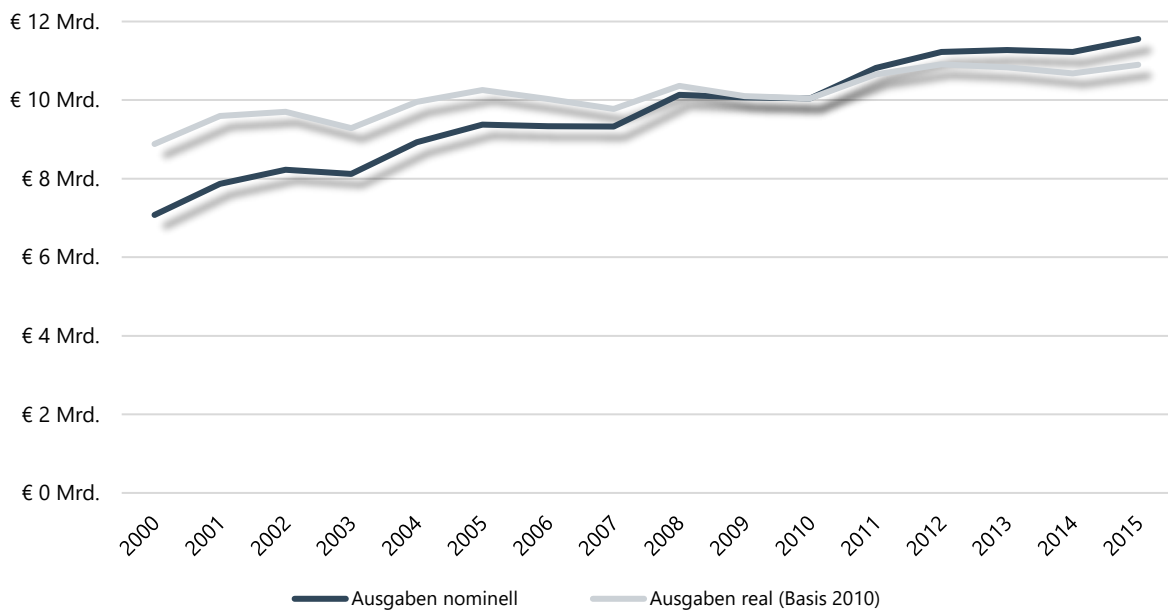
Die Gesamtausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol betragen im Jahr 2015 etwas mehr als 11,5 Milliarden Euro. Die Gesamtausgaben sind dabei wie auch die Gesamteinnahmen in den letzten Jahren gestiegen. So lagen die Gesamtausgaben im Jahr 2000 nominell noch bei 7,1 Milliarden Euro. Aber auch real erhöhten sich die Ausgaben in diesem Zeitraum von 8,9 Milliarden Euro auf 10,9 Milliarden Euro⁸ um rund 25 Prozent.

Dies bedeutet, dass die Gesamtausgaben in diesen 15 Jahren um jährlich durchschnittlich 3,3 Prozent (nominell) bzw. 1,4 Prozent (real) gestiegen sind. Im Vergleich mit dem Wachstum der Gesamteinnahmen (nominell 4,4 Prozent bzw. real 2,4 Prozent, vgl. Abschnitt 2.2) kann jedoch ein unterdurchschnittlicher Anstieg der Ausgaben festgestellt werden. Die Einnahmen sind stärker gestiegen als die Ausgaben.

Wie die Einnahmen sind aber auch die Ausgaben in diesem Zeitraum stärker gewachsen als die Wirtschaftsleistung Südtirols (nominell 2,2 Prozent bzw. real 0,2 Prozent).

⁸ Gemessen in konstanten Preisen des Jahres 2010.

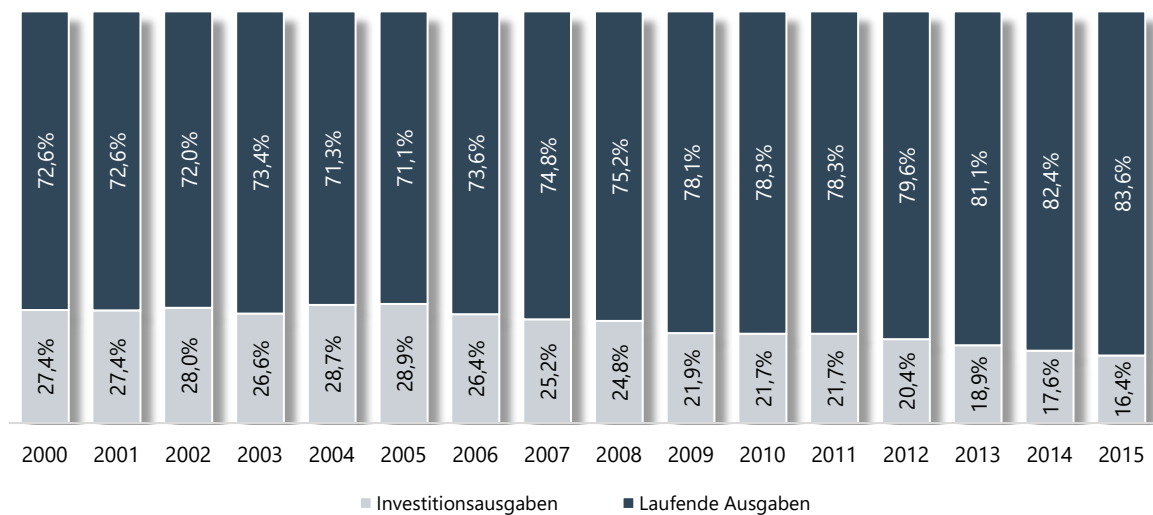
Abbildung 2-12: Entwicklung der Gesamtausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol



Quelle: CPT, 2018. Weltbank, 2018.

Diese Ausgaben lassen sich dabei wie die Einnahmen in zwei Kategorien unterteilen, nämlich in die laufenden Ausgaben wie etwa Personalausgaben auf der einen sowie die Investitionsausgaben wie etwa Investitionszuschüsse auf der anderen Seite.

Abbildung 2-13: Anteile der laufenden und Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben



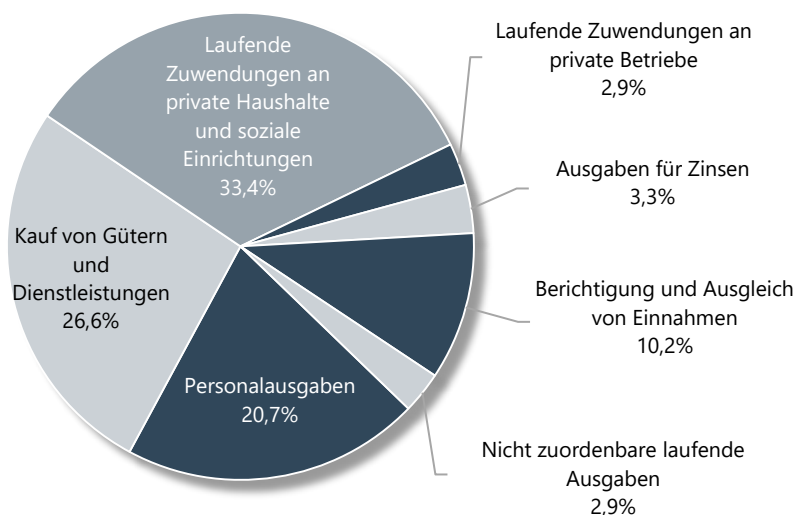
Quelle: CPT, 2018.

Mit knapp 9,7 Milliarden Euro entfielen zuletzt 83,6 Prozent der Gesamtausgaben auf laufende Ausgaben und rund 1,9 Milliarden Euro (16,4 Prozent) auf Investitionsausgaben. In den letzten Jahren hat sich diese Zusammensetzung zulasten der Investitionsausgaben verschoben. So betrug der Anteil der Investitionsausgaben bis vor 10 Jahren noch rund 27 bis 29 Prozent.

2.3.1 Laufende Ausgaben

Die größten Positionen unter dem Titel der laufenden Ausgaben sind laufende Zuwendungen an private Haushalte und soziale Einrichtungen (33,4 Prozent), Ausgaben für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen (26,6 Prozent) sowie Personalausgaben (20,7 Prozent). In Summe entfallen auf diese drei Ausgabenkategorien rund 80 Prozent der gesamten laufenden Ausgaben.

Abbildung 2-14: Laufende Ausgaben nach Wirtschaftsgruppe



Quelle: CPT, 2018.
 Anteile beziehen sich auf die laufenden Ausgaben des Jahres 2015.

Bei der Frage nach dem Anknüpfungspunkt bzw. der Verwaltungsebene dieser laufenden Ausgaben zeigen sich große Unterschiede zwischen den Wirtschaftsgruppen.

Während etwa die Personalausgaben zu rund zwei Drittel auf die regionalen Verwaltungen entfallen, spielen beim Kauf von Gütern und Dienstleistungen vor allem lokale öffentliche Unternehmen eine bedeutende Rolle, tätigen diese doch mehr als die Hälfte aller diesbezüglichen Ausgaben in Südtirol. Laufende Zuwendungen an private Haushalte und soziale Einrichtungen stammen mit rund 80 Prozent hingegen zum überwiegenden Teil von den Zentralverwaltungen. Die nachfolgende Tabelle weist dies im Detail aus, wobei für die Berechnung der Anteile die gesamten laufenden Ausgaben des Jahres 2015 zugrunde gelegt wurden.

Ebenso ersichtlich ist dabei, dass in Summe mit 43,6 Prozent der größte Teil der laufenden Ausgaben von den Zentralverwaltungen getragen wird. 28,6 Prozent stemmen die Regionalverwaltungen, 18,2 Prozent die lokalen öffentlichen Unternehmen, 7,7 Prozent die Lokalverwaltungen und 1,8 Prozent die nationalen öffentlichen Unternehmen.

Tabelle 2-5: Anteile der laufenden Ausgaben nach Verwaltungsebene

	Verwaltung zentral	Verwaltung regional	Verwaltung lokal	Lokale öffentliche Unternehmen	Nationale öffent- liche Unterneh- men
Personalausgaben	10,1%	64,3%	10,7%	12,0%	3,0%
Kauf von Gütern und Dienstleistungen	3,0%	27,6%	11,5%	54,5%	3,4%
Laufende Zuwendungen an private Haushalte und soziale Einrichtungen	81,0%	16,4%	2,5%	0,0%	0,1%
Laufende Zuwendungen an private Betriebe	17,8%	52,4%	29,8%	0,0%	0,0%
Ausgaben für Zinsen	77,2%	2,1%	10,0%	5,9%	4,8%
Berichtigung und Ausgleich von Einnahmen	99,9%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Nicht zuordenbare laufende Ausgaben	12,2%	32,0%	15,2%	36,6%	4,0%
Summe	43,6%	28,6%	7,7%	18,2%	1,8%

Quelle: CPT, 2018.

Berechnung der Anteile basiert auf den laufenden Ausgaben des Jahres 2015.

Rund ein Viertel der laufenden Gesamtausgaben entfällt auf die Zahlung von Sozialzuschlägen und Lohnergänzungen (2,5 Milliarden Euro). Mit Ausgaben in Höhe von jeweils mehr bzw. knapp weniger als 1 Milliarde Euro folgen die allgemeine Verwaltung, der Bereich Energie und Umwelt, das Gesundheitswesen, das Sozialwesen sowie der Bereich Bildung, Forschung und Entwicklung.

Tabelle 2-6: Laufende Gesamtausgaben nach Sektoren

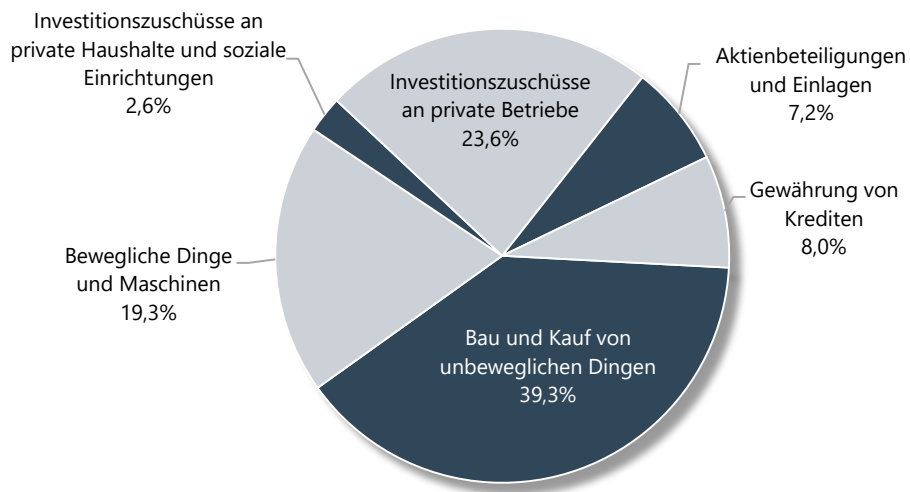
Sektor	Ausgaben	Anteil
Sozialzuschläge / Lohnergänzung	€ 2.489,0 Mio.	25,8%
Allgemeine Verwaltung	€ 1.269,6 Mio.	13,1%
Energie und Umwelt	€ 1.220,3 Mio.	12,6%
Gesundheitswesen	€ 1.122,9 Mio.	11,6%
Sozialwesen	€ 939,7 Mio.	9,7%
Bildung, Forschung und Entwicklung	€ 907,9 Mio.	9,4%
Transportwesen und Verkehr	€ 414,2 Mio.	4,3%
Nicht zuordenbare Ausgaben, Sonstiges	€ 263,7 Mio.	2,7%
Verteidigung, Öffentliche Sicherheit und Justiz	€ 218,1 Mio.	2,3%
Kultur und Erholung	€ 173,0 Mio.	1,8%
Landwirtschaft und Tourismus	€ 156,3 Mio.	1,6%
Abfallentsorgung, Wasserversorgung	€ 148,3 Mio.	1,5%
Sonstiger wirtschaftlicher Bereich	€ 118,5 Mio.	1,2%
Telekommunikation	€ 95,5 Mio.	1,0%
Wohnbau	€ 72,1 Mio.	0,7%
Handel, Arbeit, Industrie und Handwerk	€ 49,6 Mio.	0,5%
Summe	€ 9.658,7 Mio.	100,0%

Quelle: CPT, 2018.

2.3.2 Investitionsausgaben

Im Jahr 2015 beliefen sich die Investitionsausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol auf knapp 1,9 Milliarden Euro. Dabei entfielen mit rund 745 Millionen Euro knapp 40 Prozent auf den Kauf bzw. den Bau von unbeweglichen Dingen sowie mit weiteren 365 Millionen Euro etwa 19 Prozent auf Ausgaben für bewegliche Dinge und Maschinen. Mit Ausgaben in Höhe von knapp 450 Millionen Euro (23,6 Prozent) schlugen Investitionszuschüsse an private Haushalte und soziale Einrichtungen zu Buche.

Abbildung 2-15: Investitionsausgaben nach Wirtschaftsgruppe



Quelle: CPT, 2018.

Anteile beziehen sich auf die Investitionsausgaben des Jahres 2015.

Nach Verwaltungsebene zeigt sich auch bei den Investitionsausgaben, dass sich die Schwerpunkte je nach Wirtschaftsgruppe auf die verschiedenen Verwaltungsebenen bzw. Institutionen verteilen. So tätigen etwa für den Bau und Kauf von unbeweglichen Dingen lokale Verwaltungen mehr als die Hälfte der diesbezüglichen Investitionsausgaben. Bei den Investitionsausgaben für bewegliche Dinge und Maschinen liegt der Schwerpunkt hingegen auf den lokalen öffentlichen Unternehmen. Mehr als die Hälfte der Investitionszuschüsse an private Betriebe wird von nationalen öffentlichen Unternehmen getragen, wohingegen Investitionszuschüsse an private Haushalte und soziale Einrichtungen zu mehr als 60 Prozent von den Regionalverwaltungen stammen. Ebenso sind diese für rund 60 Prozent der gewährten Kredite verantwortlich, während zwei Drittel der Aktienbeteiligung und Einlagen auf die Zentralverwaltung entfallen.

Über alle Kategorien hinweg zeigt sich, dass der größte Teil der Investitionsausgaben im Gegensatz zu den laufenden Ausgaben nicht von den Zentralverwaltungen, sondern von den Regionalverwaltungen (34,5 Prozent) geschultert wird. Weitere 23 Prozent entfallen auf die Lokalverwaltungen. Die öffentlichen Unternehmen sind für 18,9 Prozent (nationale Unternehmen) bzw. 14,4 Prozent (lokale Unternehmen) der Investitionsausgaben verantwortlich. Auf die Zentralverwaltungen entfällt mit weniger als 10 Prozent der geringste Anteil der Investitionsausgaben.

Tabelle 2-7: Anteile der Investitionsausgaben nach Verwaltungsebene

	Verwaltung zentral	Verwaltung regional	Verwaltung lokal	Lokale öffentli- che Unterneh- men	Nationale öf- fentliche Unter- nehmen
Bau und Kauf von unbeweglichen Dingen	0,5%	33,0%	50,9%	8,1%	7,5%
Bewegliche Dinge und Maschinen	1,9%	21,3%	8,6%	56,7%	11,5%
Investitionszuschüsse an private Haushalte und soziale Einrichtungen	1,4%	61,8%	28,3%	3,6%	5,0%
Investitionszuschüsse an private Betriebe	5,7%	38,6%	2,3%	0,0%	53,5%
Aktienbeteiligungen und Einlagen	64,7%	27,4%	1,0%	1,9%	5,0%
Gewährung von Krediten	31,7%	59,7%	0,2%	0,6%	7,9%
Summe	9,2%	34,5%	23,0%	14,4%	18,9%

Quelle: CPT, 2018.

Berechnung der Anteile basiert auf den Investitionsausgaben des Jahres 2015.

Ein Blick auf die sektorale Verteilung der Investitionsausgaben zeigt abschließend, dass unter den Investitionsausgaben rund jeder 5. Euro im Sektor Energie und Umwelt und jeder 6. Euro im Sektor Transportwesen und Verkehr ausgegeben wird. 2015 waren dies 353,6 respektive 315,4 Millionen Euro in diesen beiden Sektoren.

Tabelle 2-8: Investitionsausgaben nach Sektoren

Sektor	Ausgaben	Anteil
Energie und Umwelt	€ 353,6 Mio.	18,7%
Transportwesen und Verkehr	€ 315,4 Mio.	16,6%
Sozialzuschläge / Lohnergänzung	€ 203,4 Mio.	10,7%
Sonstiger wirtschaftlicher Bereich	€ 141,5 Mio.	7,5%
Landwirtschaft und Tourismus	€ 117,4 Mio.	6,2%
Bildung, Forschung und Entwicklung	€ 112,3 Mio.	5,9%
Wohnbau	€ 108,7 Mio.	5,7%
Nicht zuordenbare Ausgaben, Sonstiges	€ 79,1 Mio.	4,2%
Abfallentsorgung, Wasserversorgung	€ 77,7 Mio.	4,1%
Gesundheitswesen	€ 71,7 Mio.	3,8%
Kultur und Erholung	€ 68,4 Mio.	3,6%
Allgemeine Verwaltung	€ 56,8 Mio.	3,0%
Sozialwesen	€ 56,5 Mio.	3,0%
Telekommunikation	€ 48,2 Mio.	2,5%
Verteidigung, Öffentliche Sicherheit und Justiz	€ 43,5 Mio.	2,3%
Handel, Arbeit, Industrie und Handwerk	€ 41,6 Mio.	2,2%
Summe	€ 1.895,8 Mio.	100,0%

Quelle: CPT, 2018.

2.4 Südtirol, ein Nettoempfänger oder ein Nettozahler?

Aber letztendlich entscheidend ist die Frage, wie sich die solcherart erfassten und zugeordneten Einnahmen und Ausgaben zueinander verhalten. Ist also Südtirol im Saldo ein Nettoempfänger oder Nettozahler?

Ersichtlich wird dies am so genannten Primärsaldo⁹, bei dem die Ausgaben einer Region von den Einnahmen dieser Region abgezogen werden. Ist der derart ermittelte Saldo negativ, reichen die in der Region generierten Einnahmen nicht aus, die Ausgaben zu finanzieren. Die Region ist Nettoempfänger. Ist der Saldo hingegen positiv, so werden in der Region mehr Einnahmen generiert als Ausgaben getätigt. In diesem Fall ist die Region in der Position des Nettozahlers. Im Primärsaldo spiegelt sich somit letztlich der Grad der Selbstfinanzierung einer Region wider, was für die Fragestellung der vorliegenden Studie naturgemäß von Bedeutung ist.

Tabelle 2-9: Einnahmen, Ausgaben und Primärsaldo

Jahr	Konsolidierte Gesamteinnahmen	Konsolidierte Gesamtausgaben	Primärsaldo	Primärsaldo je Einwohner
2000	€ 6.011,9 Mio.	€ 6.431,4 Mio.	-€ 419,5 Mio.	-€ 914,9
2001	€ 6.169,3 Mio.	€ 6.907,0 Mio.	-€ 737,7 Mio.	-€ 1.599,9
2002	€ 6.452,3 Mio.	€ 7.026,8 Mio.	-€ 574,4 Mio.	-€ 1.241,1
2003	€ 7.199,7 Mio.	€ 6.909,8 Mio.	€ 289,9 Mio.	€ 621,3
2004	€ 7.157,7 Mio.	€ 7.098,0 Mio.	€ 59,7 Mio.	€ 126,9
2005	€ 7.607,0 Mio.	€ 7.427,1 Mio.	€ 179,9 Mio.	€ 379,1
2006	€ 7.737,5 Mio.	€ 7.360,9 Mio.	€ 376,6 Mio.	€ 785,6
2007	€ 8.382,4 Mio.	€ 7.549,6 Mio.	€ 832,7 Mio.	€ 1.719,5
2008	€ 8.544,7 Mio.	€ 8.089,1 Mio.	€ 455,6 Mio.	€ 929,8
2009	€ 8.867,6 Mio.	€ 8.068,0 Mio.	€ 799,6 Mio.	€ 1.616,8
2010	€ 9.743,9 Mio.	€ 8.101,6 Mio.	€ 1.642,3 Mio.	€ 3.295,8
2011	€ 9.483,1 Mio.	€ 8.204,9 Mio.	€ 1.278,2 Mio.	€ 2.547,2
2012	€ 9.062,4 Mio.	€ 8.533,1 Mio.	€ 529,3 Mio.	€ 1.048,8
2013	€ 9.518,3 Mio.	€ 8.714,6 Mio.	€ 803,7 Mio.	€ 1.577,0
2014	€ 10.058,0 Mio.	€ 8.696,8 Mio.	€ 1.361,2 Mio.	€ 2.639,4
2015	€ 10.124,9 Mio.	€ 9.205,3 Mio.	€ 919,6 Mio.	€ 1.773,5

Quelle: CPT, 2018. Laufende Preise.

Bei der tabellarischen Darstellung ist zu beachten, dass hier im Gegensatz zu den Darstellungen in den vorangehenden Abschnitten die Einnahmen und Ausgaben ohne den Erweiterten Öffentlichen Sektor herangezogen werden.¹⁰

⁹ Der Primärsaldo wird im Regelfall für gesamte Volkswirtschaften ermittelt. Für untergeordneter Ebenen wie hier für Südtirol ist zu berücksichtigen, dass die Zinszahlungen auf die Staatsschulden Italiens aufgrund der Problematik der Regionalisierbarkeit unberücksichtigt bleiben. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind nationale Transferzahlungen an das / aus dem Ausland wie etwa Zahlungen Italiens an die / von der EU.

¹⁰ Nicht berücksichtigt sind damit die Einnahmen und Ausgaben der nationalen und lokalen öffentlichen Unternehmen, da diese bei der Berechnung des Primärsaldos gemeinhin unberücksichtigt bleiben.

Auf Basis der Zahlen aus den Öffentlichen Territorialen Konten zeigt sich, dass Südtirol zumindest bis 2002 Nettoempfänger war. Zahlen aus Quellen, die die Jahre vor 2000 berücksichtigen, zeigen, dass Südtirol dabei zumindest seit 1990 Nettoempfänger war. Die Ursache für diese Nettoempfängerposition über viele Jahre ist in den aus Südtiroler Sicht sehr erfolgreichen Verhandlungen Südtirols mit Rom in den 1980er Jahren zu finden.¹¹

Seit 2003 ist Südtirol jedoch Nettozahler, wobei der Primärsaldo vergleichsweise stark zwischen rund 60 Millionen Euro (2004) und 1,6 Milliarden Euro (2010) schwankt.

Einzelne Jahre stellen jedoch bezüglich der Höhe des Primärsaldos mitunter Ausreißer dar. Grund dafür ist unter anderem der Zeitpunkt der Erfassung von Zahlungen, wenn in einzelnen Zahlungen auch Beträge aus den Vorjahren berücksichtigt sind (Kassaprinzip¹²). Ebenso können auch methodische Änderungen in der Erfassung der Zahlungen das Ergebnis beeinflussen.¹³ Somit ändern sich die Zahlen im Zuge von Revisionen mitunter nachträglich und in teils signifikantem Ausmaß. Dies erklärt, warum in anderen Publikationen Südtirol mitunter noch einige Jahre länger als Nettoempfänger ausgewiesen ist als in diesen Darstellungen. Um derart potenziell verzerrende Jahresschwankungen zu glätten, wird die Darstellung des jährlichen Primärsaldos durch eine Durchschnittsbetrachtung des Untersuchungszeitraums 2000 bis 2015 ergänzt.

Dabei zeigt sich, dass in den Jahren 2000 bis 2007 der Primärsaldo de facto ausgeglichen war. So floss im Schnitt jährlich weniger als eine Million Euro von Südtirol nach Rom. Wie aus den Jahresbetrachtungen bereits ersichtlich, ist der Primärsaldo seit 2008 hingegen eindeutig positiv. So belief sich der jährliche Primärsaldo der Jahre 2008 bis 2015 auf durchschnittlich 973,7 Millionen Euro jährlich. Über den gesamten Untersuchungszeitraum 2000 bis 2015 flossen durchschnittlich rund 480 Millionen Euro jährlich aus Südtirol ab.

Tabelle 2-10: Primärsaldo Südtirols in einer Durchschnittsbetrachtung

Periode	Durchschnittlicher jährlicher Primärsaldo
2000 – 2007	€ 0,9 Mio.
2008 – 2015	€ 973,7 Mio.
2000 – 2015	€ 478,3 Mio.

Quelle: CPT, 2018. Laufende Preise.

Ein positiver Primärsaldo bedeutet, dass die Einnahmen die Ausgaben übersteigen und sich Südtirol somit in einer Nettozahlerposition befindet.

2.5 Landeshaushalt der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol

Die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors, der neben den zentralen, regionalen und lokalen Verwaltungsebenen auch nationale und lokale

¹¹ Vgl. dazu etwa Benedikter, 2014.

¹² Beim Kassaprinzip werden die im Rechnungsjahr effektiv eingehobenen bzw. bezahlten Beträge, unabhängig davon, ob diese in die Gebarung des laufenden Jahres oder vorhergehender Jahre fallen, erfasst (Statistisches Jahrbuch für Südtirol, 2016).

¹³ So etwa im Jahr 2012, als das zentrale Rechnungsamt (Ragioneria Generale dello Stato) die Koeffizienten überarbeitet hat, mit welchen die Ausgaben des Staates auf die einzelnen Regionen und Fürsorgekörperschaften verteilt werden (Statistisches Jahrbuch für Südtirol, 2016).

öffentliche Unternehmen berücksichtigt, wird im vorliegenden Abschnitt durch eine Analyse der Einnahmen und Ausgaben des Südtiroler Landeshaushaltes ergänzt. Der Südtiroler Landeshaushalt ist dabei wesentlich enger gefasst als der Erweiterte Öffentliche Sektor, da der Landeshaushalt ausschließlich die Einnahmen der Körperschaft Autonome Provinz Bozen, nicht jedoch der anderen im Landesgebiet tätigen öffentlichen Verwaltungen bzw. Unternehmen umfasst.

Eine Analyse des Landeshaushaltes liefert dabei wertvolle zusätzliche Informationen. So kann etwa im Detail gezeigt werden, aus welchen Quellen die Steuern und Abgaben in Südtirol stammen. Dies wiederum ist vor dem Hintergrund der Fragestellung der vorliegenden Studie von zentraler Bedeutung, wenn es um die Einschätzung des eigenständigen „Funktionierens“ einer Region bzw. um den Erhalt des Lebensstandards dieser Region geht.

Hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben des Südtiroler Landeshaushaltes ist auf der Webseite der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol folgendes zu lesen:

Der Südtiroler Landeshaushalt beläuft sich auf derzeit rund 6 Milliarden pro Jahr. Er speist sich aus den Steuereinnahmen, die innerhalb Südtirols erwirtschaftet werden. Von diesen Einnahmen verbleiben neun Zehntel im Land, das verbleibende Zehntel wird an Rom abgetreten. Mit den Geldern aus dem Landeshaushalt wird – anders als in anderen Regionen Italiens – eine ganze Reihe von Zuständigkeiten finanziert, darunter das gesamte Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Universität, das Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Verwaltung des gesamten Netzes von Staats- und Landesstraßen. Diese Zuständigkeiten bilden auch die größten Ausgabenposten (Autonome Provinz Bozen – Südtirol, 2017).

Bezüglich der finanziellen Verpflichtungen Südtirols gegenüber Rom (das im obigen Zitat erwähnte verbleibende Zehntel) hat es in jüngerer Vergangenheit einige Änderungen gegeben, so etwa zuletzt im Jahr 2014 mit dem Sicherungspakt, einer neuen Finanzregelung zwischen Bozen und Rom (siehe Fokusbox). Vor allem geht es bei diesen jüngsten Änderungen um eine Beteiligung Südtirols an der Finanzierung des Zinsendienstes der italienischen Staatsschulden. Bis 2017 beliefen sich die Zahlungen Südtirols an Rom aufgrund diverser weiterer Vereinbarungen im Rahmen des Sicherungspaktes auf mehr als 800 Millionen Euro, 2018 sollen es rund 600 Millionen sein. Ab 2019 soll sich dann aufgrund diverser Verrechnungen der Betrag auf 476 Millionen Euro¹⁴ einpendeln. Neben der Beteiligung an der Finanzierung des Zinsendienstes der italienischen Staatsschulden wurde in diesem Pakt unter anderem noch die Umkehrung des bisherigen Steuer-Inkassoprinzips beschlossen. Schließlich soll die Einbeziehung Österreichs dabei für Rechtssicherheit sorgen. Denn

„...der Sicherungspakt wird durch einen Briefwechsel zwischen der italienischen mit der österreichischen Regierung außerdem auf eine völkerrechtliche Ebene gehoben. Dazu hat sich die italienische Regierung im Vertrag selbst ver-

¹⁴ Diese Summe entspricht jenen 0,6 Prozent, mit denen sich Südtirol am Zinsendienst der italienischen Staatsschulden beteiligt.

pflichtet, und zwar unter Hinweis auf die Streitbeilegungserklärung von 1992. Somit geht auch diese Finanzregelung unter den Schutz des internationalen Rechtes bzw. die Schutzfunktion Österreichs“ (Autonome Provinz Bozen – Südtirol, 2017).

In wie weit diese Rechtssicherheit tatsächlich gewährleistet ist, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Auch wird zu bedenken gegeben, dass die erwähnte Beteiligung Südtirols in der Höhe 476 Millionen Euro an der Bedienung der gesamtitalienischen Schulden auch Ergebnis des derzeitigen Zinsumfeldes ist, dieses aber mittelfristig wohl kaum so bleiben wird.

Fokusbox: Der Sicherungspakt

Im Oktober 2014 wurden die Finanzbeziehungen zwischen Rom und Südtirol im Rahmen des so genannten „Sicherungspaktes“ neu geregelt.

[Der Pakt] hat den Beitrag Südtirols zum Staatshaushalt längerfristig festgelegt und so weitere Einschnitte der finanziellen Ressourcen des Landes verhindert. Das Abkommen schreibt den Beitrag fest, bindet diesen an objektive Kriterien, legt Einzelheiten zur Leistung dieses Beitrags fest, die besser mit unserem Autonomiesystem zu vereinbaren sind, sichert all dies in Form einer internationalen Absicherung durch den Einbezug der Republik Österreich.

Der Sicherungspakt schreibt den jährlichen Beitrag des Landes auf 476 Millionen Euro fest. Dieser Betrag ist nicht nur auf die korrekte Aufteilung der Beiträge zurückzuführen, sondern beinhaltet auch bereits die Korrektur jener Verzerrungen, die durch die Spending Review in den letzten drei Jahren entstanden sind (Abteilung Finanzen der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol, 2018a).

Der Sicherungspakt ist somit in erster Linie zur Beteiligung Südtirols an der Sanierung des gesamtitalienischen Haushaltes geschlossen worden. Ab dem Jahr 2018 belasten diese 476 Millionen Euro somit den Südtiroler Haushalt. Die 476 Millionen Euro ergeben sich aufgrund der vereinbarten Beteiligung Südtirols in Höhe von 0,6 Prozent an der Bedienung der gesamtitalienischen Schulden, deren Zinslast zuletzt (2016) bei rund 66 Milliarden Euro lag. Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Sicherungspaktes vor rund 5 Jahren waren aufgrund des höheren Zinsniveaus noch rund 10 Milliarden Euro mehr an Zinsen zu zahlen.

2.5.1 Veranschlagte Einnahmen 2017

Der Bericht zum Haushalt 2017 bis 2019 (Abteilung Finanzen der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol, 2018) weist veranschlagte Einnahmen in Höhe von mehr als 5,4 Milliarden Euro für das Jahr 2017 aus. Mit knapp 4,5 Milliarden Euro stammen davon mehr als 80 Prozent aus vom Staat abgetretenen Abgaben sowie aus Landesabgaben. Die vom Staat abgetretenen Abgaben umfassen die Anteile aus jenem Aufkommen an Steuern an den Zentralstaat, die Südtirol gemäß den Finanzbestimmungen des Autonomiestatus zufließen. Die Landesabgaben hingegen werden in Südtirol eingehoben und verbleiben zur Gänze in Südtirol.

Neben diesen Steuern und Abgaben stammen weitere 400 Millionen Euro aus laufenden Zuweisungen für delegierte Funktionen wie Straßen und Schulen.

Tabelle 2-11: Landeshaushalt Südtirol: Veranschlagte Einnahmen 2017

Steuern und Abgaben	€ 4.456,4 Mio.
<i>davon vom Staat abgetretene Abgaben</i>	€ 4.037,8 Mio.
<i>davon Landesabgaben</i>	€ 418,6 Mio.
Laufende Zuweisungen für delegierte Funktionen	€ 401,5 Mio.
Außersteuerliche Einnahmen	€ 176,7 Mio.
Investitionseinnahmen	€ 52,0 Mio.
Abbau von Finanzanlagen	€ 67,8 Mio.
Einnahmen für Dritte / Durchlaufposten	€ 304,0 Mio.
Summe	€ 5.458,4 Mio.

Quelle: Abteilung Finanzen der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol, 2018.

Die für den Südtiroler Landeshaushalt bedeutendsten vom Staat abgetretenen Abgaben sind die Einkommensteuer IRPEF (1,8 Milliarden Euro), die Mehrwertsteuer IVA (830 Millionen Euro) sowie die Körperschaftsteuer IRES (290 Millionen Euro).

Tabelle 2-12: Aufkommensstärkste Steuern und Abgaben 2017

	absolut	relativ
Vom Staat abgetretene Abgaben		
IRPEF	€ 1.795,0 Mio.	44,5%
IVA (Mehrwertsteuer intern und auf Importe)	€ 830,0 Mio.	20,6%
IRES	€ 290,0 Mio.	7,2%
Andere	€ 1.123,8 Mio.	27,8%
Summe	€ 4.037,8 Mio.	100,0%
Landesabgaben		
IRAP öffentlich	€ 147,0 Mio.	35,1%
IRAP privat	€ 125,0 Mio.	29,9%
KFZ-Steuer	€ 90,0 Mio.	21,5%
Andere	€ 56,6 Mio.	13,5%
Summe	€ 418,6 Mio.	100,0%

Quelle: Abteilung Finanzen der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol, 2018.

IRAP...regionale Wertschöpfungssteuer; IRPEF...Steuer auf Einkommen von natürlichen Personen; IRES... Steuer auf Einkommen von Körperschaften.

Die Steueraufkommensanteile aus diesen drei Steuern sind für knapp drei Viertel der gesamten vom Staat abgetretenen Abgaben in Südtirol verantwortlich.¹⁵

Von den Landesabgaben wiederum stammen mit 272 Millionen Euro rund zwei Drittel aus der regionalen Wertschöpfungssteuer IRAP¹⁶ und ein weiteres Fünftel (90 Millionen Euro)

¹⁵ IRPEF steht für „Imposta sul reddito delle persone fisiche“ und ist die Steuer auf das Einkommen von natürlichen Personen. IRES steht für „Imposta sul reddito delle società“ und ist die Steuer auf das Einkommen von Körperschaften. Bei der Mehrwertsteuer ist sowohl die „interne“ als auch jene auf Importe berücksichtigt.

¹⁶ IRAP steht für „Imposta regionale sulle attività produttive“. Dabei handelt es sich um eine regionale Wertschöpfungssteuer. Die hier ausgewiesenen Werte umfassen die private und die öffentliche IRAP.

aus der KFZ-Steuer. 56,6 Millionen Euro steuern andere Landesabgaben zum Südtiroler Landeshaushalt bei.

2.5.2 Veranschlagte Ausgaben 2017

An Ausgaben sind im Südtiroler Landeshaushalt für 2017 gut 5,6 Milliarden Euro veranschlagt.

Tabelle 2-13: Landeshaushalt Südtirol: Veranschlagte Ausgaben 2017

	absolut	relativ
Institutionelle Allgemein- und Verwaltungsdienste	€ 592,6 Mio.	10,5%
Ausbildung und Recht auf Bildung	€ 989,3 Mio.	17,6%
Schutz und Aufwertung kultureller Güter und Tätigkeiten	€ 59,2 Mio.	1,1%
Maßnahmen für die Jugend, Sport und Freizeit	€ 24,7 Mio.	0,4%
Tourismus	€ 37,3 Mio.	0,7%
Raumordnung und Wohnungsbau	€ 140,1 Mio.	2,5%
Nachhaltige Entwicklung mit Gebiets- und Umweltschutz	€ 80,3 Mio.	1,4%
Verkehr und Mobilitätsförderung	€ 306,1 Mio.	5,4%
Freiwilliger Rettungsdienst	€ 34,2 Mio.	0,6%
Soziale Rechte, Sozial- und Familienpolitik	€ 539,8 Mio.	9,6%
Gesundheitsschutz	€ 1.261,2 Mio.	22,4%
Wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit	€ 175,8 Mio.	3,1%
Arbeits- und Berufsausbildungspolitik	€ 25,6 Mio.	0,5%
Landwirtschaft, Ernährungswesen und Fischerei	€ 82,7 Mio.	1,5%
Energie und Diversifikation der Energiequellen	€ 20,7 Mio.	0,4%
Beziehungen zu den anderen Gebiets- und Lokalkörperschaften	€ 842,7 Mio.	15,0%
Internationale Beziehungen	€ 3,6 Mio.	0,1%
Fonds und Rückstellungen	€ 107,3 Mio.	1,9%
Staatsverschuldung	€ 8,8 Mio.	0,2%
Dienste im Auftrag Dritter	€ 304,0 Mio.	5,4%
Summe	€ 5.636,0 Mio.	100,0%

Quelle: Abteilung Finanzen der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol, 2018.

Die gewichtigsten Ausgaben sind dabei jene für den Gesundheitsschutz (knapp 1,3 Milliarden Euro), für die Ausbildung und das Recht auf Bildung (knapp 1 Milliarde Euro), für Beziehungen zu den anderen Gebiets- und Lokalkörperschaften (843 Millionen Euro), für institutionelle Allgemein- und Verwaltungsdienste (592 Millionen Euro) sowie für Soziale Rechte, Sozial- und Familienpolitik (540 Millionen Euro).

2.6 Südtirol und seine Handelsbeziehungen

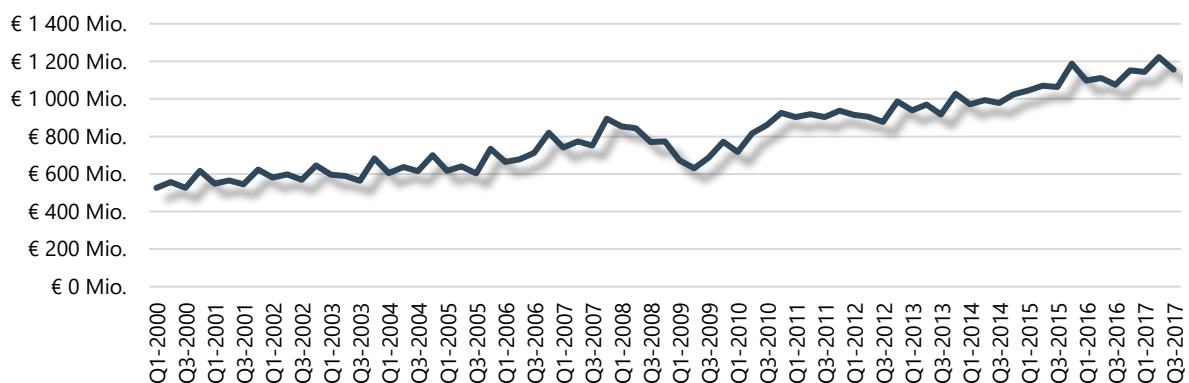
Zur Analyse der ökonomischen Situation Südtirols widmen wir uns abschließend dem Thema Handel. Dies deshalb, da es zur Diskussion der Fragestellung der vorliegenden Studie von essentieller Bedeutung, welche Rolle der Handel für Südtirol spielt. Unter Handel wird dabei jedoch nicht nur der Handel mit anderen Ländern verstanden, sondern auch der inneritalienische Handel, also der Handel Südtirols mit den anderen italienischen Regionen und autonomen Provinzen.

2.6.1 Südtirols Handel mit dem Ausland

Südtirol exportierte im Jahr 2016 Waren im Wert von mehr als 4,4 Milliarden Euro. Gemessen am Bruttoregionalprodukt Südtirols entspricht dies einem Anteil von rund 20 Prozent. Südtirol ist damit im Vergleich zu Gesamtalien weniger exportintensiv, beträgt doch die Exportquote Italiens – also der Wert der Exporte (417 Milliarden Euro) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (1,7 Billionen Euro) – knapp 25 Prozent.

Aus ökonomischer Sicht stellen Exporte ausländische Nachfrage nach inländischer Produktion dar, was bedeutet, dass sich eine steigende ausländische Nachfrage positiv auf die inländische Produktion und damit auf Einkommen und Beschäftigung in Südtirol auswirken. Ein hoher Exportanteil bedeutet jedoch gleichzeitig auch eine entsprechende Abhängigkeit des Inlands von politischen und im Falle Südtirols vor allem wirtschaftlichen Entwicklungen im Ausland, auf die das Inland keinen bzw. nur sehr bedingt Einfluss hat. Sinken also etwa aus irgendeinem Grund in den für Südtirol wichtigen Zielländern Deutschland oder Österreich die verfügbaren Einkommen, so bedeutet dies weniger Exporte Südtirols und damit eine Dämpfung der wirtschaftlichen Entwicklung. Derart betrachtet ist eine höhere Exportquote nicht ausschließlich nur positiv zu sehen.

Abbildung 2-16: Wert der Exporte Südtirols



Quelle: ISTAT, 2018.

Der Wert der Exporte Südtirols übersteigt dabei seit dem Jahr 2015 regelmäßig die 1-Milliarden-Euro Grenze pro Quartal.

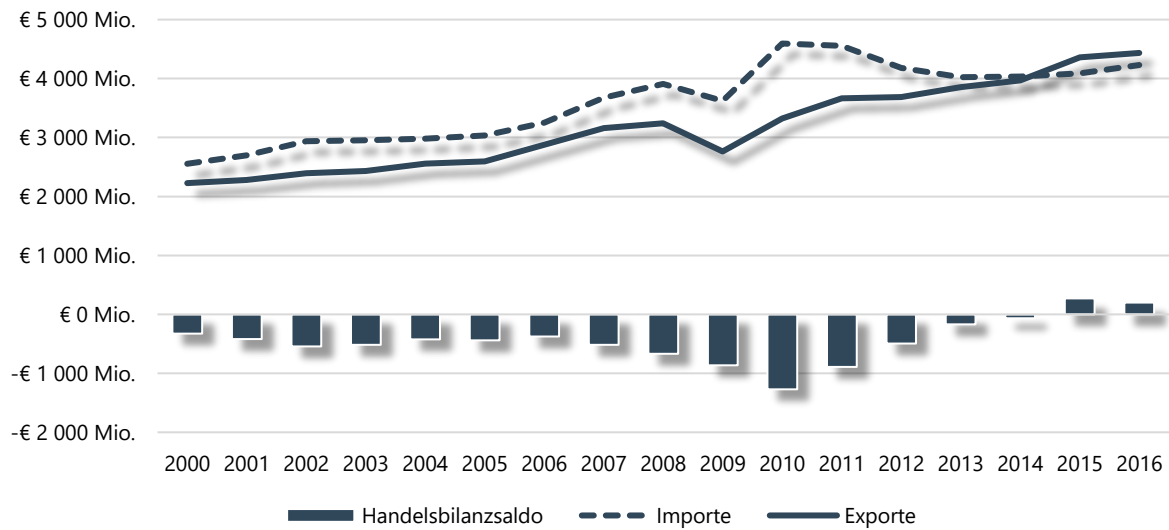
Die Importe Südtirols wiederum betragen 2016 mehr als 4,2 Milliarden Euro. Damit ergibt sich für das Jahr 2016 ein Handelsbilanzüberschuss von rund 200 Millionen Euro. Die Handelsbilanz Südtirols drehte dabei erst vor zwei Jahren ins Plus. Denn bis einschließlich 2014 war die Handelsbilanz Südtirols viele Jahre lang durchwegs negativ,¹⁷ was bedeutet, dass Südtirol mehr Waren importierte als exportierte. Erst 2015 konnte mit rund 270 Millionen Euro erstmals wieder ein Handelsbilanzüberschuss erwirtschaftet werden.¹⁸ Zurückzuführen ist diese Entwicklung darauf, dass die Exporte Südtirols in der jüngeren Vergangenheit durchschnittlich

¹⁷ Im Jahr 2014 war die Handelsbilanz mit minus 67 Millionen Euro zwar negativ, jedoch beinahe ausgeglichen.

¹⁸ Zuvor wurden Handelsbilanzüberschüsse in den Jahren 1994 bis 1996 erzielt.

stärker wuchsen als die Importe. So belief sich das durchschnittliche jährliche Wachstum der Exporte seit dem Jahr 2000 auf 4,4 und jenes der Importe auf 3,2 Prozent.

Abbildung 2-17: Importe, Exporte und Handelsbilanzsaldo Südtirols



Quelle: ASTAT, 2018.

Auffallend ist weiter, dass die Exporte seit dem Jahr 2000 mit Ausnahme des Jahres 2009 stets ein positives Wachstum zum Vorjahr aufwiesen. Die Importe hingegen waren – ebenfalls abgesehen von einem Rückgang im Jahr 2009 – von 2010 bis 2013 rückläufig und sind seitdem nur sehr moderat gestiegen.

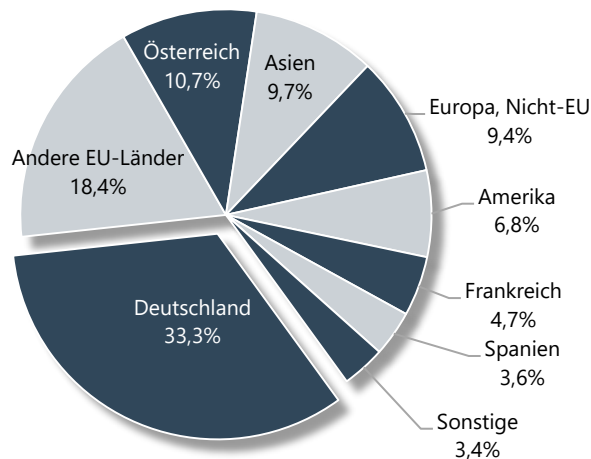
2.6.1.1 Handelspartner Südtirols

Die Exporte Südtirols konzentrieren sich zu mehr als 70 Prozent auf den Handel mit anderen EU-Ländern. Unter den EU-Ländern nimmt dabei Deutschland eine besonders bedeutende Stellung ein, wenn mehr als 33 Prozent aller Exporte Südtirols nach Deutschland gehen.

Auf die weiteren EU-Länder entfällt ein Exportanteil von mehr als 37 Prozent. Von diesen EU-Exporten wiederum geht rund die Hälfte nach Österreich, Frankreich und Spanien. An die europäischen Nicht-EU-Länder sowie auf Asien entfallen jeweils rund 10 Prozent der Südtiroler Exporte. Amerika kommt auf einen Exportanteil von weniger als 7 Prozent.

Werden die Exporte Südtirols aus der Sicht der Importländer betrachtet und dabei an der jeweiligen Wirtschaftsleistung relativiert, zeigt sich der auffallend hohe Importanteil Österreichs an Waren aus Südtirol.

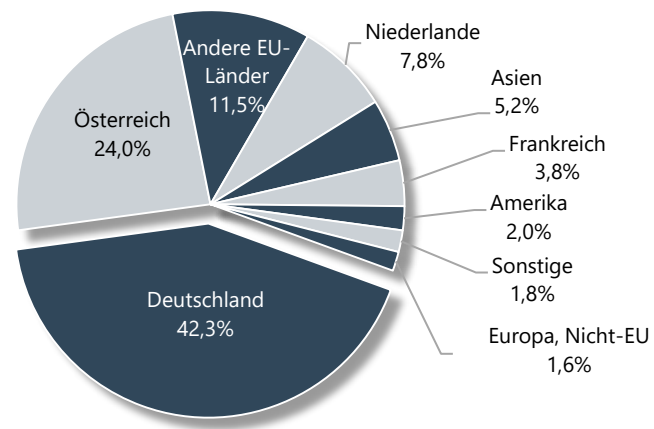
Abbildung 2-18: Exporte Südtirols nach Zielländern



Quelle: ASTAT, 2018.
Anteile beziehen sich auf das Jahr 2015.

Hinsichtlich der Importe Südtirols ist die Konzentration auf den EU-Handel noch ausgeprägter als bei den Exporten. Rund 90 Prozent aller Importe Südtirols stammen aus EU-Ländern. Deutschland (42,3 Prozent), Österreich (24,0 Prozent), Niederlande (7,8 Prozent) und Frankreich (3,8 Prozent) sind darunter die wichtigsten Herkunftsmärkte der Importwaren Südtirols. Etwas mehr als 5 Prozent aller Importe stammen aus Asien, der Rest verteilt sich auf den Rest der Welt.

Abbildung 2-19: Importe Südtirols nach Herkunftsländern



Quelle: ASTAT, 2018.
Anteile beziehen sich auf das Jahr 2015.

2.6.1.2 Handelswaren Südtirols

Das von Südtirol exportierte Warensortiment ist breit gefächert und reicht von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmittel über Maschinen und mechanischen Geräten bis hin zu Metallerzeugnissen.

Tabelle 2-14: Warenhandel Südtirols nach Unterabschnitten von Produkten

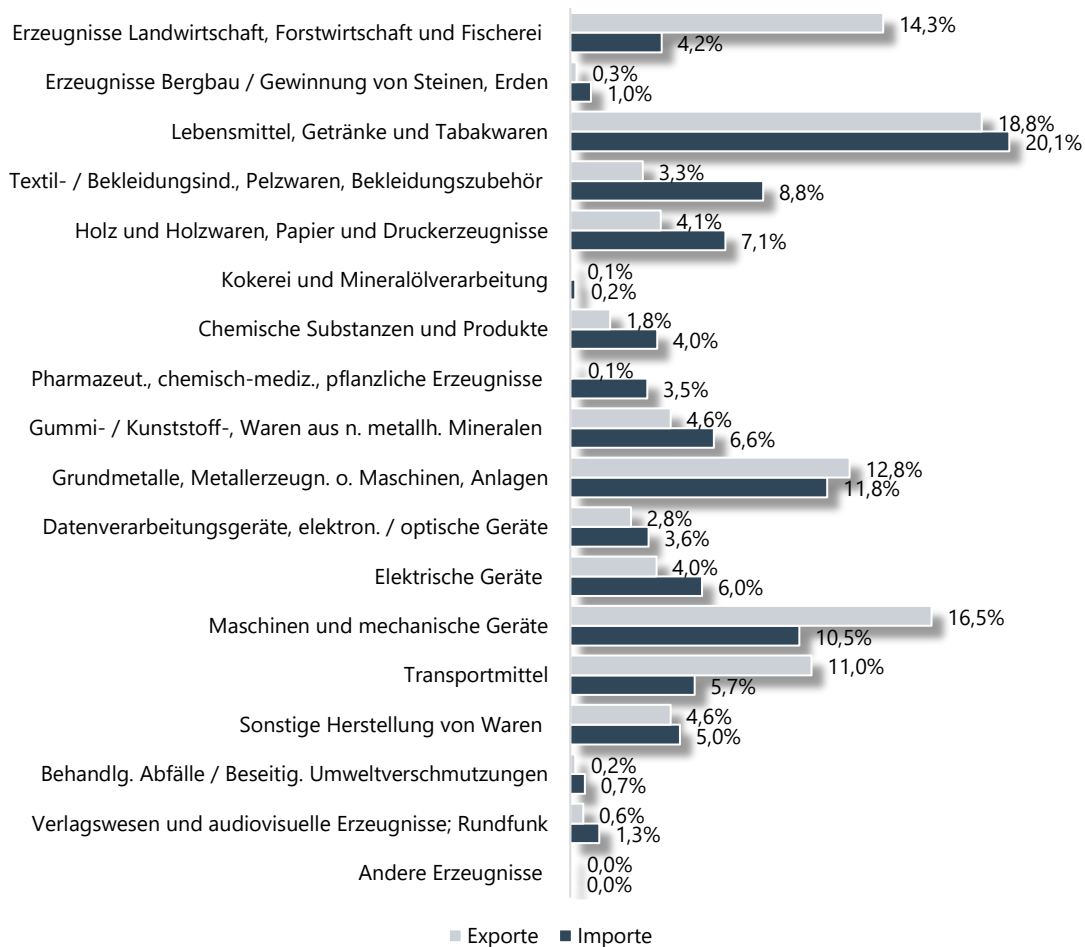
	Importe	Exporte
Erzeugnisse Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	€ 177,4 Mio.	€ 634,8 Mio.
Erzeugnisse Bergbau / Gewinnung von Steinen, Erden	€ 40,4 Mio.	€ 12,8 Mio.
Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren	€ 851,3 Mio.	€ 835,1 Mio.
Textil- / Bekleidungsindustrie, Pelzwaren, Bekleidungszubehör	€ 373,8 Mio.	€ 147,4 Mio.
Holz und Holzwaren, Papier und Druckerzeugnisse	€ 300,7 Mio.	€ 183,6 Mio.
Kokerei und Mineralölverarbeitung	€ 9,7 Mio.	€ 2,8 Mio.
Chemische Substanzen und Produkte	€ 168,3 Mio.	€ 81,3 Mio.
Pharmazeut., chemisch-medizinische, pflanzliche Erzeugnisse	€ 149,4 Mio.	€ 4,2 Mio.
Gummi- / Kunststoff-, Waren aus n. metallhaltigen Mineralen	€ 278,6 Mio.	€ 204,0 Mio.
Grundmetalle, Metallerzeugnisse o. Maschinen, Anlagen	€ 498,2 Mio.	€ 566,8 Mio.
Datenverarbeitungsgeräte, elektronische / optische Geräte	€ 151,7 Mio.	€ 123,1 Mio.
Elektrische Geräte	€ 255,7 Mio.	€ 175,4 Mio.
Maschinen und mechanische Geräte	€ 444,0 Mio.	€ 733,2 Mio.
Transportmittel	€ 241,3 Mio.	€ 489,7 Mio.
Sonstige Herstellung von Waren	€ 212,4 Mio.	€ 203,5 Mio.
Behandlung von Abfällen / Beseitig. Umweltverschmutzungen	€ 28,4 Mio.	€ 10,0 Mio.
Verlagswesen und audiovisuelle Erzeugnisse; Rundfunk	€ 56,5 Mio.	€ 26,4 Mio.
Andere Erzeugnisse	€ 1,4 Mio.	€ 2,0 Mio.
Summe	€ 4.239,3 Mio.	€ 4.436,1 Mio.

Quelle: Coeweb, 2018.
Zahlen für das Jahr 2016.

Mit 835,1 Millionen Euro entfallen rund 19 Prozent aller Südtiroler Exporte auf die Produkte¹⁹ „Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren“. Weiter sind die Produkte „Maschinen und mechanische Geräte“ (733,2 Millionen Euro) mit 16,5 Prozent, „Erzeugnisse der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei“ (634,8 Millionen Euro) mit 14,3 Prozent sowie „Grundmetalle und Metallerzeugnisse“ (566,8 Millionen Euro) mit 12,8 Prozent sowie „Transportmittel“ (489,7 Millionen Euro) mit 11 Prozent Anteil von besonderer Bedeutung für die Südtiroler Exportwirtschaft.

¹⁹ Unter „Produkte“ werden hier die Unterabschnitte nach Produkten auf Ebene der 2-Steller (sottosezioni di prodotto, 2 lettere) nach ATECO 2007 verstanden. „Die ATECO 2007 ist die italienische Version der europäischen Klassifikation der Wirtschaftstätigkeiten (NACE Rev. 2), die infolge der Verabschiedung durch die Europäische Kommission (Verordnung Nr. 1893/2006) und Veröffentlichung im Official Journal Nr. L393 vom 30.12.2006 EU-weit Anwendung findet und ihrerseits von der Klassifikation auf Ebene der UNO (ISIC Rev. 4) abstammt“ (ASTAT, 2009).

Abbildung 2-20: Import- und Exportanteile Südtirols nach Unterabschnitten von Produkten



Quelle: Coeweb, 2018.

Die ausgewiesenen Anteile beziehen sich jeweils auf die gesamten Exporte bzw. Importe Südtirols des Jahres 2016.

Bei den Importen schaut das Bild etwas anders aus. Hier stammen zwar ebenso bedeutende Anteile von Produkten aus „Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren“ (851,3 Millionen bzw. 20,1 Prozent), „Grundmetalle und Metallerzeugnisse“ (11,8 Prozent) sowie „Maschinen und mechanische Geräte“ (10,5 Prozent). Allerdings spielen mit „Erzeugnissen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei“ sowie von „Transportmittel“ jene Produkte, bei denen der Exportanteil bedeutend ist, bei den Importen lediglich eine untergeordnete Bedeutung. Hingegen spielen „Erzeugnisse der Textil- und Bekleidungsindustrie, Pelzwaren und Bekleidungs-zubehör“ mit 373,8 Millionen Euro (8,8 Prozent) sowie „Holz und Holzwaren, Papier und Druck-erzeugnisse“ mit 300,7 Millionen (7,1 Prozent) bei den Importen eine vergleichsweise wichti-gere Rolle als bei den Exporten.

Naturgemäß unterscheiden sich die Anteile der Produkte am gesamten Handelsvolumen der einzelnen Handelspartner Südtirols. Ein Blick auf zwei wichtige Handelspartner, Deutsch-land und Österreich, die zusammen für zwei Drittel der Importe sowie mehr als 44 Prozent der

Exporte verantwortlich sind, zeigt dabei jedoch, dass bis auf wenige Ausnahmen die Bedeutung der einzelnen Produkte auch bei den einzelnen Handelspartnern ähnlich groß ist.

So nehmen bei den Südtiroler Importen „Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren“, „Grundmetalle und Metallerzeugnisse“ sowie „Maschinen und mechanische Geräte“ sowohl bei den Importen aus Deutschland als auch bei den Importen aus Österreich ähnlich große Ausmaße an.

Tabelle 2-15: Importanteile Südtirols nach Unterabschnitten von Produkten

	Gesamt	Deutsch- land	Öster- reich
Erzeugnisse der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	4,2%	2,3%	4,5%
Erzeugnisse aus dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden	1,0%	1,2%	0,2%
Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren	20,1%	23,2%	21,1%
Erzeugnisse der Textil- und Bekleidungsindustrie, Pelzwaren und Bekleidungszubehör	8,8%	7,7%	3,9%
Holz und Holzwaren, Papier und Druckerzeugnisse	7,1%	3,2%	17,1%
Kokerei und Mineralölverarbeitung	0,2%	0,4%	0,0%
Chemische Substanzen und Produkte	4,0%	5,2%	4,0%
Pharmazeutische, chemisch-medizinische und pflanzliche Erzeugnisse	3,5%	0,3%	0,1%
Gummi- und Kunststoffwaren, andere Waren aus nicht metallhaltigen Mineralen	6,6%	7,6%	6,7%
Grundmetalle und Metallerzeugnisse ausgenommen Maschinen und Anlagen	11,8%	12,1%	12,9%
Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Geräte	3,6%	3,3%	2,5%
Elektrische Geräte	6,0%	7,7%	4,8%
Maschinen und mechanische Geräte	10,5%	11,3%	10,4%
Transportmittel	5,7%	6,0%	4,2%
Sonstige Herstellung von Waren	5,0%	5,5%	5,4%
Behandlung von Abfällen und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,7%	0,5%	1,5%
Verlagswesen und audiovisuelle Erzeugnisse; Rundfunk	1,3%	2,5%	0,8%
Andere Erzeugnisse	0,0%	0,0%	0,0%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Coeweb, 2018.

Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2016.

Abweichungen gibt es hingegen bei „Erzeugnissen der Textil- und Bekleidungsindustrie, Pelzwaren und Bekleidungszubehör“. Der Anteil dieser Produkte an den Gesamtimporten aus Deutschland ist wesentlich höher als bei den Importen aus Österreich. Umgekehrt spielen „Holz und Holzwaren, Papier und Druckerzeugnisse“ bei den Importen aus Österreich eine wesentlich größere Bedeutung als bei den Importen aus Deutschland.

Auch bei den Exporten sind die einzelnen Produkte bei den beiden Handelspartnern teils von unterschiedlich großer Bedeutung. So ist der Anteil von „Erzeugnissen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei“ an den Gesamtexporten Südtirols in etwa gleich hoch wie der Anteil an den Südtiroler Deutschland-Exporten. Bei den Österreich-Exporten sind diese Produkte hingegen lediglich von untergeordneter Rolle. „Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren“ sowie „Grundmetalle und Metallerzeugnisse“ weisen sowohl bei den Gesamtexporten Südtirols als auch bei den Exporten nach Österreich und Deutschland ähnliche hohe Anteile auf.

Für die Österreich-Exporte Südtirols wesentlich bedeutsamer als für die Deutschland-Exporte sind wiederum „Maschinen und mechanische Geräte“ – diese machen von den gesamten Deutschland-Exporten weniger als 10 Prozent, von den Österreich-Exporten hingegen knapp 28 Prozent aus.

Tabelle 2-16: Exportanteile Südtirols nach Unterabschnitten von Produkten

	Gesamt	Deutsch-land	Öster-reich
Erzeugnisse der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	14,3%	15,5%	4,5%
Erzeugnisse aus dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden	0,3%	0,5%	0,4%
Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren	18,8%	18,2%	16,6%
Erzeugnisse der Textil- und Bekleidungsindustrie, Pelzwaren und Bekleidungszubehör	3,3%	2,6%	4,9%
Holz und Holzwaren, Papier und Druckerzeugnisse	4,1%	4,8%	10,2%
Kokerei und Mineralölverarbeitung	0,1%	0,0%	0,3%
Chemische Substanzen und Produkte	1,8%	0,9%	1,1%
Pharmazeutische, chemisch-medizinische und pflanzliche Erzeugnisse	0,1%	0,2%	0,1%
Gummi- und Kunststoffwaren, andere Waren aus nicht metallhaltigen Mineralen	4,6%	4,8%	5,1%
Grundmetalle und Metallerzeugnisse ausgenommen Maschinen und Anlagen	12,8%	16,5%	10,4%
Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Geräte	2,8%	2,9%	4,1%
Elektrische Geräte	4,0%	4,4%	3,4%
Maschinen und mechanische Geräte	16,5%	9,4%	27,5%
Transportmittel	11,0%	14,1%	4,7%
Sonstige Herstellung von Waren	4,6%	3,9%	5,2%
Behandlung von Abfällen und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,2%	0,5%	0,2%
Verlagswesen und audiovisuelle Erzeugnisse; Rundfunk	0,6%	0,9%	1,3%
Andere Erzeugnisse	0,0%	0,0%	0,0%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%

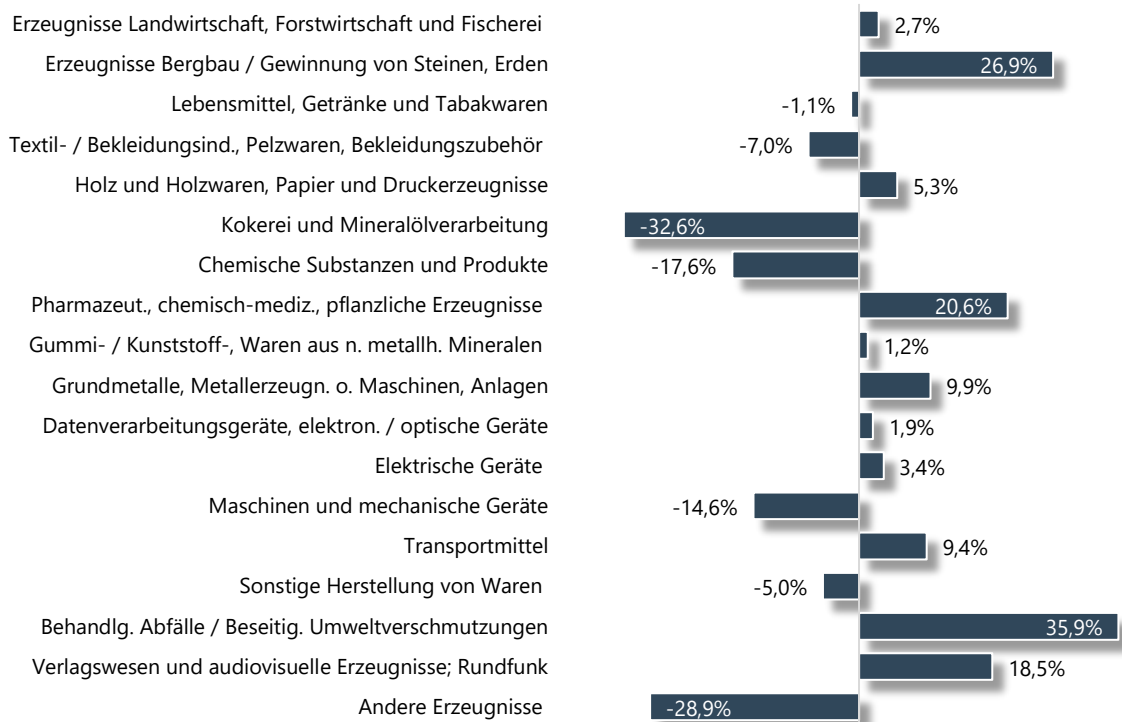
Quelle: Coeweb, 2018.

Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2016.

Abschließend gehen wir für die beiden Südtiroler Handelspartner Deutschland und Österreich der Frage nach, welche Produkte in welchem Ausmaß vom Anteil der Gesamtexportanteile abweichen. Wie gezeigt, geht ein Drittel aller Südtiroler Exporte²⁰ nach Deutschland, wobei es naturgemäß Unterschiede zwischen den einzelnen Unterabschnitten gibt. So übersteigt der Exportanteil Deutschlands bei „Erzeugnissen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei“ mit 36,7 Prozent den Durchschnitt über alle Produkte leicht um 2,7 Prozentpunkte. Deutlich unterdurchschnittlich sind die Bereiche Kokerei und Mineralölverarbeitung, chemische Substanzen und Produkte sowie Maschinen und mechanische Geräte.

²⁰ 2015 waren es 33,3 Prozent, 2016 34,0 Prozent.

Abbildung 2-21: Abweichungen der Deutschland-Exportanteile einzelner Unterabschnitte vom Durchschnitt aller Unterabschnitte von Produkten



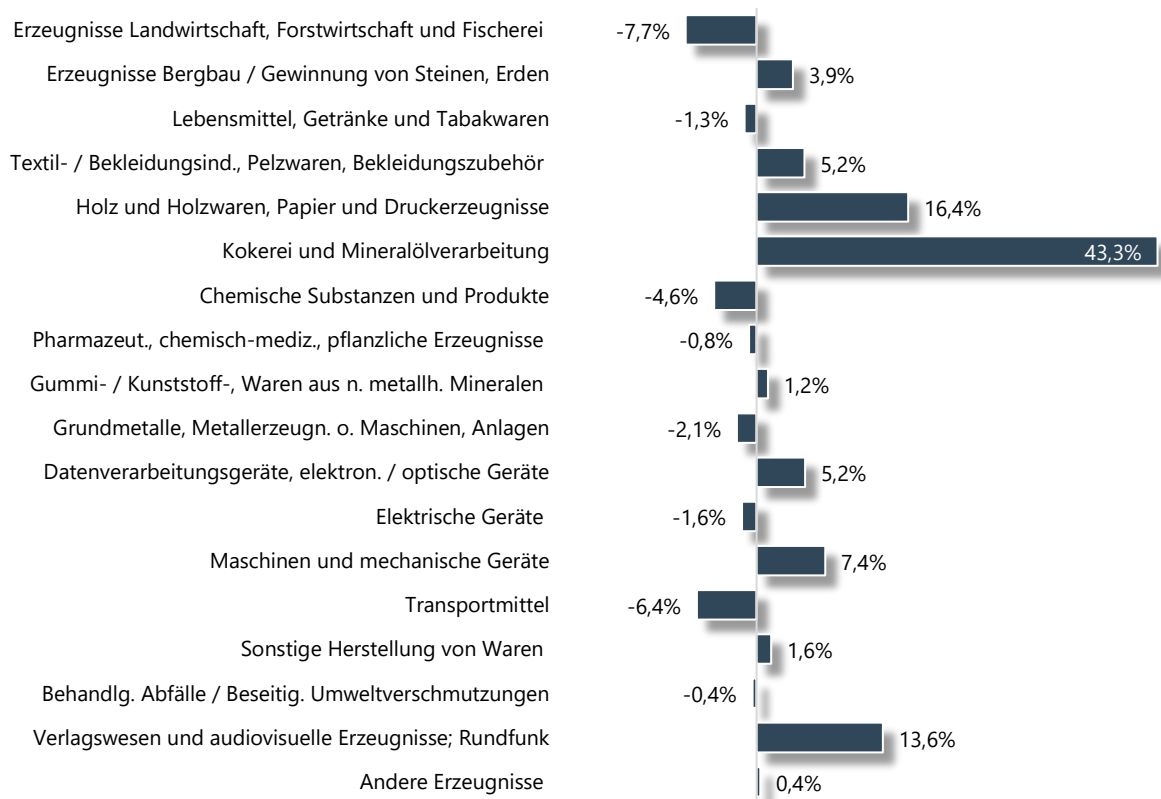
Quelle: Coeweb, 2018.

In Prozentpunkten. Basis sind die Deutschland-Exporte Südtirols des Jahres 2016.

Während die Anteile im Deutschlandexport in den bedeutenden Unterabschnitten „Erzeugnisse der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei“ sowie „Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren“ in etwa dem Anteil der Deutschland-Exporte über alle Unterabschnitte entsprechen, ist der Export von „Grundmetallen und Metallerzeugnisse“ nach Deutschland von überdurchschnittlicher, der Export von Maschinen und mechanischen Geräten hingegen von unterdurchschnittlicher Bedeutung.

Der Anteil der nach Österreich exportierten Produkte betrug 2016 etwas mehr als 11 Prozent.

Abbildung 2-22: Abweichungen der Österreich-Exportanteile einzelner Unterabschnitte vom Durchschnitt aller Unterabschnitte von Produkten



Quelle: Coeweb, 2018.

In Prozentpunkten. Basis sind die Österreich-Exporte Südtirols des Jahres 2016.

Von unterdurchschnittlicher Bedeutung für Südtiroler Waren sind dabei „Erzeugnisse der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei“ sowie „Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren“. Hingegen werden Maschinen und mechanische Geräte überproportional nach Österreich exportiert – 7,4 Prozentpunkte über dem Schnitt von 11 Prozent bedeutet, dass beinahe jeder 5. Euro im Export dieser Produkte durch den Export nach Österreich umgesetzt wird. Ebenso spielt der Export von „Holz und Holzwaren, Papier und Druckerzeugnissen“ eine überdurchschnittliche Bedeutung, wenngleich diese Produktklasse für den Südtiroler Export von untergeordneter Bedeutung ist. Deutlich unterdurchschnittlich sind die drei Bereiche Erzeugnisse aus Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, Transportmittel und wiederum chemische Substanzen und Produkte.

2.6.2 Südtirols Handel mit italienischen Regionen und Provinzen

Die jüngsten Daten zum inneritalienischen Handel beziehen sich auf das Jahr 2011, jüngere Daten sind nicht verfügbar. Dabei zeigt ein Blick in die Input-Output-Tabellen von ISTAT, dass der Handel zwischen Südtirol und den anderen italienischen Regionen und Autonomen Provinzen von größerer Bedeutung ist als der Handel Südtirols mit dem Ausland. So entfielen 2011 rund 43 Prozent der gesamten Exporte Südtirols auf Exporte in das Ausland und mit

knapp 57 Prozent mehr als die Hälfte auf Exporte in andere italienische Regionen und Provinzen. Bei den Importen spielen interregionale Importe mit einem Anteil von rund zwei Drittel an den Gesamtimporten Südtirols sogar eine noch bedeutendere Rolle als dies bei den Exporten der Fall ist.

Tabelle 2-17: Interregionaler und internationaler Handel Südtirols

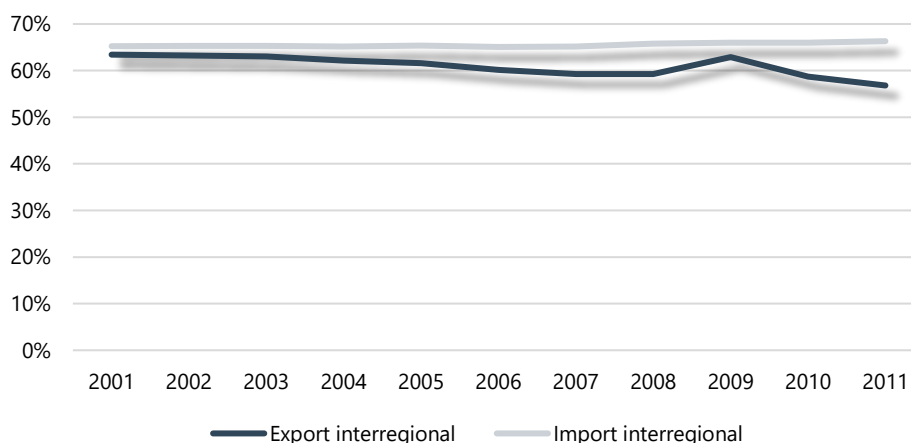
	Absolut	In Prozent
Exporte gesamt	€ 9,5 Mrd.	
davon interregional (ital. Regionen und Provinzen)	€ 5,4 Mrd.	56,8%
davon Ausland	€ 4,1 Mrd.	43,2%
Importe gesamt	€ 11,2 Mrd.	
davon interregional (ital. Regionen und Provinzen)	€ 7,4 Mrd.	66,3%
davon Ausland	€ 3,8 Mrd.	33,7%

Quelle: ISTAT, 2014.

Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2011. Jüngere Auswertungen sind nicht publiziert.

Auch wenn Zahlen für die Jahre nach 2012 nicht vorliegen, so zeigt ein Blick zurück bis ins Jahr 2001, dass sich an der soeben getroffenen Feststellung der großen Bedeutung der anderen italienischen Regionen und Provinzen für den Handel Südtirols wenig verändert haben dürfte. Lediglich auf der Exportseite zeigt sich, dass die Exporte ins Ausland seit 2001 für Südtirol gegenüber den interregionalen Exporten an Bedeutung gewonnen haben. Denn während sich die interregionalen Importe konstant auf zwei Drittel der Gesamtimporte Südtirols beliefen, sanken die interregionalen Exporte Südtirols im Zeitraum 2001 bis 2011 von 63,4 auf 56,8 Prozent gemessen an den Südtiroler Gesamtexporten.

Abbildung 2-23: Entwicklung des interregionalen Handels Südtirol



Quelle: ASTAT, 2013 und 2014.

Gemessen jeweils an den Gesamtimporten bzw. Gesamtexporten.

Dieser gestiegene Anteil der Exporte ins Ausland bedeutet für Südtirol, dass die außeritalienische im Vergleich zur italienischen Wirtschaftsentwicklung für Südtirol an Bedeutung gewonnen hat. Südtirol hängt damit in einem – wenn auch geringfügig – stärkeren Ausmaß

von den Entwicklungen seiner außeritalienischen Handelspartner ab, während die Abhängigkeit von den anderen italienischen Regionen und Provinzen leicht abnimmt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Südtirols mit den anderen italienischen Provinzen und autonomen Regionen, aber auch mit dem Ausland wirtschaftliche stark verflochten ist. Im Falle der Eigenständigkeit Südtirols wird es somit zentral sein, wie der Handel zwischen Südtirol und dem Ausland geregelt wird. Denn eine Einschränkung des Handels etwa durch Zölle, Quoten oder andere regulatorische Handelshemmnisse würde sich jedenfalls negativ aus Südtirol auswirken. Die aufgezeigten Verflechtungen legen dabei den Schluss nahe, dass es vor allem die Handelsbeziehungen mit Italien und der EU – und hier wiederum vor allem mit Deutschland und in geringerem Ausmaß auch mit Österreich – zu regeln gilt. Diese Kenntnis ist wichtig, um allfällige Reaktionen des Auslandes im Falle einer Eigenständigkeit Südtirols abschätzen und damit zusammenhängende Auswirkungen auf einzelne Wirtschaftsbranchen in Südtirol verorten zu können. Eine ausführliche Diskussion darüber, inwieweit die Handelsbeziehungen Südtirols im Falle einer Eigenständigkeit kritisch sein könnten, folgt im nächsten Abschnitt.

2.6.3 Die Bedeutung des Tourismus

Neben dem Handel von Gütern spielt für Südtirol auch der Handel im Dienstleistungsbereich eine bedeutende Rolle. Dabei ist vor allem der Tourismus, das heißt, der Sektor Beherbergung und Gastronomie zu nennen, der direkt für jeden 10. Euro, der in Südtirol verdient wird, verantwortlich zeichnet. Dies wohlgernekt ohne indirekte Effekte (Effekte in den Vorleistungsbranchen) und induzierte Effekte (Effekte, die durch Nachfrage von im Tourismus entstandenen Einkommen entstehen). Werden all diese Effekte berücksichtigt, ist die Bedeutung des Tourismus größer als der unmittelbare direkte Effekt in Beherbergung und Gastronomie.

Dabei stehen in Südtirol in rund 10.000 Betrieben knapp 220.000 Betten zur Verfügung. 2015 konnten knapp 6,5 Millionen Ankünfte von Gästen gezählt werden, die Anzahl an Übernachtungen belief sich auf knapp 30 Millionen. Hauptsaison sind die Monate Juli, August und September, in denen mehr als 12 Millionen Nächtigungen zu verzeichnen sind. Beinahe jede zweite Übernachtung ist auf Gäste aus Deutschland zurückzuführen, jede dritte Übernachtung auf Gäste aus Italien.²¹ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Anzahl an deutschen Gästen in den letzten zehn Jahren gestiegen, jene der italienischen Gäste hingegen gesunken ist. Eine mögliche Erklärung dafür kann in der unterschiedlichen Entwicklung der Einkommen liegen. Denn während die Einkommen in Italien in den letzten Jahren real gesunken sind (vgl. dazu auch Tabelle 2-1), sind sie in Deutschland gestiegen.²² Und da Beherbergungsleistungen einen Export von Dienstleistungen darstellen, steigen diese Exporte (wie bereits kurz bei den Warenexporten diskutiert) mit steigendem ausländischen Einkommen.

²¹ Von den italienischen Gästen wiederum stammen zwei Drittel aus einer der vier Regionen: Lombardei, Veneto, Emilia-Romagna und Latium (ISTAT, 2018).

²² So stieg das BIP/Kopf in Deutschland real von 2000 bis 2016 um knapp 20 Prozent, während es in Italien im selben Zeitraum um mehr als 5 Prozent sank (Eurostat, 2018).

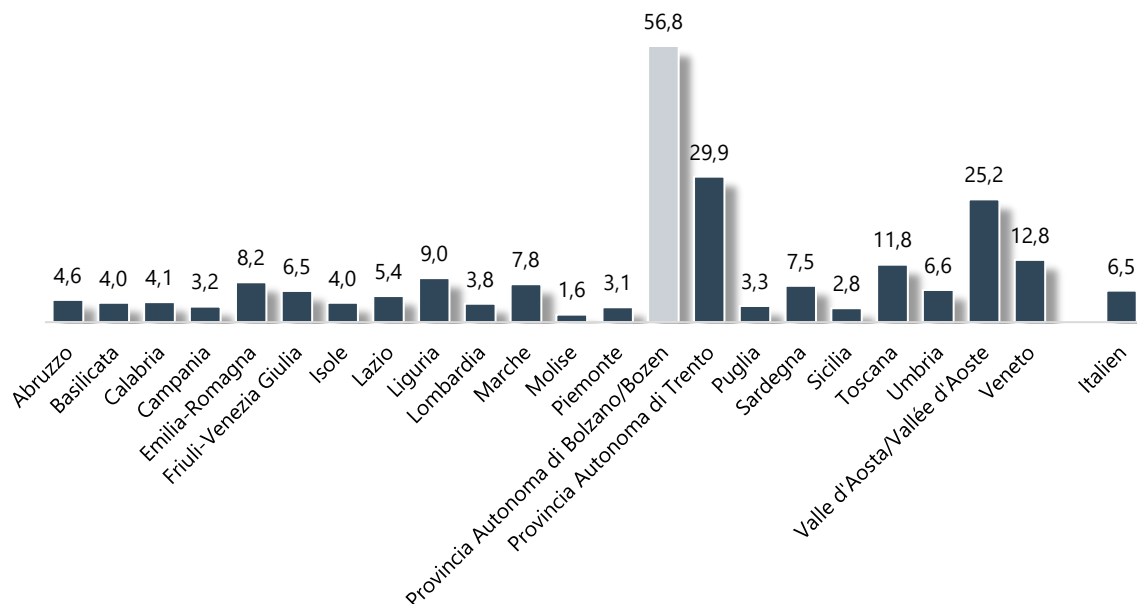
Tabelle 2-18: Kennzahlen Tourismus Südtirol 2015

Anzahl Betriebe	10.041
Anzahl Betten	219.248
Anzahl Ankünfte	6.495.949
Anzahl Nächtigungen	29.475.245
davon Personen aus Deutschland	48,8%
davon Personen aus Italien	31,9%
Bruttowertschöpfung in Beherbergung und Gastronomie	€ 2.080,4 Mio.

Quelle: IDM Südtirol Alto Adige, 2018. ISTAT, 2018.

Gemessen an der Anzahl an Übernachtungen je Einwohner ist Südtirol die tourismusintensivste Region Italiens.

Abbildung 2-24: Übernachtungen pro Einwohner in den Regionen Italiens



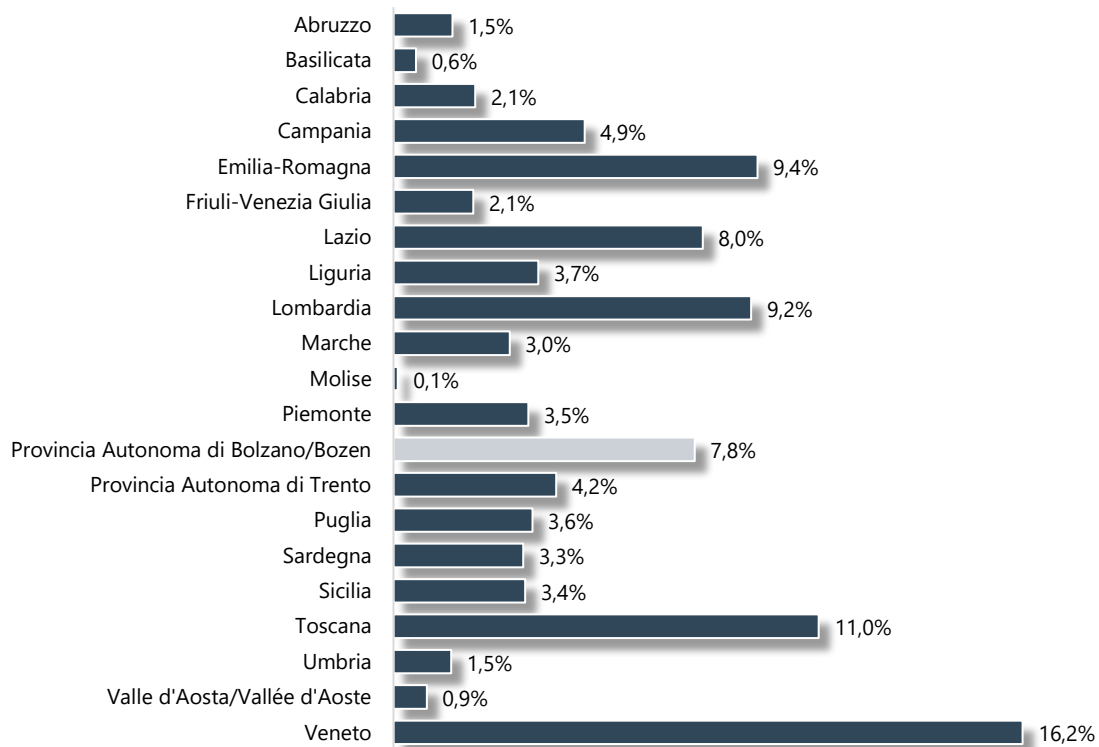
Quelle: Eurostat, 2018.

So führt Südtirol mit 56,8 Übernachtungen pro Einwohner den entsprechenden Vergleich vor der Autonomen Provinz Trient mit 29,9 und dem Aostatal mit 25,2 Übernachtungen je Einwohner klar an. In Gesamtitalien kommen auf einen Einwohner durchschnittlich 6,5 Nächtigungen

Absolut betrachtet entfallen auf andere italienische Regionen zwar mehr Übernachtungen als in Südtirol. Doch kann sich Südtirol mit einem Anteil an allen Übernachtungen in Italien von rund 8 Prozent im vordersten Mittelfeld platzieren. Hier führt das Veneto, auf das mehr als jede sechste Übernachtung Italiens entfällt. Es folgen die Toscana, die Emilia-Romagna

sowie die Lombardei mit knapp über bzw. knapp unter 10 Prozent. Nach Latium (8 Prozent) folgt bereits Südtirol mit einem Anteil von 7,8 Prozent an allen Übernachtungen Italiens.

Abbildung 2-25: Anteile der Nächtigungen nach Regionen



Quelle: Eurostat, 2018.
Basis: Nächtigungen Gesamtitalien.

2.7 Zusammenfassung

Die bisherigen Ausführungen lassen sich wie folgt prägnant zusammenfassen.

Südtirol ist wirtschafts- stärkste Region Italiens

Südtirol ist mit einem Brutto regionalen Produkt von 42.600 Euro pro Kopf mit Abstand die wirtschafts stärkste Region Italiens. Die Arbeitslosigkeit ist mit 3,7 Prozent weit unterdurchschnittlich, die Erwerbstätigenquote liegt mit 73 Prozent weit über dem Italienschnitt (56 Prozent). Das Wirtschaftswachstum fiel in den letzten eineinhalb Jahrzehnten auch real positiv aus, was neben Südtirol lediglich noch auf die Basilicata zutraf.

Südtirols Wirtschaft ist breit aufgestellt

Nicht weniger als vier Wirtschaftssektoren leisten einen Beitrag von mehr als 10 Prozent, weitere drei Sektoren mehr als 6 Prozent zur gesamten Wertschöpfung Südtirols. Im Vergleich zu Gesamtitalien sind dabei vor allem die Sektoren Beherbergung und Gastronomie, aber auch die Land- und Forstwirtschaft sowie der Bausektor vergleichsweise bedeutender für die regionale Wertschöpfung als dies in Gesamtitalien der Fall ist.

Südtirol nahm in der allerjüngsten Vergangenheit Jahr für Jahr mehr ein als es ausgab. Dies gilt sowohl für die lokalen, regionalen und zentralen Verwaltungen als auch für den Erweiterten Öffentlichen Sektor, der neben diesen Verwaltungsebenen auch die nationalen und lokalen öffentlichen Unternehmen umfasst. Zuletzt wies Südtirol einen Primärsaldo von rund 920 Millionen Euro auf, was die Stellung Südtirols als Nettozahler im Kontext der italienischen Regionen und Provinzen unterstreicht.

Südtirols Finanzlage ist positiv

Mit rund 8,9 Milliarden Euro stammen rund 75 Prozent aller laufenden Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Die größten Positionen der laufenden Ausgaben entfallen mit rund 7 Milliarden Euro auf Lohnzuschläge und Lohnergänzung, auf das Gesundheits- und Sozialwesen sowie auf die allgemeine Verwaltung und den Bereich Energie und Umwelt.

Der Handel spielt für Südtirol eine wichtige Rolle. Mit Exporten im Umfang von 4,4 Milliarden Euro kommt Südtirol auf eine Exportquote von rund 20 Prozent. Ein Drittel sämtlicher Exporte geht dabei nach Deutschland und mehr als ein weiteres Drittel in andere EU-Staaten. Knapp 1,5 Milliarden Euro werden durch den Export von Lebensmitteln bzw. Erzeugnissen der Landwirtschaft erzielt. Weitere 733 Millionen Euro durch den Export von Maschinen und mechanischen Geräten und mehr als 560 Millionen Euro schließlich durch den Export von Grundmetallen und Metallerzeugnissen.

Der Außenhandel ist wichtig für Südtirol

Da die Importe zuletzt mit 4,2 Milliarden Euro geringer ausfielen als die Exporte, erwirtschaftete Südtirol 2016 das zweite Jahr in Folge einen Handelsbilanzüberschuss. Knapp 90 Prozent der Importe stammen aus EU-Ländern, wobei alleine zwei Drittel aller Importe auf Deutschland und Österreich entfallen.

Südtirol exportiert mit 5,4 Milliarden Euro mehr in andere italienische Regionen und autonome Provinzen als ins Ausland und importiert mit 7,4 Milliarden Euro aus anderen italienischen Regionen und autonomen Provinzen weit mehr als aus dem Ausland. Daraus wird ersichtlich, dass der interregionale Handel Südtirols mit den anderen italienischen Regionen und autonomen Provinzen von besonderer Bedeutung ist, was im Hinblick auf eine Eigenständigkeit Südtirols jedenfalls zu berücksichtigen sein wird.

Der inneritalienische Handel übersteigt Südtirols Außenhandel

Bekanntermaßen spielen Beherbergung und Gastronomie eine vergleichsweise zentrale Bedeutung in der Südtiroler Wirtschaftsstruktur. 30 Millionen Nächtigungen pro Jahr bedeuten durchschnittlich 57 Nächtigungen pro Kopf. Das ist nicht nur weit mehr als im Italiendurchschnitt (6,5 Nächtigungen pro Kopf), sondern rund doppelt so viel wie im zweitplatzierten Trient. Der Großteil der Gäste kommt aus Deutschland (knapp die Hälfte) und Italien (rund ein Drittel), der Sommertourismus ist bedeutender als der Wintertourismus.

Südtirol als Tourismushochburg Italiens

Kann sich Südtirol eine Eigenstaatlichkeit leisten?

Zentrale Herausforderungen aus ökonomischer Sicht

3. Zentrale Herausforderungen aus ökonomischer Sicht

Die Diskussion im vorangegangenen Abschnitt lässt sich in einem Satz so zuspitzen: Südtirol ist eine wirtschaftlich starke Region mit einer soliden Finanzgebarung, Südtirol wurde bereits vor Jahren vom Nettoempfänger zum Nettozahler und Südtirol ist über seine Handelsbeziehungen stark mit anderen Ländern aber auch mit anderen Regionen und autonomen Provinzen innerhalb Italiens verbunden. Allesamt günstige Voraussetzungen für eine wirtschaftlich prosperierende Zukunft. Lediglich die für kleine geographische Einheiten typische Handelsintensität kann in einer Übergangsphase in den Verhandlungen zur Achillesferse werden, wobei die starke Tourismusorientierung von Vorteil sein kann.

Aber neben dieser an sich günstigen Ausgangslage ist auch zu sehen, dass mit der Herauslösung Südtirols und der Gründung eines eigenständigen Staates auch zusätzlich Kosten einhergehen können, die Südtirol in der derzeitigen Situation nicht bzw. nicht im zukünftigen Ausmaß zu tragen hat. Gedacht sei dabei etwa an die Repartierung der italienischen Staatsschulden, an den etwaigen Aufbau einer eigenen Landesverteidigung oder eines eigenen Justizwesens sowie an den Bereich der Geldpolitik.

Dabei hilft zu einer ersten Einschätzung, mit welchen Kosten ein eigenständiger Staat Südtirol konfrontiert sein könnte, ein Blick auf die internationale Verteilung der Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen. Konkret, der Verteilung der Staatsausgaben nach den COFOG-Abteilungen²³, der Classification of the Functions of Government. Nach der COFOG-Einteilung werden die Staatsausgaben in einer ersten Unterteilung in 10 Aufgabenbereiche untergliedert. Wie Tabelle 3-1 zeigt, ist die Bandbreite der Ausgaben, die als Prozentsatz der jeweiligen Wirtschaftsleistung dargestellt sind, mitunter beträchtlich. Unterschiede, die die vielfältigsten Ursachen haben, aber letztlich auch Ausdruck der unterschiedlichen institutionellen Ausgestaltungen und politischen Präferenzen sind.

Was dabei auffällt ist, dass die in der Tabelle ausgewiesenen durchschnittlichen Gesamtausgaben in der Höhe von 43,6 Prozent in etwa jener Abgabenquote entsprechen, die sich basierend auf den Öffentlichen Territorialen Konten bereits heute für Südtirol ergeben. Dabei ist jedoch zu beachten, dass kleinere Volkswirtschaften typischerweise einen größeren öffentlichen Sektor haben als größere (Alesina und Wacziarg, 1994). Zu bedenken ist dabei allerdings, dass der typischerweise größere Staatssektor kleinerer Volkswirtschaften und die dadurch bedingten höheren Pro-Kopf-Ausgaben der öffentlichen Hand nicht alleine darauf zurückzuführen sind, dass kleinere Staaten nicht im selben Ausmaß von steigenden Skalenvorteilen in der Bereitstellung öffentlicher Güter und damit sinkenden Durchschnittskosten profitieren wie große Volkswirtschaften. Vielmehr gilt auch, dass kleinere Volkswirtschaften typischerweise stärker im internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen engagiert sind und damit stärker externen Risiken ausgesetzt sind als weniger offene Volkswirtschaften

²³ Die Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staates (Classification of the Functions of Government – COFOG) wurde 1999 in ihrer derzeitigen Fassung von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erarbeitet und von der Statistikabteilung der Vereinten Nationen als Standardklassifikation für die Zwecke staatlicher Aktivitäten veröffentlicht (Eurostat, 2018b).

und der öffentliche Sektor im Sinne einer Versicherung dieses Risiko reduziert (Rodrik, 1996 und Posner, 2012).

Tabelle 3-1: Staatsausgaben (2016) nach COFOG-Aufgabenbereich im internationalen Vergleich

	Gesamt	GF01 - Allgemeine öffentliche Verwaltung	GF02 - Verteidigung	GF03 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit	GF04 - Wirtschaftliche Angelegenheiten	GF05 - Umweltschutz	GF06 - Wohnungswesen, kommunale Einrichtungen	GF07 - Gesundheitswesen	GF08 - Freizeitgestaltung, Kultur und Religion	GF09 - Bildungswesen	GF10 - Soziale Sicherung
EU	46,3%	6,0%	1,3%	1,7%	4,0%	0,7%	0,6%	7,1%	1,0%	4,7%	19,1%
EU19	47,6%	6,3%	1,2%	1,7%	4,2%	0,8%	0,6%	7,1%	1,1%	4,6%	20,0%
Belgien	53,2%	7,9%	0,8%	1,7%	6,5%	0,8%	0,3%	7,4%	1,2%	6,4%	20,0%
Bulgarien	35,0%	2,7%	1,1%	2,4%	4,1%	0,6%	1,9%	5,0%	1,0%	3,4%	12,7%
Tschechische Republik	39,4%	4,2%	0,7%	1,7%	5,9%	0,7%	0,6%	7,4%	1,3%	4,5%	12,3%
Dänemark	53,6%	6,8%	1,1%	1,0%	3,3%	0,4%	0,3%	8,6%	1,8%	6,9%	23,4%
Deutschland	44,2%	5,8%	1,0%	1,6%	3,1%	0,6%	0,4%	7,2%	1,0%	4,2%	19,3%
Estland	40,6%	4,2%	2,4%	2,0%	4,3%	0,6%	0,4%	5,3%	2,1%	5,9%	13,5%
Irland	27,1%	3,7%	0,3%	1,0%	2,3%	0,3%	0,5%	5,2%	0,5%	3,3%	9,9%
Griechenland	49,8%	9,2%	2,1%	2,2%	3,8%	1,6%	0,2%	4,9%	0,8%	4,3%	20,7%
Spanien	42,2%	6,1%	1,0%	1,9%	3,9%	0,8%	0,5%	6,0%	1,1%	4,0%	16,8%
Frankreich	56,4%	6,1%	1,8%	1,6%	5,6%	0,9%	1,1%	8,1%	1,2%	5,4%	24,4%
Kroatien	47,1%	8,8%	1,2%	2,3%	5,3%	0,6%	1,1%	6,5%	1,8%	4,8%	14,7%
Italien	49,4%	7,9%	1,3%	1,9%	4,0%	0,9%	0,7%	7,0%	0,8%	3,9%	21,1%
Zypern	38,6%	7,7%	1,5%	1,7%	2,6%	0,3%	1,5%	2,6%	0,9%	6,0%	13,8%
Lettland	37,3%	4,4%	1,6%	2,2%	4,9%	0,5%	0,9%	3,7%	1,4%	5,5%	12,0%
Litauen	34,2%	4,1%	1,6%	1,5%	3,0%	0,5%	0,4%	5,8%	1,0%	5,2%	11,2%
Luxemburg	42,1%	4,7%	0,4%	1,0%	5,5%	0,9%	0,5%	4,8%	1,2%	4,8%	18,2%
Ungarn	46,7%	7,9%	0,7%	2,3%	7,1%	0,5%	0,8%	4,8%	3,3%	4,9%	14,3%
Malta	38,1%	6,4%	0,6%	1,2%	4,6%	1,0%	0,3%	5,6%	1,0%	5,4%	12,0%
Niederlande	43,4%	4,3%	1,2%	1,9%	3,9%	1,4%	0,3%	7,7%	1,3%	5,3%	16,2%
Österreich	50,7%	6,6%	0,6%	1,4%	5,7%	0,4%	0,3%	8,0%	1,2%	4,9%	21,6%
Polen	41,2%	4,7%	1,6%	2,2%	4,1%	0,4%	0,6%	4,6%	1,1%	5,0%	16,9%
Portugal	45,0%	8,3%	0,9%	1,8%	3,2%	0,6%	0,5%	5,9%	0,8%	4,9%	18,0%
Rumänien	34,0%	4,4%	0,9%	2,0%	4,5%	0,6%	1,2%	4,0%	0,9%	3,7%	11,6%
Slowenien	45,1%	6,6%	0,9%	1,7%	4,5%	0,6%	0,4%	6,7%	1,4%	5,6%	16,7%
Slowakei	41,5%	5,3%	1,0%	2,3%	4,5%	0,7%	0,5%	7,4%	1,0%	3,8%	15,1%
Finnland	56,0%	8,1%	1,3%	1,2%	4,5%	0,2%	0,3%	7,2%	1,4%	6,1%	25,6%
Schweden	49,4%	6,6%	1,2%	1,3%	4,1%	0,3%	0,7%	6,9%	1,1%	6,6%	20,6%
Vereinigtes Königreich	41,5%	4,6%	2,0%	1,8%	3,0%	0,7%	0,7%	7,6%	0,6%	4,7%	15,8%
Norwegen	50,8%	4,7%	1,6%	1,2%	5,4%	0,9%	0,8%	8,7%	1,6%	5,6%	20,3%
Schweiz	34,3%	4,8%	0,8%	1,7%	4,0%	0,6%	0,2%	2,2%	0,8%	5,6%	13,6%
Durchschnitt	43,6%	5,9%	1,2%	1,7%	4,4%	0,7%	0,6%	6,1%	1,2%	5,0%	16,7%
Minimum	27,1%	2,7%	0,3%	1,0%	2,3%	0,2%	0,2%	2,2%	0,5%	3,3%	9,9%
Maximum	56,4%	9,2%	2,4%	2,4%	7,1%	1,6%	1,9%	8,7%	3,3%	6,9%	25,6%

Quelle: Eurostat, 2018.

Die laufenden und zukünftigen Pensionszahlungen bedürfen dabei keiner gesonderten Behandlung. Dies deshalb, da die gesetzliche Altersvorsorge in Italien auf dem Umlageverfahren basiert, und sich damit die laufenden Pensionszahlungen aus den Beitragszahlungen zur Sozialversicherung der derzeit Beschäftigten speisen. Eine Regionalisierung ist daher nicht notwendig, da im Rahmen des Umlageverfahrens einfach die Bürgerinnen und Bürger des nunmehr unabhängigigen Staates Südtirol die laufenden Auszahlungen über ihre Beitragszahlungen finanzieren. Da es damit zu keinem Systembruch kommt, sind die Pensionen auch in einem unabhängigen Staat Südtirol so sicher, wie sie es heute sind.

Damit sei abschließend den nun folgenden Ausführungen noch der explizite Hinweis vorangestellt, dass die gesamte Diskussion auf der Annahme basiert, dass sich zumindest in der Theorie und nach Kenntnis aller relevanten Faktoren eine optimale Größe einer Volkswirtschaft im Sinne eines Optimierungskalküls ableiten und bestimmen lässt. Ein Optimierungsgedanke, der von der ökonomischen Gemeinde zwar grundsätzlich geteilt wird, aber nicht immer, wie zum Beispiel in Conybeare (2009) nachzulesen ist. Wird jedoch dieses Optimierungskalkül außer Streit gestellt, so ergibt sich die optimale Größe einer Volkswirtschaft aus einer „einfachen“ Gegenüberstellung der Kosten und der Nutzen aus einer zunehmenden Größe, wie dies etwa Alesina und Spolaore (2003) in ihrem Buch „The Size of Nations“ ausführen. In der Praxis kann dieser Gedanke jedoch rasch an seine Grenzen stoßen.

3.1 Südtirols Anteil an der Staatsverschuldung Italiens

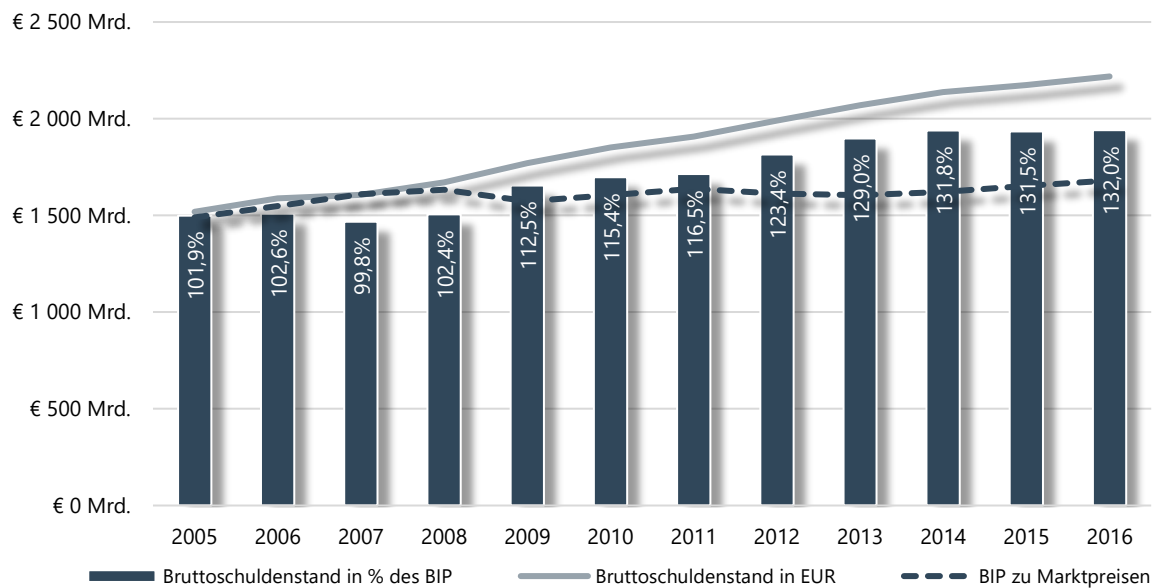
Ein erster gewichtiger Punkt bei einer allfälligen Eigenständigkeit Südtirols ist die Frage, welchen Anteil an den italienischen Gesamtschulden Südtirol zukünftig zu schultern hätte. Denn der „Gesamtkuchen“, den es dabei zu verteilen gilt und den wohl niemand haben will, ist beträchtlich.

Den Schulden hängt dabei naturgemäß kein „Mascherl“ um, weshalb im Einzelfall nicht gesagt werden kann, für welchen Zweck und welche Region oder autonome Provinz die Schulden seinerzeit aufgenommen wurden. Damit ist eine Repartierung der Schulden nach dem Verursacherprinzip nicht möglich. A priori steht damit auch nicht fest, wie groß der Anteil Südtirols an den gesamten italienischen Staatsschulden ist, weshalb nach geeigneten Kriterien zu suchen ist, an Hand derer eine Regionalisierung der italienischen Staatsschulden vorgenommen werden kann.

Zur Verteilung steht dabei ein Bruttoschuldenstand (2016) von mehr als 2,2 Billionen Euro. Dieser Stand wurde erreicht, nachdem der Bruttoschuldenstand Italiens jahrelang um rund 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts schwankte, bevor dieser vor allem im Zeitraum 2008 bis 2014 kontinuierlich anstieg und sich in den letzten beiden Jahren nahezu unverändert bei rund 132 Prozent der gesamten italienischen Wirtschaftsleistung einpendelte.

Für den Anstieg nach 2008 sind in erster Linie die Finanzkrise 2008 und ihre Auswirkungen in den Folgejahren verantwortlich. Wie aus Abbildung 3-1 ersichtlich wird, verändert sich dabei das italienische Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 2008 bis 2016 kaum, während die Bruttoschulden in diesem Zeitraum um rund 30 Prozentpunkte anstiegen und es damit die Kombination aus beiden Entwicklungen ist, die die Schuldenquote derart ansteigen ließ.

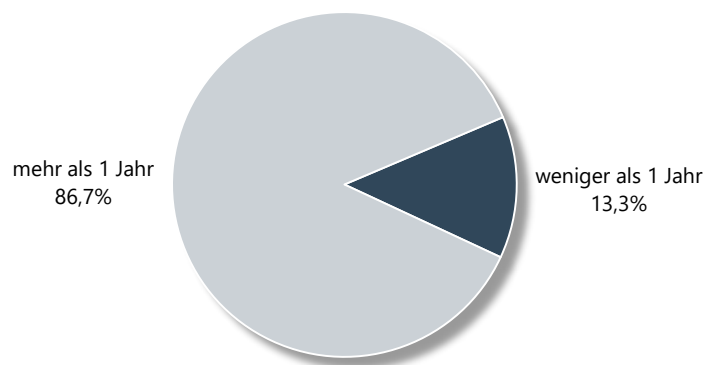
Abbildung 3-1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttoschulden Italiens



Quelle: Eurostat, 2018.

Der Großteil der Bruttoschulden Italiens ist dabei langfristig finanziert. Lediglich jeder 7. Euro oder weniger als 14 Prozent weist mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr eine kurzfristige Verschuldungsdauer auf.

Abbildung 3-2: Fristigkeit der italienischen Bruttoschulden

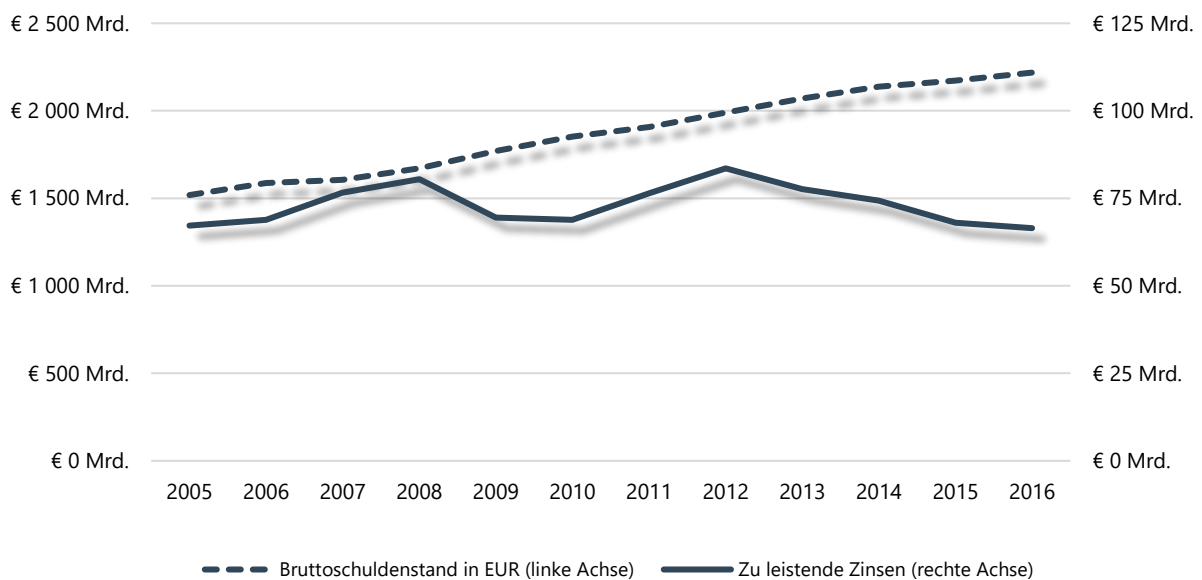


Quelle: Eurostat, 2018.

Dass höhere Schulden nicht immer zu höheren Zinszahlungen führen, zeigt sich dabei sehr deutlich. Die Zinslast, die Italien in diesen Jahren zu schultern hatte, stieg in diesen Jahren nicht synchron mit der steigenden Bruttoschuldenlast. Dies ganz im Gegensatz zur Situation bis 2008, in der der Zinsendienst quasi im Einklang mit der wachsenden Bruttoverschuldung anstieg. Nicht so jedoch danach, da in Folge der Finanzkrise das Zinsniveau bis 2010 stark fiel,

sodass trotz der weiter steigenden Bruttoverschuldung die Zinsbelastung spürbar von 80 auf 69 Milliarden Euro sank. Ein Effekt, der nach 2012 wegen des weiter sinkenden Zinsniveaus abermals zu beobachten war. Und so stellte sich eine Zinsbelastung von zuletzt 66 Milliarden Euro ein und fiel damit auf das tiefste Niveau der letzten 20 Jahre.

Abbildung 3-3: Bruttoschulden und zu leistende Zinsen Italiens



Quelle: Eurostat, 2018.

Zur Repartierung dieser Schulden ist aus polit-ökonomischer Sicht ein naheliegender Ansatz eine Lösung in Anlehnung an das letzte Abkommen zwischen Südtirol und Rom, dem Sicherungspakt²⁴. Dort ist festgehalten, dass sich Südtirol mit 0,6 Prozent an der jährlich von Italien zu tragenden Zinslast beteiligt, was einer impliziten Übernahme der Gesamtschulden in der genannten Höhe gleichkommt. Wird dieser Prozentsatz zur Repartierung der gesamtitalienischen Bruttoverschuldung herangezogen, so ergibt sich für Südtirol eine zu schulternde Schuldenlast in der Höhe von 13,3 Milliarden Euro.

Alternativ könnte in Anlehnung an die häufig dargestellte Verschuldung pro Kopf aber auch der Bevölkerungsanteil Südtirols herangezogen werden, welche 0,9 Prozent beträgt, wodurch sich ein Schuldenanteil für Südtirol in der Höhe von 19 Milliarden Euro ergibt. Oder es könnte in Anlehnung an das ökonomische Prinzip der Leistungsfähigkeit die relative Wirtschaftsleistung herangezogen werden, womit der Schuldenanteil Südtirols auf 29 Milliarden Euro steigen würde.

²⁴ Vgl. Südtiroler Landtag, 2014.

Tabelle 3-2: Südtiroler Anteils an italienischen Bruttoschulden

Kriterium	Anteil Südtirols	Südtirol zurechenbare Bruttoschulden	Schuldenquote [*]
Sicherungspakt (wie Anteil an Zinslast)	0,6%	€ 13,3 Mrd.	59,6%
Bevölkerung (Anzahl Einwohner)	0,9%	€ 19,0 Mrd.	85,2%
Wirtschaftsleistung (BIP bzw. BRP)	1,3%	€ 29,0 Mrd.	130,0%

Quelle: Sicherungspakt, 2018. Eurostat, 2018.

* ... gemessen am Bruttoregionalprodukt Südtirols

Vor dem Hintergrund des Südtiroler Bruttoregionalprodukts von zuletzt knapp 22,3 Milliarden Euro würde dies für Südtirol eine relative Verschuldung zwischen 60 und 130 Prozent der Wirtschaftsleistung bedeuten. Verglichen mit anderen EU-Ländern würde sich Südtirol im aus seiner Sicht besten Fall gemeinsam mit den Niederlanden, Finnland und Deutschland unter das gute Mittelfeld mischen, weit besser als der Schnitt der EU-Länder, der 2016 bei 83,2 Prozent lag. Im aus Südtiroler Sicht schlechtesten Fall würde es nach Griechenland gemeinsam mit Italien und Portugal zu den am höchsten verschuldeten Ländern in der EU zählen.

Aber selbst, wenn Südtirol eine Schuldenquote von 130 Prozent²⁵ zu tragen hätte, kann die Situation keinesfalls beispielsweise mit jener in Griechenland verglichen werden. Dies ergibt sich schon alleine aus der Tatsache, dass Südtirol in den letzten Jahren eine deutliche Nettozahlerposition innehatte, aus der sich im Falle einer Eigenständigkeit Mittel ableiten lassen, die zur Tilgung dieses Schuldenberges eingesetzt werden könnten. Die langfristige ökonomische Tragfähigkeit dieser Schulden kann dabei ohne weiteres argumentiert werden, was bereits die folgende, einfache Überschlagsrechnung verdeutlicht.

Werden beispielsweise die durchschnittlichen Nettozahlungen Südtirols der letzten 15 Jahre als jährliche Tilgung herangezogen und wird das durchschnittliche Wirtschaftswachstum Südtirols der letzten eineinhalb Jahrzehnte fortgeschrieben, so könnte Südtirols Schuldenquote in nur 11 bis 12 Jahren den EU-Schnitt erreichen und ein weiteres Jahrzehnt später wäre Südtirols Schuldenquote europaweit Spitze. In anderen Worten könnte Südtirol in weniger als einer Generation den Schuldenberg weitgehend abgebaut haben und müsste sich daher beispielsweise auch nicht vor einer mittelfristig steigenden Zinskurve fürchten.

3.2 Öffentliche Verwaltung

Eine weitere Frage, die sich im Falle der Eigenständigkeit unmittelbar stellt, ist die Frage nach allfälligen Aufgabenbereichen, die Südtirol im Rahmen der staatlichen Verwaltung von Italien zu übernehmen hätte, da diese derzeit von bzw. in Rom auch für Südtirol wahrgenommen werden. Dies betrifft vor allem die klassischen Zentralstaatsfunktionen wie etwa die Landesverteidigung, die Justiz und die Gerichtsbarkeit sowie die Innen- und Außenpolitik.

Aus ökonomischer Sicht ist in diesem Zusammenhang primär die Frage nach den Kosten von Interesse, die mit der Erledigung dieser zusätzlichen Aufgaben auf Südtirol zukommen.

²⁵ Unter Hinzurechnung der Schulden des Landeshaushaltes und der Gemeinden Südtirols würde sich dieser Prozentsatz um einige wenige Prozentpunkte erhöhen.

Naturgemäß sind neben den Kosten vor allem auch Fragen der Organisation sowie des Personals von zentraler Bedeutung, etwa ob das entsprechende Humankapital und die personellen Ressourcen vorhanden sind, die Aufgaben adäquat erfüllen zu können. Bezüglich letzterem ist festzuhalten, dass in Südtirol in Summe bereits heute mehr als 8.250 Personen in der staatlichen Verwaltung beschäftigt sind: Von den Ministerien über die Sozialversicherungsanstalten und den ACI (italienischer Automobilklub) bis hin zu den Staatsbahnen und der Post. Und in den Lokalverwaltungen, also der Landesverwaltung, den Schulen staatlicher Art, den Gemeinden, den Bezirksgemeinschaften, den Sanitätsbetrieb und den sonstigen Körperschaften waren 2015 weitere 40.479 Personen beschäftigt (Statistisches Jahrbuch für Südtirol, 2017). Das alleine zeigt, dass im Falle der Eigenständigkeit Südtirols die Neuorganisation bzw. der Aufbau staatlicher Strukturen nicht bei null begonnen werden muss. Vielmehr können bereits vorhandene Ressourcen genützt werden.

Hinsichtlich der Kosten sei noch einmal explizit gesagt, dass diese für die hier angeführten Beschäftigten in den Ausgaben, die in Abschnitt 2.3 diskutiert wurden, bereits berücksichtigt sind. Das heißt, die damit im Zusammenhang stehenden Kosten sind in den dargestellten Ausgaben bereits heute Südtirol zugerechnet und stellen somit für einen unabhängigen Staat Südtirol keine zusätzlichen Kosten dar.

3.2.1 Landesverteidigung

Um abschätzen zu können, welche Kosten im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Erhaltung einer eigenen Landesverteidigung für Südtirol entstehen können, werden die entsprechenden Ausgaben anderer Staaten herangezogen und in Analogieschlüssen auf Südtirol umgelegt.

So gab Italien 2016 rund 20 Milliarden Euro jährlich für Verteidigung aus. Dies entspricht einem Anteil von rund 1,3 Prozent des italienischen Bruttoinlandsprodukts. Deutschland gab mit gut 30 Milliarden Euro zwar absolut mehr, bezogen auf das deutsche Bruttoinlandsprodukt jedoch relativ etwas weniger (1,0 Prozent) als Italien aus. Die Verteidigungsausgaben des neutralen Österreich lagen deutlich darunter, beliefen sie sich doch mit rund 2 Milliarden Euro auf lediglich 0,6 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts. Oder die Schweiz. Obwohl wiederum nicht mit Deutschland oder Italien als NATO-Mitglieder vergleichbar, ist die Topographie der Schweiz zum Teil mit jener Südtirols vergleichbar und damit ein möglicher Anhaltspunkt für die Kosten für Landesverteidigung. Werden diese relativen Verteidigungsausgaben nun auf das Bruttoregionalprodukt Südtirols umgelegt, so ergeben sich wie in Tabelle 3-3 ausgewiesen Kosten von rund 200 bis 260 Millionen Euro jährlich bzw. 120 Millionen Euro jährlich, wenn die Ausgaben Österreichs als Vergleich dienen.

Tabelle 3-3: Abschätzung der Ausgaben für Landesverteidigung

Gemessen an den Verteidigungsausgaben / BIP von ...	Ausgaben Südtirol
Italien	€ 256,4 Mio.
Deutschland	€ 215,3 Mio.
Österreich	€ 121,7 Mio.
Schweiz	€ 198,7 Mio.

Quelle: EUROSTAT, 2018.

Diese Abschätzung liegt dabei in den Bandbreiten der Verteidigungsausgaben anderer kleiner europäischer Staaten. So gab Slowenien – gemessen an der Fläche in etwa drei Mal so groß wie Südtirol – 2015 für Verteidigung rund 327 Millionen Euro aus, Malta (Fläche weniger als 1/20-tel von Südtirol) 78 Millionen Euro. Die Verteidigungsausgaben der wesentlich größeren baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen wiederum beliefen sich auf durchschnittlich rund 375 Millionen Euro, jene von Luxemburg auf 141 Millionen Euro. Die Höhe dieser Ausgaben sind dabei nicht nur Ausfluss der geopolitischen Lage, sondern auch Ergebnis der unterschiedlichen Präferenzen der einzelnen Länder hinsichtlich Landesverteidigung (Albalade et al., o. J.). Zum Teil können im Bereich der Verteidigung Skaleneffekte argumentiert werden, so dass kleinere Staaten für ein gegebenes Niveau an Landesverteidigung überproportionale Verteidigungsausgaben aufzuwenden haben.

Um eine Vorstellung vom möglichen Personalumfang zu erhalten, sei kurz auf Österreich geblickt. Hier waren zuletzt 22.063 Planstellen im Bereich militärischer Angelegenheiten vorgesehen, was umgelegt auf Südtirol rund 1.310 bis 1.380 Planstellen bedeuten würde. Bei einer allfällig stärkeren Ausstattung dieses Ressorts wäre naturgemäß mit entsprechend höheren Personalressourcen zu rechnen. Dabei zeigt sich, dass in Südtirol in der staatlichen Verwaltung (Ministerium) zuletzt mehr als 4.150 Personen²⁶ im Militär beschäftigt waren (Statistisches Jahrbuch für Südtirol, 2017). Daher kann davon ausgegangen werden, dass es hier zu keinerlei personellen Engpässen kommen wird und allfällige zusätzliche Kosten in erster Linie durch die neu anzuschaffende militärische Ausrüstung anfallen. Denn die Personalkosten der angeführten 4.150 Personen sind bereits heute Teil jener Ausgaben Südtirols, die in Abschnitt 2.3 im Detail präsentiert wurden.

Der Umfang bzw. das Ausmaß der Landesverteidigung und damit die Kosten hängen dabei letztlich von einer Vielzahl an Faktoren ab. Zu denken ist etwa an die Zugehörigkeit zu einem Militärbündnis, die Topographie des Landes (Insel, Gebirge, ...) aber auch an seine geografische Lage. Denn schließlich ist nicht jedes Land in gleichem Maße militärisch exponiert oder geopolitisch engagiert. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen dabei, dass die optimale Menge des „Gutes“ Verteidigung auch von der Größe der anderen Länder und deren militärischen Aggressionspotenzial abhängt (Alesina und Spolaore, 1997). Alesina und Spolaore weisen in diesem Zusammenhang im Übrigen darauf hin, dass die Regionalisierungsbewegungen in Europa nicht nur mit der Demokratisierung und der ökonomischen Integration im Zusammenhang stehen, sondern auch mit dem Verschwinden der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion.

²⁶ Werte von 2013.

Vor diesem Hintergrund dürfte für Südtirol aus militärischer Sicht heute wohl wenig Anlass zur Sorge bestehen, liegt es doch mit Österreich, der Schweiz und Italien diesbezüglich in einer ruhigen und militärisch wenig konflikträchtigen Zone.

Daher sind Alternativen zu einer eigenen Landesverteidigung anzudenken, auch wenn diese auf den ersten Blick womöglich unkonventionell scheinen. Dabei würde sich Südtirol eine vergleichsweise günstige Landesverteidigung mit der auf einen anderen Staat übertragenen Aufgabe zur eigenen Landesverteidigung „erkaufen“. Alleine Ein Blick auf Wikipedia zeigt einer Reihe von Beispielen, wie dies funktionieren kann.

So kann etwa ein Staat für einen anderen als Schutzmacht fungieren, wie dies etwa Frankreich und Spanien für Andorra, Frankreich für Monaco und Italien für San Marino (und eingeschränkt für Vatikanstadt) sind. Alternativ kann ein Land auch gänzlich auf ein eigenes Militär verzichten, wie dies auf Liechtenstein oder Costa Rica zutrifft. Auch Island verzichtet trotz seiner NATO-Mitgliedschaft auf reguläre Streitkräfte. Island unterhält lediglich eine kleine militärische Expeditionseinheit (Íslenska friðargæslan), die sich aus Zivilisten sowie Mitgliedern der isländischen Polizei und Küstenwache zusammensetzt und von der norwegischen Armee ausgebildet wird. Darüber hinaus versucht Island, auf vertraglicher Basis Kooperationen mit nord-europäischen Staaten etwa hinsichtlich Küsten- und Luftraumüberwachung einzugehen.

Diese Ausführungen zeigen stellvertretend auch für andere Politikbereiche, dass eine Region die Vor- und Nachteile, Teil eines Staates zu sein, abwägen muss. Als Vorteil, Teil eines größeren Ganzen zu sein, ist in erster Linie die mitunter effizientere Bereitstellung von (reinen) öffentlichen Gütern zu nennen. So ist etwa ein gemeinsames Militär für Gesamtalien in bestimmten Aspekten kostengünstiger zu unterhalten, als wenn jede Region und Provinz ihre eigene Armee unterhält, da Fixkosten auf alle Provinzen und Regionen aufgeteilt werden können. Als Hauptnachteil, Teil eines größeren Ganzen zu sein, sieht die wissenschaftliche Literatur die Aufgabe in bestimmten Bereichen der politischen Selbstbestimmung. Zum Problem wird das, wenn die Präferenzen einer Region von den Präferenzen des restlichen Landes deutlich abweichen, die diesbezüglichen Präferenzen also heterogen sind, und sich die Bürgerinnen und Bürger unliebsamen Mehrheitsbeschlüssen beugen müssen (Gehring und Schneider, 2017).

Aber zu guter Letzt ist es wohl primär eine politische Entscheidung, was, wie und in welchem Umfang Landesverteidigung finanziert wird, da es zum einen extrem unwahrscheinlich ist, dass sich Südtirol – und ausschließlich Südtirol – zukünftig einem militärischen Aggressor ausgesetzt sieht und dieser im Ernstfall alleine durch die militärische Stärke Südtirols abgewehrt werden kann. Vielmehr ist die Entscheidung Südtirols in Bezug auf Art und Umfang der militärischen Sicherheitsdoktrin als Beitrag und politisches Signal an etwaige europäische Partner zu sehen.

3.2.2 *Justiz und Gerichtsbarkeit*

Auch im Bereich Justiz und Gerichtsbarkeit sind im Falle der Eigenständigkeit Südtirols Kompetenzen von derzeit zentral im Rom angesiedelten Institutionen bzw. Letztinstanzen von Südtirol zu übernehmen bzw. aufzubauen. Dazu zählen etwa das Höchstgericht der ordentlichen Gerichtsbarkeit Italiens, der Corte Suprema di Cassazione, sowie der Staatsrat, der Consiglio di Stato, der für verwaltungsrechtliche Angelegenheiten die letzte Instanz darstellt. Weiter ist auch an den italienischen Verfassungsgerichtshof, den Corte Costituzionale, zu denken.

Mit welchem Umfang an Kosten und Personal für diese aufzubauenden Institutionen zu rechnen ist, hängt naturgemäß stark von der Größe dieser Institutionen und anderen Faktoren ab. Zur Abschätzung dieser Kosten sei wiederum ein Blick auf Österreich geworfen. Hier sind für 2017 für den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof sowie die Volksanwaltschaft in Summe 375 Planstellen und damit zusammenhängend gut 31 Millionen Euro veranschlagt. Unter Berücksichtigung des gesamten Sach- und sonstigen Aufwands summieren sich die Ausgaben für die beiden Gerichtshöfe sowie die Volksanwaltschaft auf knapp 47 Millionen Euro.

In Hinblick auf den allfälligen Aufbau eines selbständigen Gerichtssystems in Südtirol muss jedoch mit berücksichtigt werden, dass hier mitunter mit höheren Kosten zu rechnen ist, da der Umbau des bestehenden bzw. der Aufbau eines eigenständigen Gerichtssystems mit größerem Aufwand verbunden ist. Dies deshalb, da

„...die Gerichtsbarkeit in Italien traditionell sehr zentralistisch geregelt ist. So steuert das Justizministerium in Rom das Justizwesen im ganzen Staat, und zwar nicht nur Aufbau und Organisation, Personal und Laufbahnen von Richtern und Staatsanwältinnen, sondern auch die Organisation des Gerichtswesens vor Ort ist hierarchisch nach Rom orientiert“ (Benedikter, 2016).

Vor diesem Hintergrund kann der Aufbau eines eigenständigen Gerichtssystems mit höheren Kosten verbunden sein als dies in einem weniger zentralistisch organisierten System der Fall wäre. Dem gegenüber ist jedoch auch hier anzumerken, dass in Südtirol im Jahr 2015 in den Ministerien der staatlichen Verwaltung im Gerichtswesen bereits 250 und im Regierungskommissariat²⁷ 156 Beschäftigte tätig waren (Statistisches Jahrbuch für Südtirol, 2017). Dies bedeutet, dass ähnlich wie bei der Landesverteidigung ein allfälliger Aufbau der entsprechenden Strukturen nicht bei null beginnen müsste. Auch hinsichtlich der Höhe der zusätzlichen Kosten ist dies relevant, fallen doch bereits heute in Südtirol Personalkosten für die ausgewiesenen Beschäftigten an und stellen somit im Falle der Eigenständigkeit Südtirols keine zusätzlichen Kosten dar. Lediglich in jenen Bereichen, in denen es zu einer Duplizierung der Fixkosten kommt und einem damit einhergehenden Anstieg der Durchschnittskosten, ist mit einem Verlust von Skalenvorteilen zu rechnen, die mit einem entsprechenden Anstieg der Gesamtausgaben in diesem Bereich verbunden sind.

3.2.3 Außenpolitik

Auch die Kosten für die Außenpolitik hängen naturgemäß davon ab, in welchem Ausmaß Südtirol im Falle der Eigenständigkeit eine eigenständige Außenpolitik betreiben will. Auch in diesem Zusammenhang sei ein Vergleich mit Österreich angestellt. Hier belaufen sich die gesamten Ausgaben im Bereich Äußeres auf rund 550 Millionen Euro pro Jahr. Würde Südtirol eine Außenpolitik in einer ähnlichen personellen Größenordnung betreiben wollen, so wären dazu rund 80 Planstellen bzw. rund 35 Millionen Euro jährlich notwendig.²⁸

²⁷ Enthalten sind dabei das Regierungskommissariat, die Verwaltung der öffentlichen Sicherheit, der Rechnungshof sowie der Verwaltungsgerichtshof.

²⁸ Der Personalstand hängt hier naturgemäß stark davon ab, ob und wie viele Botschafterinnen und Diplomaten Südtirol im Ausland vertreten sollen. Zum Vergleich: Für Österreich sind aktuell etwas weniger als 100 Botschafterinnen und Botschafter (inkl. die ständigen Vertreter bei internationalen Organisationen und anderen Völkerrechtssubjekten) tätig. Wenn

Neben der klassischen Außenpolitik sind jedoch auch andere Kanäle für die internationale Zusammenarbeit und damit letztlich auch den Wohlstand in Südtirol von großer Bedeutung. In wirtschaftlichen Belangen spielen dabei so genannte Exportförderagenturen eine zentrale Bedeutung. Dabei versuchen diese – meist den nationalen Wirtschafts- bzw. Handelskammern angegliederten – Institutionen, weltweit die jeweils heimischen Unternehmen in ihren Aktivitäten zu unterstützen und damit den Handel, vor allem jedoch die Exporte, zu beleben. Österreich hat mit der Aussenwirtschaft Austria eine der schlagkräftigsten und erfolgreichsten Exportförderagenturen. So stehen den österreichischen Unternehmen in mehr als 110 Stützpunkten weltweit Expertinnen und Experten beratend zur Seite. Das Budget der Aussenwirtschaft Austria beläuft sich auf rund 80 Millionen Euro jährlich. Geht es also um die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bzw. um die weltweite Unterstützung der Südtiroler Unternehmen bei ihren Aktivitäten, so sind neben den „klassischen“ außenpolitischen Aufgaben zusätzliche Mittel im Rahmen von Exportförderagenturen in die Hand zu nehmen.

Weiter ist in diesem Zusammenhang von politischer Seite zu klären, inwieweit bereits bestehende Vertretungen Südtirols (etwa Handelskammern oder die gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino bei der EU) ausgebaut und unter Umständen mit zusätzlichen Aufgaben im Rahmen einer Außenpolitik versehen werden können.

3.2.4 Innenpolitik, Finanzverwaltung, Aufsichtsbehörden und Ausgelagerte Rechtsträger

Auch in anderen Bereichen können zusätzliche Kosten auf Südtirol zukommen. Zu nennen sind hier etwa die Angelegenheiten des Inneren, die Finanzverwaltung sowie diverse Aufsichtsbehörden. Um hier das Ausmaß der damit verbundenen Kosten für Südtirol abschätzen zu können, müsste zunächst die politische Zielsetzung klar definiert werden. Dabei muss jeder Aufgabenbereich durchleuchtet werden, um klären zu können, ob bzw. in welchem Ausmaß zusätzliche Ressourcen notwendig sind.

Beispielhaft sei die Finanzmarkt- bzw. Börsenaufsichtsbehörde genannt. Derzeit residiert diese Behörde, die Commissione Nazionale per le Società e la Borsa (Consob), in Rom und Mailand. Eine ähnliche Behörde gibt es auf regionaler Ebene nicht. Das bedeutet, dass Südtirol im Falle der Eigenständigkeit eine eigene Aufsichtsbehörde aufbauen und betreiben müsste. Oder aber – und diese Option besteht ebenfalls bei einigen anderen Aufgabenbereichen – Südtirol lässt diese Leistungen von Behörden im Ausland erbringen bzw. greift auf deren Ressourcen zu. Ein Beispiel dazu ist etwa der Oberste Gerichtshof in Liechtenstein, zu dessen Präsident traditionellerweise der Präsident des Oberlandesgerichtes Innsbruck ernannt wird.

Im Bereich des Inneren wiederum ist unter dem Gesichtspunkt der personellen und finanziellen Ressourcen etwa die Polizei ein zentraler Punkt. Da hier in Südtirol bereits entsprechende Ressourcen vorhanden und auch finanziert werden, dürften sich allfällige zusätzliche Kosten in Grenzen halten. Im Jahr 2015 waren in Südtirol mehr als 2.970 Personen bei der Polizei beschäftigt.

Südtirol hier ähnlich umfangreiche Strukturen aufbauen will, ist wesentlich mehr Personal notwendig als die im Text angeführten 80 Planstellen.

Auch das Finanz- und Schatzministerium ist in Südtirol vertreten, 2015 wies dieses Ministerium knapp 370 Beschäftigte in Südtirol auf (Statistisches Jahrbuch für Südtirol, 2017). Inwieweit hier im Falle der Eigenständigkeit Südtirols personell und finanziell aufgestockt werden muss, bleibt offen.

Ebenso ist der Bereich der ausgelagerten Rechtsträger zu analysieren und auszuloten, welche Änderungen hier notwendig sind und welche Ressourcen hier gegebenenfalls zusätzlich zu den teils bereits vorhandenen eingesetzt werden müssten, um auch weiterhin einen reibungslosen Ablauf in den jeweiligen Geschäftsfeldern gewährleisten zu können. Dies betrifft etwa die Staatsbahnen und die Post, aber auch diverse staatliche Agenturen und sonstigen Institutionen. Hier ist jedenfalls im Einzelfall zu überprüfen, welche Strukturen in welchem Umfang adaptiert bzw. neu aufgebaut werden müssten. Die Art der „Nachfolgeregelung“ ist auch hier zentral, kann bei geschickter Reorganisation womöglich sogar eine Kostensenkung erzielt werden. Zu denken ist dabei etwa an die Staatsbahn, bei der in Südtirol 2015 mehr als 500 Personen beschäftigt waren, und wie diese im Falle der Eigenständigkeit Südtirols weitergeführt bzw. organisiert werden soll. Ähnliches gilt für die Post, bei der in Südtirol aktuell knapp 1.000 Personen beschäftigt sind.

3.3 Geldpolitik

Neben den klassischen Zentralstaatfunktionen ist auch die Geldpolitik ein Politikfeld, welches ausschließlich auf nationaler Ebene angesiedelt ist bzw. im Euroraum zusätzlich auf supranationaler Ebene bei der Europäischen Zentralbank²⁹ verankert ist. Die Geldpolitik obliegt dabei der Zentralbank des jeweiligen Staates bzw. Währungsraumes. Dabei ist die Unabhängigkeit einer Zentralbank ein wichtigstes Kennzeichen von Zentralbanken in modernen Volkswirtschaften, besonders in jenen Volkswirtschaften, die in der Vergangenheit drastische Geldentwertungen erleben mussten. Denn umfangreiche empirische Daten und theoretische Analysen haben gezeigt, dass unabhängige Zentralbanken besser in der Lage sind, die Inflationsrate niedrig zu halten, also die Geldwertstabilität, einem wichtigen Ziel von Zentralbanken, zu gewährleisten. Dabei ist die Unabhängigkeit von Zentralbanken nicht zuletzt auch in institutioneller Hinsicht bedeutsam. So darf etwa die Europäische Zentralbank keine Weisungen von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen. Gleichzeitig dürfen die Regierungen der Mitgliedstaaten und Organe, Einrichtungen oder sonstige Stellen der Union keinen Einfluss auf die Beschlussorgane der EZB ausüben (EZB, 2017).

Was diesbezüglich im Falle einer Eigenständigkeit Südtirols passiert, hängt in erster Linie stark davon ab, ob Südtirol Euro-Mitglied bleiben möchte bzw. kann. Bleibt Südtirol Teil des europäischen Währungsraumes, ist die Notwendigkeit einer eigenständigen Geldpolitik nicht gegeben. Ob Südtirol in diesem Fall eine Zentralbank einrichten muss, um Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB)³⁰ werden zu können, ist anzunehmen, bleibt jedoch juristisch abzuklären und kann hier nicht beantwortet werden. Die Kosten, die in diesem Fall auf Südtirol zukommen, dürften jedenfalls im Rahmen bleiben.

²⁹ Genauer, dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB).

³⁰ Das ESZB umfasst die EZB und die nationalen Zentralbanken aller EU-Mitgliedstaaten – unabhängig davon, ob sie den Euro eingeführt haben oder nicht.

Anders im Fall einer Nicht-Übernahme des Euro bzw. einem Ausscheiden aus der Euro-Zone. Dieses Szenario würde bedeuten, dass Südtirol eine eigene Währung einführt und eine Entscheidung über das Wechselkursregime fällen muss. Es kann dabei seine Währung an eine andere Währung oder einen Währungskorb verschiedener Währungen binden (Fixe Wechselkurse bzw. Currency Board) oder es lässt die Währung zu anderen Währungen frei oder in Bandbreiten schwanken (unabhängiges oder managed floating). Die Kosten, die mit dem Aufbau einer eigenen Währung und eines Wechselkurssystems verbunden sind, hängen naturgemäß stark von der Ausgestaltung der gewünschten Option ab. Es kann jedoch jedenfalls davon ausgegangen werden, dass in diesem Fall mit wesentlich größeren Reibungsverlusten und signifikant höheren Kosten zu rechnen ist als im Falle der Übernahme des Euro.

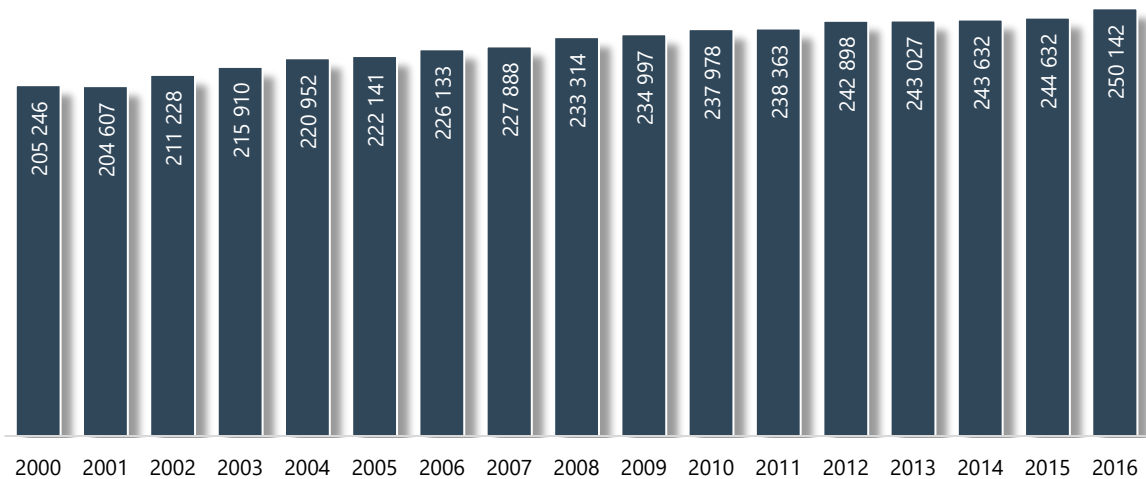
Mit der Einführung einer eigenen Währung können dabei zumindest kurz- und mittelfristig auch volkswirtschaftliche Risiken sein. Denn sofern keine – zumindest temporären – Beschränkungen auf dem Finanzmarkt (Einschränkung der Kapitalfreiheit) eingeführt werden, sind die relativ großen gehandelten Volumina auf diesen Märkten geeignet, Turbulenzen auf einem jungen neuen Finanzmarkt auszulösen und damit zusammenhängend negative realwirtschaftliche Auswirkungen für die Südtiroler Wirtschaft.

3.4 Arbeitsmarkt

Im Falle der Eigenständigkeit Südtirols kann es in der Übergangsphase kurzfristig auch zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt kommen. Das Ausmaß dieser möglichen Verwerfungen hängt davon ab, welche Regelungen die „neuen“ Nachbarn hinsichtlich der Arbeitsmobilität bzw. dem Personenverkehr mit Südtirol vereinbaren. In Bezug auf das Thema Arbeitsmarkt betrifft dies beispielsweise Regelungen hinsichtlich der Berufspendler.

Wie viele Pendlerinnen und Pendler gibt es aktuell in Südtirol und wohin pendeln diese? Im Jahr 2016 waren in Südtirol etwas mehr als 250.000 Personen über 15 Jahre beschäftigt, was ein Plus von rund 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 bedeutet. Der Zuwachs an Beschäftigten war dabei stärker als der Bevölkerungszuwachs in diesem Zeitraum.

Abbildung 3-4: Anzahl an Beschäftigten in Südtirol



Quelle: ISTAT, 2018.

Im Jahr 2011 – jüngere Daten sind dazu nicht verfügbar – pendelten 3.373 Personen aus anderen italienischen Provinzen und Regionen zur Arbeit nach Südtirol ein.

Tabelle 3-4: Inneritalienische Pendlerströme Südtirol

	Arbeit	Schule / Studium	Gesamt
Einpendler nach Südtirol	3.373	391	3.764
<i>davon aus der autonomen Provinz Trient</i>	<i>2.588</i>	<i>217</i>	2.805
Auspendler aus Südtirol	1.239	927	2.166
<i>davon in autonome Provinz Trient</i>	<i>1.037</i>	<i>760</i>	1.797
Binnenpendler in Südtirol	199.391	87.784	287.175

Quelle: ISTAT, 2018a.

Zahlen stammen aus 2011.

Mit 2.588 Einpendlern stammt der Großteil aller Einpendler aus der Autonomen Provinz Trient. Umgekehrt pendelten 1.239 Personen aus Südtirol in andere italienische Provinzen und Regionen, wobei auch hier auf die Autonome Provinz Trient mit 1.037 Personen der Großteil der Südtiroler Auspendlerinnen entfällt. An Schülern und Studentinnen pendelten 391 Personen aus anderen italienischen Provinzen und Regionen nach Südtirol ein und 927 von Südtirol aus (ISTAT, 2018a).

Zu den Pendlerströmen zwischen Südtirol und dem Ausland liegen keine Informationen vor. Allerdings zeigen Zahlen des Tiroler Arbeitsmarktes, dass 2015 in Summe 2.780 Tiroler Erwerbstätige arbeitsbedingt in das Ausland pendelten, wobei eine Aufschlüsselung nach Ländern nicht vorliegt. Aufgrund der geographischen Lage Tirols kommen dabei für den überwiegenden Teil dieser Pendler und Pendlerinnen jedoch wohl nur Deutschland und Italien in Frage. Somit kann davon ausgegangen werden, dass einige Hundert Personen aus Österreich zur Arbeit nach Südtirol auspendeln. In die andere Richtung dürfte es sich ähnlich verhalten

und sich die Anzahl an zur Arbeit nach Österreich pendelnden Südtiroler und Südtirolerinnen in einem überschaubaren Rahmen halten.

Anders hingegen die Situation der Pendlerströme in die Schweiz. So pendeln Schätzungen zufolge allein aus dem Obervinschgau mit 1.000 bis 1.500 Personen rund 20 Prozent der Obervinschger in die Schweiz, vor allem in das Engadin.³¹ Allein ins Val Müstair pendeln rund 500 Vinschger. In die umgekehrte Richtung geht diese Schätzung von lediglich ein bis zwei (!) Schweizern aus, die im Obervinschgau ihrer Arbeit nachgehen. Weiter gehen die Schätzungen von lediglich 100 Personen aus, die aus dem Obervinschgau zur Arbeit nach Österreich auspendeln (Südtiroler Landesverwaltung, 2016).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in Summe geschätzte 3.000 bis 4.000 Südtiroler und Südtirolerinnen arbeitsbedingt aus Südtirol auspendeln, sei es in andere italienische Provinzen, sei es mit der Schweiz und Österreich ins benachbarte Ausland. Das ist somit das Potenzial, das von einer allfälligen Einschränkung der Personenfreizügigkeit direkt betroffen wäre. Dabei ist zu bedenken, dass die lokalen Auswirkungen temporär beträchtlich sein können, für Gesamtsüdtirol aber nicht zu den vordringlichen Problemen zählen würden.

Abschließend ist noch eine Besonderheit des Südtiroler Arbeitsmarktes zu erwähnen. So arbeiten derzeit mehr als 20 Prozent aller Erwerbstätigen Südtirols im öffentlichen Dienst. Ursache für diesen vergleichsweise hohen Anteil ist die Autonomie Südtirols, denn in Regionen mit Normalstatut ist der Anteil wesentlich geringer (Benedikter, 2016).

Vor diesem Hintergrund dürfte somit im Falle der Eigenständigkeit Südtirols auch die Besetzung all der neuen Ämter und Institutionen mit keinen allzu großen Schwierigkeiten verbunden sein, kann dabei doch auf ein entsprechendes Personalpotenzial zurückgegriffen werden.

3.5 Zusammenfassung

Die Ausführungen in den obigen Kapiteln lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Ein zentraler Diskussionspunkt mit Italien dürfte im Falle der Eigenständigkeit Südtirols die Aufteilung der Staatsschulden Italiens sein, die sich aktuell auf über 130 Prozent des italienischen BIP belaufen. Je nach Schlüssel, gemäß dem diese italienischen Bruttoschulden Südtirol zugerechnet werden, würde Südtirol seine Eigenständigkeit mit rund 13 bis knapp 30 Milliarden Euro Schulden starten. Das entspricht einem Verschuldungsgrad von 60 bis 130 Prozent der Südtiroler Wirtschaftsleistung.

Staatsschulden

Eine Vielzahl an Änderungen und Herausforderungen wird es im Bereich der klassischen Zentralstaatsfunktionen geben, die Südtirol im Rahmen der staatlichen Verwaltung von Italien zu übernehmen hätte. Hier sind beginnend von der Landesverteidigung über die Justiz und Gerichtsbarkeit bis hin zu Innen- und Außenpolitik entsprechende Strukturen aufzubauen, was mit entsprechenden Kosten verbunden ist. Die Höhe der Kosten hängt naturgemäß auch

Verwaltungen

³¹ In Summe verzeichnete der gesamte Kanton Graubünden im Jahr 2016 rund 5.200 italienische Grenzgänger (Bundesamt für Statistik, 2018).

stark vom gewünschten Umfang dieser Verwaltungen ab. Die Ausführungen zeigten jedoch, dass sich diese Kosten durchaus im Rahmen halten. Zumal – und dies darf im Zuge dieser Diskussion nicht vergessen werden – bereits heute in Südtirol mehr als 8.250 Personen in der staatlichen Verwaltung beschäftigt sind und somit bereits Strukturen und Personalressourcen vorhanden sind, auf die entsprechend aufgebaut werden kann. Die Kosten dieser 8.250 Beschäftigten sind bereits in den weiter oben analysierten Ausgaben Südtirols berücksichtigt, so dass zusätzliche Kosten lediglich für all jene Personen anfallen, die darüber hinaus noch in den einzelnen Verwaltungen (Ministerien) in Südtirol beschäftigt werden sollen.

Geldpolitik

Ein weiterer zentraler Punkt wird das Währungssystem Südtirols im Falle der Eigenständigkeit sein. Bleibt Südtirol Teil der EURO-Zone, so dürften sich die Herausforderungen für die Südtiroler Geldpolitik in Grenzen halten. Denn Geldpolitik wird dabei ohnehin von der Europäischen Zentralbank durchgeführt. Lediglich für die Umsetzung der Politik muss Südtirol selbst sorgen. Anders hingegen, wenn Südtirol aus der EURO-Zone ausscheidet. In diesem Fall ist mit dem Aufbau eines eigenständigen Geld- und Währungssystems mit entsprechend hohen Kosten zu rechnen. Zudem werden hier die Auswirkungen auf die Südtiroler Realwirtschaft spürbar sein – angefangen von einer wesentlich höheren allgemeinen Unsicherheit über einen Rückgang des Handels (Wechsel-, Absicherungskosten etc.) bis möglicherweise hin zu einem erschwerten Zugang zu Finanzierungsquellen und damit einer Verknappung bzw. Verteuerung von Krediten.

Arbeitsmarkt

Die unmittelbaren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt dürften für Gesamtsüdtirol nicht dramatisch sein. Am ehesten betroffen werden Pendlerinnen und Pendler sein, die aufgrund einer möglichen Einschränkung des Personenverkehrs Schwierigkeiten haben werden, ihren angestammten Arbeitsplatz zu behalten. Allfällige längerfristige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind über den Umweg von Handelsbeschränkungen zu erwarten, die zu einer geringeren Produktion und damit zu einer rückläufigen Arbeitsnachfrage von Unternehmen in Südtirol führen können.

Kann sich Südtirol eine Eigenstaatlichkeit leisten?

Diskussion der Ergebnisse

4. Diskussion der Ergebnisse

Wie können nun die bisherigen Ergebnisse zusammengefasst werden? Ist die ökonomische Situation eines eigenständigen Staates Südtirol auch in Zukunft gesichert? Gibt es Bereiche, die mitunter große, aber bewältigbare Herausforderungen in der Vorbereitung des Übergangs darstellen? Gibt es Fragen, die zwar relevant, aber praktisch überbewertet sind? Und gibt es Bereiche, die für einen zukünftigen Staat vital sind, aber nicht im alleinigen Entscheidungsbereich Südtirols liegen? Die Antworten auf die all diese Fragen lautet Ja. Auch auf die letzte.³²

4.1 Bewältigbare Herausforderungen

Die Ergebnisse der Analyse der Einnahmen und Ausgaben Südtirols zeigen, dass Südtirol heute ökonomisch-fiskalisch auf eigenen Füßen steht und zur Finanzierung seiner Aufgaben nicht auf Mittel von außen in Form von Nettotransferzahlungen angewiesen ist. Im Gegenteil, in jüngerer Vergangenheit fließen gemäß den Statistiken der Öffentlichen Territorialen Konten netto mehr Mittel von Bozen nach Rom als umgekehrt.

Südtirol ist fiskalisch gut aufgestellt

Vor dem Hintergrund, dass sich Südtirol beinahe eineinhalb Jahrzehnte in einer Nettoszahlerposition befindet, ist *ceteris paribus* nicht davon auszugehen, dass ein zukünftig unabhängiger Staat Südtirol alleine aufgrund der Eigenstaatlichkeit mit unlösbaren fiskalischen Schwierigkeiten konfrontiert sein wird. Dies lässt sich nicht nur aus der Tatsache ableiten, dass sich Südtirol heute in einer Nettoszahlerposition befindet, eine Nettoposition, die in der Vergangenheit auch schon einmal in die umgekehrte Richtung zeigte. Nein, dies ergibt sich auch daraus, dass einem unabhängigen Staat Südtirol, wie jedem anderen Staat auch, die Möglichkeit offensteht, sich beispielsweise bei einer konjunkturell bedingten Finanzierungslücke, über die Kapitalmärkte zu finanzieren. Ebenso besteht für einen unabhängigen Staat Südtirol aufgrund seines hoheitlichen Zwangsmonopols die Möglichkeit, Mehrausgaben über eine Anhebung der allgemeinen Steuer- und Abgabenlast zu finanzieren, wie dies etwa bei einer strukturellen Finanzierungslücke anzudenken wäre.³³

Selbiges gilt sinngemäß für den zukünftig zu schulternden Anteil an der heutigen Gesamtverschuldung Italiens. Auch hier zeigt sich, dass die auf einen unabhängigen Staat Südtirol entfallende Schuldenlast mit den damit verbundenen Zins- und Tilgungszahlungen durchaus tragfähig ist. Das gilt zumindest mittel- bis langfristig für jedes der aufgezeigten Szenarien. Dieser Schluss ergibt sich zum einen wiederum aus der Tatsache, dass Südtirol derzeit signifikante Nettoszahlungen an den Zentralstaat leistet, aber auch aus der Tatsache, dass Südtirol heute selbst im internationalen Vergleich vergleichsweise gering verschuldet ist. So zeigt ein Blick in die entsprechenden Unterlagen, dass die Verschuldung Südtirols sowohl auf Ebene des Landes als auch auf Ebene der Gemeinden vergleichsweise gering ist (Tirolatlas, 2004). So waren die Gemeinden Ende 2015 mit rund 643 Millionen Euro verschuldet, mit sinkender Ten-

³² Von der Möglichkeit der militärischen Intervention im Falle der Erklärung der Eigenständigkeit Südtirols wird abgesehen.

³³ Damit soll nicht einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast das Wort geredet werden, sondern vielmehr die Möglichkeiten der Finanzierung von Staatsaufgaben aufgezeigt werden.

denz, sowohl im Vergleich zum Vorjahr (minus rund 82 Millionen Euro) also auch in einer längerfristigen Betrachtung.³⁴ Die Pro-Kopf-Verschuldung ist damit mit der Pro-Kopf-Verschuldung in Tirol vergleichbar (Amt der Tiroler Landesregierung, 2016). Selbiges gilt sinngemäß auch in Bezug auf Niveau und Entwicklung des Schuldenstandes auf Landesebene, wenn der betreffende Schuldenstand von 2015 auf 2016 von rund 240 auf 185 Millionen Euro fiel (Abteilung Finanzen der Autonomen Provinz Bozen Südtirol, 2018a). Nicht zu vergessen, dass Südtirol bereits heute Zinszahlungen auf die Gesamtverschuldung trägt, was ökonomisch einer impliziten Übernahme von Teilen der Gesamtverschuldung des Zentralstaates gleichkommt. Zinszahlungen, welche *nota bene* nicht im Primärsaldo enthalten sind.

In Summe spricht daher einiges dafür, dass selbst im Fall, in dem der neu gegründete Staat Südtirol einen maximalen Anteil an der Gesamtschulden Italiens zu übernehmen hätte, Südtirol zumindest mittel- bis langfristig keine schlaflosen Nächte zu haben braucht.

Übernahme von Staatsfunktionen bewältigbar

Eng damit zusammen hängt, dass bezüglich der vom heutigen Gesamtstaat Italien zu übernehmenden Agenden bzw. neu aufzubauenden Staatsstrukturen Südtirols gilt, dass all die damit zusammenhängenden Kosten zu schultern sind, wie dies etwa Strukturen auf dem Gebiet der Landesverteidigung, der Verwaltung, der Justiz, des Inneren und Äußeren sowie der staatlichen Unternehmen betrifft, ohne dass signifikant negative Wohlfandeffekte zu erwarten wären.

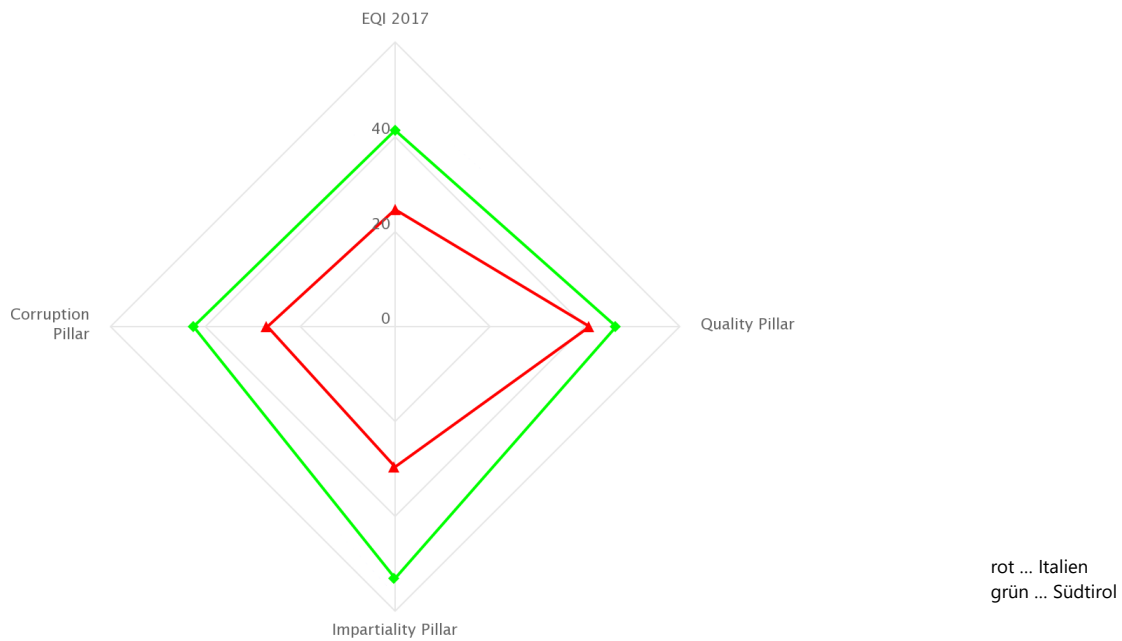
Darüber hinaus gilt zudem, dass letzten Endes die dann notwendige Abgabenquote Ausdruck der politischen und damit gesellschaftlichen Präferenzen in Bezug darauf sein wird, welche Aufgaben der neu gegründete Staat in welchem Ausmaß wie übernehmen soll. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig, wie alleine am Thema Landesverteidigung aufgezeigt wurde, wo Optionen mit höheren Kosten und einem hohen Grad an Eigenständigkeit Optionen mit geringeren Kosten und einem geringeren Grad an Eigenständigkeit gegenüberstehen. Der Gestaltungsspielraum ist hier entsprechend groß, wenn nicht nur entschieden werden muss, ob überhaupt Landesverteidigung „notwendig“ ist und wenn ja, „wie viel“, sondern auch, ob diese vom Staat ausschließlich bereitgestellt oder aber auch selbst produziert werden soll. Selbiges gilt sinngemäß für andere Aufgabenbereiche.

Ebenso gilt es zu bedenken, dass ein unabhängiger Staat Südtirol auch über den Weg der Abgabenquote auf die Qualität der Südtiroler Institutionen Einfluss nehmen und nach seinen Vorstellungen gestalten kann. Das heißt, ein unabhängiger Staat Südtirol kann sich dazu entscheiden die aktuelle Qualität seiner Institutionen, die gemessen an den Kriterien Unparteilichkeit, Qualität der öffentlichen Dienste sowie dem Ausmaß an Korruption über dem Niveau Restitaliens liegt, zu halten. Oder er kann auch bestrebt sein, die Qualität seiner Institutionen an das Niveau der Institutionen Österreichs oder gar Norwegens oder Skandinaviens heranzuführen.

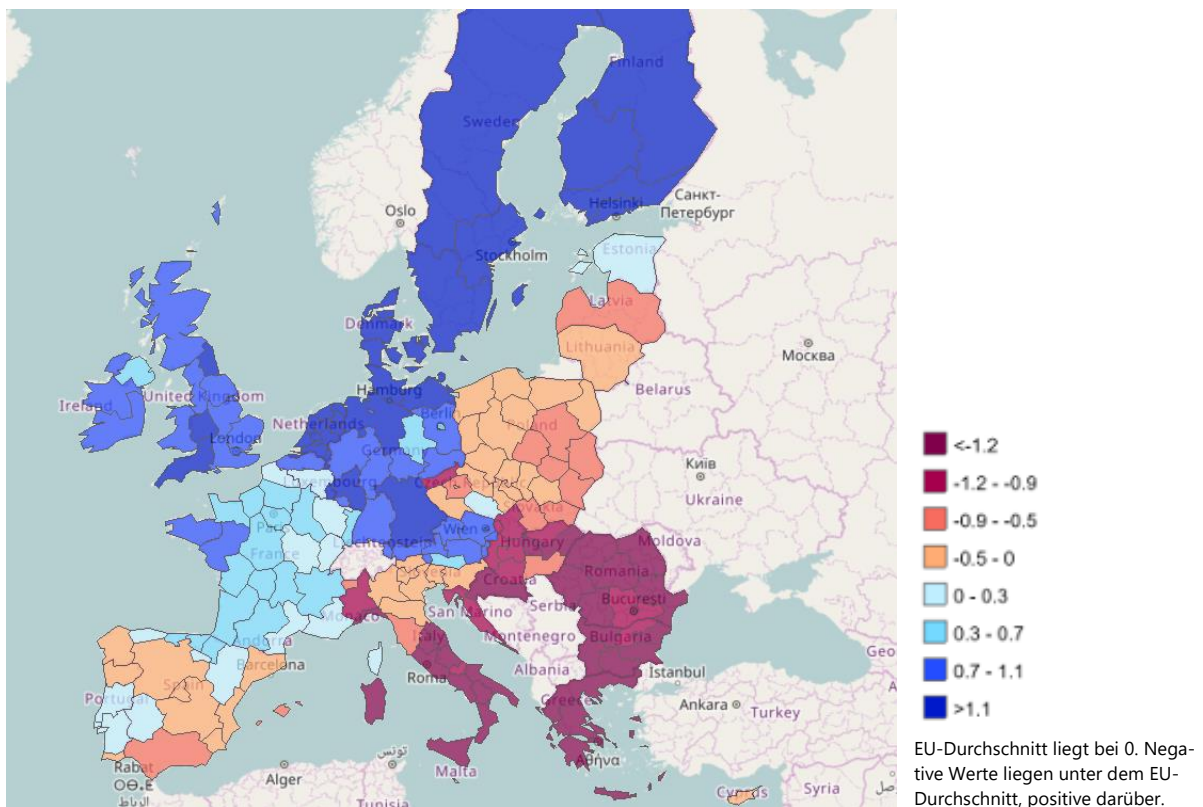
Abbildung 4-1 zeigt diese relative Position Südtirols in Bezug auf die Qualität seiner Institutionen.

³⁴ Im Jahr 2004 belief sich die Verschuldung der Gemeinden Südtirols auf rund eine Milliarde Euro (Tirolatlas, 2004).

Abbildung 4-1: Vergleich der Qualität der Institutionen Südtirol und Italien



Institutionelle Qualität in der Europäischen Union auf regionaler Ebene



Quelle: Europäische Union, 2017.

Im oberen Teil relativ zur Qualität der Institutionen Italiens, die in allen drei Bereichen unterhalb jener Südtirols liegt. Im unteren Bereich relativ zur Qualität der Institutionen in anderen europäischen Regionen. Dabei zeigt sich, dass vor allem im Vergleich zu den nördlichen Nachbarn teils noch beträchtliches Potenzial besteht.

Das in diesem Zusammenhang dabei häufig vorgebrachte Argument, dass kleine Staaten im Vergleich zu großen den Nachteil haben, dass sie nicht im selben Ausmaß von Kostenvorteilen in der Bereitstellung sogenannter öffentlicher Güter profitieren können, wird von den Autoren der vorliegenden Studie in dieser pauschalen Form nicht geteilt. Und zwar aus mehreren Gründen.

Erstens, weil reine öffentliche Güter, also Güter, die ohne zusätzliche Kosten von einer zusätzlichen Person „konsumiert“ werden können³⁵, im Zusammenhang mit der gegenständlichen Fragestellung praktisch kaum vorkommen.

Zweitens, weil öffentliche Güter, als Beispiel dazu wird wiederum regelmäßig die Landesverteidigung genannt, aus einer fiskalischen Sicht eine untergeordnete Rolle spielen. Dies zeigt alleine schon ein Blick auf Tabelle 3-1, in der die Staatsausgaben nach Aufgabenbereich dargestellt sind. Wie die Tabelle zeigt, betragen die Ausgaben für Landesverteidigung im Schnitt lediglich 1,2 Prozent der Wirtschaftsleistung und sind damit für weniger als 3 Prozent der Gesamtausgaben verantwortlich. Selbiges trifft analog auf die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung zu. Die großen Ausgabenbrocken sind vielmehr Bereiche wie Gesundheit oder Bildung.

Drittens teilen die Autoren nicht die Ansicht, dass, um im Beispiel zu bleiben, Landesverteidigung pauschal ein öffentliches Gut (Samuelson, 1954, 1955) darstellt, wie dies etwa auch Frances Woolley (o.J.) vom Department of Economics von der Carleton University argumentiert. Woolley verweist dabei auf die Tatsache, dass die abschreckende Wirkung der Möglichkeit zur Landesverteidigung ein öffentliches Gut sein mag, von dem alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen profitieren. Selbiges gilt aber nicht im Angriffsfall, da ein Panzer zu einem Zeitpunkt immer nur an einer ganz bestimmten Stelle an einer ganz bestimmten Grenze stehen kann und eben nicht überall gleichzeitig, was die „Rivalität im Konsum“ zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sichtbar und im Krisenfall das öffentliche eben zum rivalen Gut macht. In dieselbe Kerbe schlagen etwa auch Ross und Yakovlev (2007) oder Gunning (2002). Ross und Yakovlev, die für 70 Länder zwischen 1990 und 2000 mittels statistischer Verfahren³⁶ zeigen, dass Landesverteidigung ein privates Gut ist. Gunning, wenn dieser auf die Tatsache verweist, dass alleine schon deshalb nicht von einem reinen öffentlichen Gut die Rede sein kann, da ganz offenbar andere Länder vom „Konsum“ ausgeschlossen werden können. Für Gunning handelt es sich in Konsequenz um ein natürliches Monopol und nicht um ein öffentliches Gut.

Die Autoren der vorliegenden Studie wollen damit keinesfalls in Abrede stellen, dass Kleinstaaten mitunter keine oder nur bedingt positive Skalenvorteile realisieren können noch,

³⁵ Und von dessen Konsum auch nicht ausgeschlossen werden können.

³⁶ Ross und Yakovlev (2007) zeigen dies anhand des Samuelson-Index, der für die untersuchten Länder zwischen 0,996 und 0,812 liegt, wobei ein Wert von 1 auf ein rein privates Gut und ein Wert von 0 auf ein rein öffentliches Gut hindeutet.

dass sich daraus ein Anstieg der Kosten zur Finanzierung bestimmter Staatsaufgaben argumentieren lässt. Sehr wohl aber wollen die Autoren die Größenordnung der möglichen Kostennachteile als auch die grundsätzliche Frage, in wie weit überhaupt von einem öffentlichen Gut die Rede sein kann, hinterfragen. Zu leichtfertig wird hier mitunter argumentiert und in der Diskussion ignoriert, dass reine öffentliche Güter in der Praxis selten vorkommen und gegebenenfalls mitunter Bereiche betreffen, die letzten Endes nur einen relativ geringen Teil der Gesamtausgaben eines Staates betreffen, was in der Folge zu einer Überbewertung dieses Themenkreises führt.

So klar nun die bislang gezogenen Schlüsse aber auch ausfallen, so sehr muss bedacht werden, dass die gesamte bislang geführte Analyse eine komparativ-statische ist. Das heißt, in der Analyse der Folgewirkungen wird bislang unterstellt, dass Südtirol heute gleichsam aus Italien herausgelöst und *ceteris paribus*, also unter ansonsten gleichen Bedingungen, in den Zustand eines eigenständigen Staates versetzt werden könnte. Eine in der Ökonomik übliche Herangehensweise, die den Autoren in vielen Bereichen als Arbeitshypothese dient. Mit einer wichtigen Ausnahme, und das ist das Thema internationaler Handel.

4.2 *Ökonomische Desintegration als Damoklesschwert*

Wie die Diskussion gezeigt hat, ist aus einer polit-ökonomischen Perspektive zur Erklärung der beobachtbaren politischen Desintegration in Europa wohl an vorderster Stelle die zunehmende ökonomische Integration in Europa zu nennen, reduziert diese doch in Handelsfragen den Vorteil für einzelne Landesteile, Teil eines größeren Ganzen zu sein. Doch was als Treiber der politischen Desintegration gilt, kann im Fall des Falles auch gegen eine Sezessionsbewegung gewendet werden. Dann nämlich, wenn vom Reststaat im Falle einer einseitigen Sezession glaubhaft mit der ökonomischen Desintegration gedroht werden kann. Die Diskussion rund um die ökonomischen Folgen eines Brexit ist diesbezüglich ein aktuelles Beispiel.

Denn in der Ökonomenzunft herrscht über die Folgen eines Brexit weitgehend Einigkeit darüber, dass ein Brexit vor allem für das Vereinigte Königreich Nachteile bedeuten wird.³⁷ Die Bandbreite zu den Schätzungen der ökonomischen Folgewirkungen ist dabei zwar beträchtlich, ist doch das konkrete Ausstiegsszenario nach wie vor unbekannt, weshalb den Berechnungen in den Studien Annahmen zugrunde gelegt werden, die sich naturgemäß unterscheiden können.^{38, 39} Gemein ist aber faktisch allen Ergebnissen, dass die ökonomischen Folgen

³⁷ Aus einem Vergleich mit dem Brexit können wertvolle Schlüsse für mögliche Entwicklungen im Falle der Eigenständigkeit Südtirols gezogen werden. Allerdings dürfen die Erkenntnisse nicht 1:1 auf Südtirol umgelegt werden, denn zu unterschiedlich sind die Rahmenbedingungen. So gehört etwa das Vereinigte Königreich nicht zu den EURO-Ländern, was die Frage nach der Geldpolitik nach dem Austritt wesentlich vereinfacht. Des Weiteren sind zwar die Handelsverflechtungen zwischen dem Vereinigten Königreich und den anderen EU-Ländern ebenfalls stark, allerdings bei weitem geringer als im EU-Schnitt. So betreffen lediglich rund 36 Prozent des gesamten Handels der EU-Staaten den Handel mit Staaten außerhalb der EU (sowohl Exporte als auch Importe). Der Anteil des Nicht-EU Handels des Vereinigten Königreichs hingegen beläuft sich auf 56 Prozent (Exporte) bzw. 44 Prozent (Importe) (Eurostat, 2018). Ebenso ist der Binnenmarkt im Vereinigten Königreich wesentlich größer als in Südtirol.

³⁸ Eine aktuelle Studie des Beratungshauses Oliver Wyman und der Anwaltskanzlei Clifford Change beziffert die Kosten eines harten Brexit für die Unternehmen in der EU mit jährlich 69 Milliarden Euro durch Zölle und neue regulatorische Handelshemmnisse (FAZ, 2018).

³⁹ Ein Überblick über Studien zum Brexit findet sich etwa bei Busch und Matthes, 2016.

eines Brexit davon abhängen werden, welches Handelsregime nach einem Austritt des Vereinigten Königreichs errichtet werden kann, wobei die Palette über die Anwendung des WTO-Reglements über eine Freihandelszone bis hin zu einer Zollunion reicht.

Das heißt, auch wenn die Bandbreite beträchtlich ist, so zeigt sich in einer Metabetrachtung deutlich, dass das Vorzeichen der Folgen eines Brexits negativ ist. So auch eine Studie der renommierten London School of Economics and Political Science (LSE), die nicht nur aufzeigt, über welche Kanäle sich ein Brexit kurz- und langfristig auf die Wirtschaft auswirken würde, sondern die Effekte zudem quantifiziert.

In der LSE-Studie werden die Kosten eines EU-Austritts für einen durchschnittlichen britischen Haushalt mit 1,3 bis 2,6 Prozent beziffert, und zwar jährlich. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene bedeutet dies einen Rückgang des britischen Bruttoinlandsprodukts von 26 bis 52 Milliarden Pfund. Die Kosten rühren dabei zum einen von einem Rückgang des Handels zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, der seinerseits durch steigende tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse verursacht wird. Zum anderen würde das Vereinigte Königreich zukünftig weniger von einer fortschreitenden Integration der EU sowie von allfälligen Handelsabkommen profitieren, die die EU ihrerseits mit anderen Wirtschaftsräumen abschließt. Hinzu kommt, dass in Folge eines Handelsrückgangs langfristig ein Rückgang in der allgemeinen Produktivität wahrscheinlich ist, ein Rückgang, der sich aus einem sinkenden internationalen Technologie-Transfer in Folge eines Brexits ergibt. Werden auch diese langfristigen Effekte berücksichtigt, so erhöhen sich die Kosten eines EU-Austritts sogar auf 6,3 bis 9,5 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts (Dhingra et al., 2015).

Die negativen Auswirkungen auf das Vereinigte Königreich sind dabei deshalb vergleichsweise groß, da die EU ein bedeutender Handelspartner des Vereinigten Königreichs ist. Ähnlich wäre die Situation für Südtirol. Doch es ist nicht nur die allgemeine Wirtschaftsleistung, die unter einem Brexit leiden würde.

Auch die Inflation und die Wechselkursdynamik werden negativ betroffen sein. Und die Effekte werden nicht erst nach dem vollzogenen Brexit sichtbar werden, sondern sind es, wenn auch derzeit noch in Form prognostizierter BIP-Wachstumsraten, bereits heute (Welfens und Hanrahan, 2018).

Aber nicht nur im Zusammenhang mit dem Brexit machen sich Ökonominnen und Ökonomen Gedanken über die Effekte, die mit einer stärkeren Desintegration der EU einhergehen. So untersuchten etwa König und Ohr (2014) anlässlich der Schweizer Volksabstimmung über eine Begrenzung der Zuwanderung die Auswirkungen möglicher Gegenmaßnahmen der EU. Zwar ist die Schweiz weder EU noch EWR-Mitglied, doch die Schweiz ist gemessen an diversen Kennzahlen sehr stark in die EU integriert. Das Autorenteam schreibt bezüglich einer möglichen Reaktion der EU,

„...dass eine Wiedereinführung von Hemmnissen im grenzüberschreitenden Handels- und Kapitalverkehr als mögliche Vergeltungsreaktion der EU die Schweizer Volkswirtschaft deutlich treffen könnte. Die Wachstumsaussichten verschlechtern sich dann nicht nur durch die Verknappung gut ausgebildeter Arbeitskräfte, sondern auch durch eine möglicherweise abnehmende Marktintegration mit der EU. Bisher konnte die Schweiz in ihren wirtschaftlichen Beziehungen zur EU die Vorteile weitgehender Marktintegration in Anspruch nehmen, ohne sich an

manchen der diskussionswürdigen Formen der Zentralisierung und institutionellen Integration beteiligen zu müssen. Jetzt läuft sie Gefahr, dass nicht nur die Freizügigkeit, sondern die gesamte Marktintegration eingeschränkt wird und eine spätere Rückkehr dann wesentlich kostspieliger – nämlich durch eine stärkere institutionelle Einbindung – erkaufte werden muss.“

Die Kosten einer ökonomischen Desintegration sind daher Spiegelbild der Vorteile aus einer erhöhten Marktintegration. Ökonomische Vorteile, die in Studien anhand der Entwicklung in Europa in den letzten 20 Jahren wiederholt gezeigt werden konnten, wenn allein schon die EU-Mitgliedschaft eines Landes im betreffenden Land Wachstumseffekte auslöst. So etwa in Dreyer und Schmid (2016), die die Wachstumseffekte in den EU-Ländern im Zeitraum 1999 bis 2012 untersuchten und aufzeigten, dass in diesem Zeitraum EU-Länder stärker wuchsen als Nicht-EU Länder. Aus Sicht der Autoren bestätigt dieses höhere Wachstum in den EU-Ländern auch die endogene Wachstumstheorie von Romer (1990) sowie eine Studie von Baldwin (1992). Diesen Studien zufolge bedeutet eine wirtschaftliche Integration Skaleneffekte und zeitigt folglich positive Wachstumseffekte.

„Consequently, according to this theory, the more countries join the EU, the higher the scale effect of the economy and thus the higher the incentives for research and development activities. This results on technological progress and thus permanent growth effects are generated“ (Dreyer und Schmid, 2016).

Die angesprochenen positiven Effekte von Handelsabkommen zwischen verschiedenen Wirtschaftsräumen wurden später durch Felbermayr und Gröschl (2017) vom deutschen ifo-Institut, einem der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Europa, in einer Arbeit zum Freihandel von Lissabon bis Wladiwostok im Grunde untermauert. Die beiden Autoren quantifizierten dabei die Auswirkungen einer vertieften wirtschaftlichen Integration der EU und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Realeinkommen in Russland würden sich um 3,1 Prozent (in Weißrussland gar um 4,9 Prozent) erhöhen und in den EU-Staaten um bis zu 1,8 Prozent (baltische Staaten). Für Deutschland errechneten die Studienautoren einen positiven Effekt auf die Realeinkommen von 0,2 Prozent. Allesamt Belege für die positiven Effekte, derer ein Land im Falle des Falles auch wieder verlustig gehen könnte.

In Summe kann die Diskussion damit so zusammengefasst werden, dass die Ergebnisse aus der wissenschaftliche Literatur klar aufzeigen, dass es für eine kleine offene Volkswirtschaft, wie dies ein unabhängiger Staat Südtirol wäre, vital ist, unter welchem Handelsregime zukünftig Handel betrieben werden kann. Von „Alles läuft wie gehabt“, bis Rückfall auf den Status eines Drittlandes ist hier alles denkbar. In jedem Fall hat aber die Antwort auf diese Frage weitreichende mittel- bis langfristige Konsequenzen auf den ökonomischen Wohlstand eines unabhängigen Staates Südtirol.

Ein weiterer Aspekt, der in den komparativ-statischen Ausführungen unbeachtet blieb und kurz- und mittelfristige von Relevanz ist, ist die Tatsache, dass eine Sezession ein Prozess ist und kein punktuell Ereignis, sowie ein Ereignis, das in zeitlicher Hinsicht keinen klar definierten Anfang hat. Letzteres gilt zumindest ökonomisch. Denn bereits die Antizipation einer möglichen Sezession führt bei den direkt und indirekt betroffenen Akteuren zu Erwartungsanpassungen, die ihrerseits zu Verhaltensreaktionen führen und so in Vorwegnahme der erwarteten Zukunft bereits heute ökonomische Wirkung zeigen. Die Verhaltensreaktionen fallen da-

mit aber in eine Phase, in der die faktische oder potenzielle Sezession noch nicht stattgefunden hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach, und dies zeigt auch das Beispiel des Vereinigten Königreichs, ist diese Phase jedoch eine Phase, in der die konkreten Details des „Wie?“ und „Wann?“ – und vielleicht sogar des „Ob?“ – zumindest zum Teil noch ungeklärt sind, weshalb es im Zuge einer Sezession auch zu einer Phase der politischen Unsicherheit kommen wird. Aber Unsicherheit, und diese zeigt wiederum die wissenschaftliche Literatur, wirkt sich grundsätzlich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes aus.

Politische Unsicherheit ist daher so weit wie möglich und sinnvoll zu vermeiden, denn Unsicherheit ist Gift für die Wirtschaft. So zeigt etwa Dixit (1989), Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Princeton, in einer Untersuchung auf, dass bereits die Unsicherheit über die zukünftige Preisentwicklung Unternehmen dazu veranlassen kann, mit Investition zuzuwarten, die im Zusammenhang mit Handel stehen, und zu warten bis zuverlässigere Informationen vorliegen. Ähnlich Handley und Limão (2015), wenn diese empirische Evidenz dafür liefern, dass politische Unsicherheit das Investitionsniveau und die (Handels)Eintrittsentscheidungen im Zusammenhang mit internationalem Handel signifikant beeinflussen können.

Dass Unsicherheit dabei nicht nur ein punktuell Phänomen ist, sondern vielmehr von langanhaltender Dauer sein kann, unterstreicht ein Team von Ökonomen von PricewaterhouseCoopers, wenn sie bezüglich des Brexit davon ausgehen, dass erst *„by 2030 this post-exit uncertainty should be resolved“* (PwC, 2016).

Aber auch noch für das Jahr 2030 rechnet PwC (2016) mit einem um 1,2 bis 3,5 Prozent geringeren britischen Bruttoinlandsprodukt als im Falle eines Verbleibs in der EU, was die PwC-Ökonomen neben den höheren Handelshemmnissen auch auf eine eingeschränkte Arbeitsmobilität zurückführen.

In dieselbe Kerbe schlägt das Institut der deutschen Wirtschaft, wenn dieses in seiner Konjunkturprognose für das Frühjahr 2017 dem Thema Unsicherheit zentralen Platz einräumt.

„In der Gruppe der fortgeschrittenen Länder stagnieren die Investitionen bereits seit dem Jahr 2008. Vor allem in der EU haben auch die politischen Unsicherheiten in den letzten acht Jahren für eine ausgeprägte Investitionsschwäche gesorgt. [...] Der Zusammenhang zwischen der globalen Unsicherheit und dem Wachstum des Welthandelsvolumens ist eindeutig negativ. Ein unsicheres wirtschaftspolitisches Umfeld macht viele Unternehmen vorsichtiger, was zur Aufschubung von Investitionsprojekten führt“ (IW, 2017).

Ein halbes Jahr zuvor führte die Konjunkturprognose des Institutes der deutschen Wirtschaft das Thema Unsicherheit mit *„Eskalierende Unsicherheit lähmt Investitionen – IW-Konjunkturprognose Herbst 2016“* gar gleich im Titel. Einleitend wird diese Unsicherheit wie folgt näher ausgeführt:

„Die wirtschaftliche und politische Unsicherheit hat im Jahresverlauf 2016 noch einmal deutlich zugenommen. Neben den Wachstumsproblemen in großen Schwellenländern und der noch nicht gelösten Schulden- und Strukturprobleme in Europa haben der angekündigte Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und der Wahlausgang in den USA für eine nochmals geringere Planungssicherheit in den Unternehmen gesorgt“ (IW, 2016).

Im Tenor gleichlautend die Publikation Schwerpunkt Außenwirtschaft 2016/2017 der Österreichische Nationalbank und sowie der Wirtschaftskammer Österreich, wenn diese die große Bedeutung des Faktors Unsicherheit auf wirtschaftliche Entwicklungen herausheben. Die Herausgeber Gnan und Kronberger halten dazu gleich zu Beginn fest:

„2016 und die ersten Monate von 2017 waren global und in Europa durch ein Erstarken populistischer Strömungen, durch Rückschläge für die Marktintegration (z.B. Ruhendstellen der TTIP-Verhandlungen, Brexit, fortdauernde Beeinträchtigung des freien Personenverkehrs durch EU-interne Grenzkontrollen) und die dadurch ausgelösten Unsicherheiten gekennzeichnet.“

Auch Breitfuss und Wörz nennen in ihrem Beitrag in dieser Publikation „zunehmende protektionistische Tendenzen, politische Unsicherheiten und den Austritt Großbritanniens aus der EU“ als große Herausforderungen für die entwickelten Volkswirtschaften (ÖNB und WK, 2017).

Die Liste an diesbezüglicher Literatur ließe sich beinahe ebenso endlos fortsetzen, wie jene zu den positiven Folgen einer erhöhten Marktintegration. Dabei geht es nicht um das platte Postulat der völligen Vermeidung von Unsicherheit, sind doch Risiko und Unsicherheit integrale Bestandteile eines jeden ökonomischen Handlungsumfeldes. Es geht vielmehr darum, ein politisches Bewusstsein zu schaffen für die hohe Bedeutung von Planungssicherheit. Ein zu hohes Pokern in der Verhandlungsphase kann Unsicherheit erzeugen und die Planungssicherheit unnötig untergraben, mit entsprechenden Folgen für die Wirtschaft.

Auf die hohe ökonomische Bedeutung der Planungssicherheit hat bereits Walter Eucken hingewiesen, seines Zeichen Begründer der Freiburger Schule des Ordoliberalismus. Seiner Überzeugung nach ist es Aufgabe des Staates im Rahmen der Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftsordnung zu gestalten, nicht jedoch in das wirtschaftliche Handeln selbst und die wirtschaftlichen Prozesse einzugreifen. Eine Auffassung, die Ausdruck in den bekannten sieben konstituierenden und vier regulierenden Prinzipien fand, wobei unter den konstituierenden Prinzipien als ein zentrales Prinzip die Konstanz der Wirtschaftspolitik angeführt wird. Denn eine Wirtschaftspolitik, die Konstanz vermissen lässt, schaffe Unsicherheit und verhindere somit Investitionen.

„Eine gewisse Konstanz der Wirtschaftspolitik ist nötig, damit eine ausreichende Investitionstätigkeit in Gang kommt. Ohne diese Konstanz wäre auch die Wettbewerbsordnung nicht funktionsfähig. Die Wettbewerbsordnung ist imstande, die Investitionen auf die Dauer richtig aufeinander abzustimmen. Denn sie besitzt mit ihrer Preismechanik das Instrument, um Disproportionalitäten festzustellen und um sie schließlich zu korrigieren. Darin ist sie allen anderen Ordnungen überlegen. [...] Wenn aber die Wirtschaftspolitik nicht eine zureichende Konstanz besitzt, kann auch die Wettbewerbsordnung nicht voll funktionsfähig werden. Die langfristige Festlegung von Steuern, Handelsverträge, von Währungseinheiten usw. ist von erheblicher Bedeutung. Solange sie fehlt, ist mit einer ausreichenden Neigung zu investieren, nicht zu rechnen. Den Wirtschaftsplänen würde die zeitliche Tiefe fehlen, die nötig ist, um den modernen industriellen Produktionsapparat auszubauen und zu erhalten. [...] Die nervöse Unrast der Wirtschaftspolitik, die oft heute verwirft, was gestern galt, schafft ein großes Maß von

Unsicherheit und verhindert – zusammen mit den verzerrten Preisrelation – viele Investitionen. Es fehlt die Atmosphäre des Vertrauens“ (Eucken, 1952/1990).

4.3 Resümee

Staatsgrenzen sind keine von der Natur gezogenen Linien, sondern menschengemacht (Alesina, 2003). Sie sind Ergebnis aus dem Zusammenspiel unterschiedlichster Kräfte. Dies zeigt alleine die Tatsache, dass es noch Anfang der 1950er-Jahre etwas mehr als 50 Staaten auf dieser Erde gab. Heute sind es rund 200 und damit fast viermal so viele wie noch vor rund 70 Jahren (Alouini und Hubert, 2018).

Übersetzt in die Sprache der Ökonomik bedeutet dies, dass Staatsgrenzen nicht exogen, sondern endogen sind. Damit stellt sich aber die Frage: Was ist aus ökonomischer Sicht die optimale Größe eines Staates?

In der Ökonomik ergibt sich die Antwort auf diese Frage aus dem der Ökonomik inhärenten Optimierungsgedanken. Demnach ergibt sich die optimale Größe eines Staates aus einem Vergleich der Vor- und Nachteile, der ökonomischen Kosten und Nutzen, die mit einer veränderlichen Staatsgröße einhergehen. Kosten und Nutzen also, die mit der Staatsgröße variieren. Nutzen, die beispielsweise durch die schiere Größe des inländischen (Absatz)Marktes verbunden sind und von Skalenvorteilen, der effizienteren Bereitstellung öffentlicher Güter über einen intensiveren Wettbewerb bis hin zu einer größeren (Produkt)Vielfalt reichen können und in Summe so eine effizientere Allokation der knappen volkswirtschaftlichen Ressourcen ermöglichen. Vorteile, die jedoch zum Preis steigender Kosten erkaufte werden, die beispielsweise in Form einer zunehmenden Heterogenität in den Präferenzen in Bezug auf Staatsquote, Umverteilung und Umfang von öffentlichen Dienstleistungen der Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck kommen.

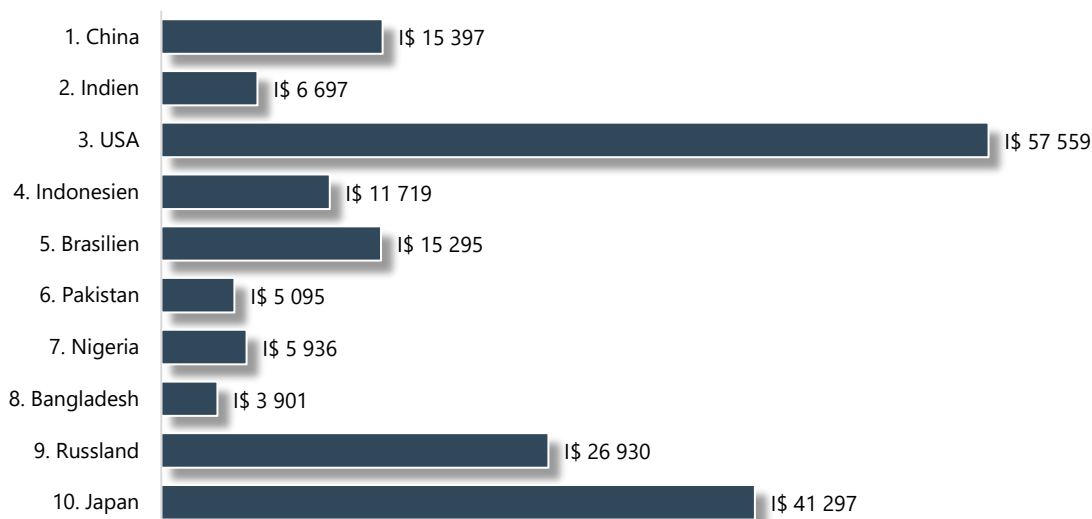
Aber so simpel und richtig diese Überlegung auch ist und so hilfreich diese Arbeitshypothese in der Forschung auch sein mag, so unklar ist im konkreten Einzelfall die Antwort. Denn in der Praxis müsste dazu eine Unzahl an Parametern und Einflussgrößen bekannt sein und damit eine Informationsfülle vorliegen, die so nicht gegeben ist, weshalb die Annahme der bloßen Existenz einer optimalen Größe selbst in der Academia in Frage gestellt wird (Conybare, 2009). Um den wissenschaftlichen Dissens zuzuspitzen: Es herrscht nicht einmal Einigkeit darüber, woran die Größe eines Staates gemessen werden soll. An der Bevölkerung, der Wirtschaftsleistung, dem Einfluss auf die Weltpolitik oder der kultivierbaren Fläche?

Eng damit zusammen hängt die Frage, ob große Volkswirtschaften ökonomisch erfolgreicher sind als kleine. Zum Beispiel in Bezug auf die materielle Wohlfahrt als wirtschaftliches Generalziel oder in Bezug auf Einkommen, Inflation, Gesundheit, Bildung, Qualität der Institutionen oder andere internationale Indizes (Rose, 2006). Und auch hier: Ein Blick alleine auf die Wirtschaftsleistung der zehn größten Volkswirtschaften dieser Erde zeigt, dass es keinen einfachen Zusammenhang zwischen Größe und dem materiellen Wohlstand in einer Volkswirtschaft gibt. Denn unter den zehn größten Volkswirtschaften der Erde liegen „lediglich“ 50 Prozent über dem weltweiten Durchschnitt⁴⁰ und nur die USA sowie Japan finden sich gemessen an

⁴⁰ Gemessen am Median des kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukts (zu laufenden Preisen).

der Wirtschaftsleistung pro Kopf im obersten Quartil und zählen damit zu den Top-25% der reichsten Länder dieser Erde.

Abbildung 4-2: Wirtschaftsleistung pro Kopf der zehn bevölkerungsreichsten Länder der Erde

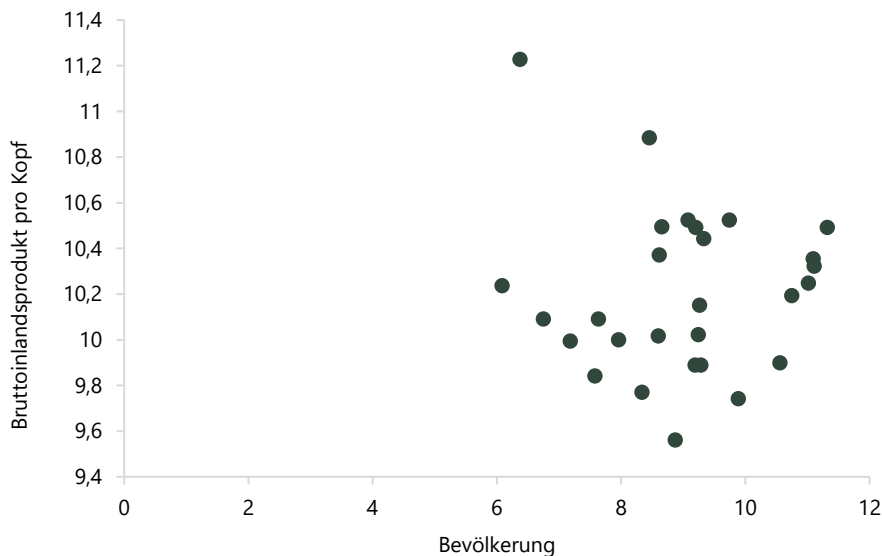


Quelle: Eurostat, 2018.
Kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2016 zu laufenden Preisen pro Kopf.

Und auch ein Blick auf Europa zeigt, dass keinesfalls der einfache Zusammenhang gilt, dass große Volkswirtschaften (gemessen an der Bevölkerung) wirtschaftlich erfolgreicher (gemessen an der Wirtschaftsleistung pro Kopf) sind als kleine. Abbildung 4-3 stellt die entsprechenden Zahlen graphisch dar und vermittelt damit dieses Ergebnis auch visuell. Aber auch eine einfache Korrelationsanalyse ergibt eine Korrelation nahe null und findet damit keinen Zusammenhang zwischen der Größe einer Volkswirtschaft und der Wirtschaftsleistung pro Kopf für die ausgewählten Staaten⁴¹.

⁴¹ Belgien, Bulgarien, Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland (bis 1990 früheres Gebiet der BRD), Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Finnland, Schweden sowie das Vereinigte Königreich

Abbildung 4-3: Wirtschaftsleistung pro Kopf und Bevölkerung europäischer Staaten



Quelle: Eurostat, 2018.

Bruttoinlandsprodukt gemessen in Kaufkraftstandards (KKS) pro Einwohner. Bevölkerung im Jahresdurchschnitt. Bezugsjahr: 2016 Darstellung in log-Form.

Was in den Abbildungen nun mehr als anekdotische Evidenz zu verstehen ist, fasst jedoch Andrew K. Rose (2006), Professor an der renommierten Berkeley Universität in seiner Arbeit im letzten Satz wie folgt zusammen.

„A country's size just doesn't seem to matter for its economic institutions and performance.“

Rose findet demnach in seiner Arbeit keine Belege dafür, dass der wirtschaftliche Erfolg einer Volkswirtschaft von deren Größe abhängt.

Was er jedoch findet, ist:

“Small countries are more open to international trade than large countries, but are not systematically different otherwise.“

Kleine Volkswirtschaften sind demnach offener als große, sind also stärker in den Austausch von Gütern und Dienstleistungen mit anderen Volkswirtschaften engagiert. Ein Faktum, das es kleinen Volkswirtschaften erlaubt, den eigenen Markt über die eigenen Grenzen hinweg zu erweitern, wodurch diese die ökonomischen Nachteile überwinden können, die sich aus der Begrenztheit des inländischen (Absatz)Marktes ergeben.

Was für kleine Volkswirtschaften aber typisch ist, erweist sich für einen unabhängigen Staat Südtirol als potenzielle Achillesferse, an der es ökonomisch getroffen werden kann. Denn neben den vielen Detailfragen, die zu lösen sind, ist es für die ökonomische Zukunft eines unabhängigen Staates Südtirol ganz entscheidend, welchen Zugang Südtirol zukünftig zum derzeit gemeinsamen europäischen Binnenmarkt haben wird und wie sich der Handel mit Restitalien entwickeln wird. Bleibt der Zugang zum europäischen Markt in der heutigen Form

bestehen und ändert sich der Handel mit Restitalien nicht, profitiert ein unabhängiger Staat Südtirol nicht nur von den unmittelbaren Vorteilen aus dem Handel selbst (Gehring und Scheider, 2017), sondern profitiert beispielsweise auch von sinkenden Transaktionskosten. So müssen etwa Handelsbeziehungen nicht jeweils bilateral geregelt werden oder Sicherheitsvorschriften, qualitative Mindeststandards an Güter und Dienstleistungen sowie technische und rechtliche Normen nicht eigens definiert, erstellt und kodifiziert werden. Bleibt ein unabhängiger Staat Südtirol Mitglied der Europäischen Union, bleibt zudem zumindest de jure auch die Möglichkeit bestehen, auf all diese Regelwerke in Sinne Südtirols einzuwirken.⁴²

Kommt es jedoch zu Veränderungen in den bestehenden Handelsbeziehungen, ist der Grad an Veränderung ganz entscheidend. Zu denken ist etwa daran, dass ein unabhängiger Staat Südtirol aus der EU-Zollunion herausfällt und auf tiefere Ebenen des internationalen Handelssystems zurückfällt. Dies kann eine Freihandelszone sein oder im negativeren Fall ein noch weiterer Rückschritt, wenn Südtirols Status auf die Ebene eines einfachen WTO-Mitglieds sinkt. Szenarien, in denen Südtiroler Produkte international mit Zöllen und oder Quoten belegt werden und so die volkswirtschaftlichen Gewinne Südtirols aus dem Außenhandel empfindlich schmälern können. Neben diesen formellen Beschränkungen ist aber etwa auch an politisch motivierte Handelsbeschränkungen in Form von moralischen Apellen gedacht, wenn beispielsweise in Restitalien zum freiwilligen Boykott Südtiroler Produkte aufgerufen wird oder dazu aufgerufen wird, nicht mehr in Südtirol Urlaub zu machen. Letzteres wird dann wahrscheinlicher, wenn auch in der Bevölkerung Restitaliens starke Motive vorliegen, die Eigenständigkeit Südtirols mit allen Mitteln zu verhindern. Dass es zu einer derartigen Reaktion durchaus kommen kann, zeigt das Beispiel Katalonien, wenn international agierende Unternehmen ankündigen, im Falle einer Unabhängigkeit Kataloniens ihre Aktivitäten in Katalonien einzustellen und sich aus Katalonien zurückzuziehen. Inwieweit hier unternehmerisches Kalkül – etwa steigende Unsicherheit im Falle einer Eigenständigkeit Kataloniens – oder aber politischer Druck auf die Unternehmen Ursache für derartige Ankündigungen sind, ist dabei zweitrangig. Denn was bleibt, ist ein Rückzug von Unternehmen aus Katalonien, der sich negativ auf Katalonien auswirkt. Dass dies keine leeren Drohungen waren, zeigte sich nach dem Referendum im Herbst 2017 in dessen Folge in den ersten beiden Wochen nach dem Referendum 691 Unternehmen ihren Firmensitz von Katalonien in andere spanische Regionen verlegten (La Vanguardia, 2017).

Dass von derartigen Veränderungen nicht alle Wirtschaftsakteure gleichermaßen betroffen sein werden, erklärt sich dabei von selbst. So sind naturgemäß etwa Produzenten, die vor allem für den Südtiroler Markt produzieren und keine bzw. nur eine geringe Exportabhängigkeit aufweisen, weniger stark betroffen als exportierende Unternehmen. Dies bedeutet, dass aufgrund der vergleichsweise hohen Exportquoten vor allem die Sektoren „Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren“ und „Erzeugnisse der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei“, aber auch der Sektor „Grundmetalle und Metallerzeugnisse“ sowie „Maschinen und mechanische Geräte“ relativ stärker von Handelsbeschränkungen betroffen wären. Unterschiede in der ökonomischen Betroffenheit ergeben sich aber etwa auch daraus, dass innerhalb der EU für

⁴² Dies gilt auch für die Nicht-EU-Mitgliedstaaten Norwegen, Island und Liechtenstein, die im Rahmen des EWR wirtschaftlich, nicht jedoch politisch in die EU integriert sind. Nicht integriert und damit kein Mitspracherecht hat die Schweiz, die sich 1992 gegen einen Beitritt zum EWR entschied. Weiter streben die europäischen Kleinstaaten Andorra, Monaco und San Marino seit dem Frühjahr 2015 Verhandlungen über die Teilnahme am EU-Binnenmarkt an.

Warenimporte aus Drittstaaten ein so genannter gemeinsamer Zolltarif gilt und sich die Zollsätze dabei nach der Warenart, der Herkunft sowie der wirtschaftlichen Sensibilität der Waren richten (Europäische Kommission, 2018). Die Bandbreite der Zolltarife ist dabei beträchtlich, nicht nur was die Produktart, sondern auch die Herkunft anbelangt. So beläuft sich der durchschnittliche Zolltarif in der EU für die Warengruppe „Früchte, Gemüse und Pflanzen“ auf 11,3 Prozent. Zollfrei sind 21,7 Prozent, während der höchste Zolltarif bei 157 Prozent liegt. In der Warengruppe „Transportausrüstungen“, deren Exportvolumen Südtirols zuletzt knapp 500 Millionen Euro betrug, beläuft sich der durchschnittliche Zolltarif der EU auf 4,1 Prozent, der maximale Tarif 22 Prozent und 16,5 Prozent des EU-Importvolumens dieser Warengruppe sind zollfrei (WTO, 2018).

Auch gilt es in der Projektion einer möglichen ökonomischen Zukunft eines unabhängigen Staates Südtirol zu bedenken, dass kleine Volkswirtschaften aufgrund ihrer gesteigerten Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung in anderen Volkswirtschaften sowie der relativ kleineren Binnennachfrage einen volatileren Konjunkturverlauf aufweisen als große. Auch gilt es zu bedenken, dass im Falle der Eigenstaatlichkeit Südtirols wohl die Nettozahlungen an Rom hinfällig wären, aber dafür Nettozahlungen beispielsweise an eine übergeordnete, supranationale Organisation zu leisten wären. Nettozahlungen, die sich aus der relativen Wirtschaftsstärke Südtirols ergeben und politisch zu verhandeln sein werden.

In Summe muss es daher für einen unabhängigen Staat Südtirol jedenfalls zentrales Anliegen sein, in ein größeres Ganzes wie einer Zollunion oder zumindest einer Freihandelszone eingebettet zu sein. Denn die Vorteile daraus liegen auf der Hand – und waren nicht zuletzt auch ökonomischer Motor der Unabhängigkeitsbestrebung.

Kann sich Südtirol eine Eigenstaatlichkeit leisten?

Quellen

5. Quellen

- Abteilung Finanzen der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol (2018).** Landeshaushalt und Rechnungslegung. <http://www.provinz.bz.it/finanzen/default.asp>. Zuletzt abgerufen am 16.01.2018.
- Abteilung Finanzen der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol (2018a).** Der Landeshaushalt und der Begleitbericht. <http://www.provinz.bz.it/finanzen/haushalt/716.asp>. Zuletzt abgerufen am 03.04.2018.
- Abteilung Finanzen der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol (2018a).** Bericht zum Haushalt 2015.
- Abteilung Öffentliche Körperschaften der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol (2018).** Gemeindenfinanzierung. <http://www.provinz.bz.it/oertliche-koerperschaften/themen/1162.asp>. Zuletzt abgerufen am 16.01.2018.
- Ades, A. und Glaeser, E. (1994).** Evidence on growth, increasing returns and the extent of the market. NBER Working paper Nr. 4714. Cambridge.
- Albalade, D., Bel, G. und Elias, F. (o. J.).** Institutional Determinants of military spending.
- Alesina, A. (2003).** The Size of Countries: Does Size Matter? *Journal of the European Economic Association* 1, 2-3, 301 – 316.
- Alesina, A. und Spolaore, E. (1997).** On the Number and Size of Nations. *The Quarterly Journal of Economics*, 112, 1027-1056.
- Alesina, A. und Spolaore, E. (2003).** *The Size of Nations*. MIT Press. Cambridge and London.
- Alesina, A. und Spolaore, E. (2015).** What's Happening to the Number and Size of Nations?
- Alesina, A. und Wacziarg, R. (1997).** Openness, country size and the government. NBER Working paper Nr. 6024. Cambridge.
- Alesina, A., Spolaore, E. und Wacziarg, R. (1997).** Economic integration and political disintegration. NBER Working paper Nr. 6163. Cambridge.
- Alouini, O. und Hubert, P. (2018).** Country Size, Economic Performance and Volatility. http://hubertpaul.free.fr/Country_Size.pdf. Zuletzt abgerufen am 06.05.2018.
- Altieri, M., Fattor, L., Piazzini, B., Resch, S. und Smaniotto, L. (2009).** Italien im Lichte der Öffentlichen Territorialen Konten (Conti Pubblici Territoriali – CPT). Die öffentlichen Finanzströme in der Autonomen Provinz Bozen. Monografie. Bozen.
- Amt der Tiroler Landesregierung (2016).** Gemeindefinanzbericht 2016: Die Finanzlage der Gemeinden Tirols im Haushaltsjahr 2015. <https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/tirol-europa/gemeinden/downloads/GFB2016.pdf>. Zuletzt abgerufen am 27.04.2018.
- ASTAT (2009).** ATECO 2007. Klassifikation der Wirtschaftstätigkeiten abgeleitet von der Nace Rev. 2. Classificazione delle attività economiche derivata dalla Nace Rev. 2. Autonome Provinz Bozen - Südtirol Landesinstitut für Statistik - ASTAT. Bozen.
- ASTAT (2013).** Input-Output-Tabelle – 2010.
- ASTAT (2014).** Input-Output-Tabelle – 2011.

- ASTAT (2018).** Sistema CPT. Conti Pubblici Territoriali. Öffentliche Territoriale Konten (CPT). <http://astat.provinz.bz.it/de/cpt-oeffentliche-territoriale-konten.asp>. Zuletzt abgerufen am 15.01.2018.
- Autonome Provinz Bozen – Südtirol (2017).** Tag der Autonomie. 07. September 2017. <http://www.provinz.bz.it/autonomietag/autonomie.asp>. Zuletzt abgerufen am 16.01.2018.
- Becker, G. (2012).** Breakup of Countries: No Economic Disaster. <http://www.becker-posner-blog.com/2012/12/breakup-of-countries-no-economic-disaster-becker.html>. Zuletzt abgerufen am 03.04.2018.
- Benedikter, Thomas (2014).** Südtirol als Nettoempfänger bei den öffentlichen Finanzen. POLITISLUPE 22.10.2014 – Stichwort „Nettoempfänger“. Bozen.
- Benedikter, Thomas (2015).** Südtirol Netto-Empfänger? Die finanz- sozial- und wirtschaftspolitischen Implikationen der strukturellen Nettoempfängerposition Südtirols bei den öffentlichen Finanzen bis 2009. Politis-Expertise. 9/2015. Bozen.
- Benedikter, Thomas (2016).** Mehr Eigenständigkeit wagen. Südtirols Autonomie heute und morgen. Politis- Reihe Politik in Südtirol für EinsteigerInnen – Band 2. Arca edizioni. Bozen.
- Bundesamt für Statistik (2018).** <https://www.pxweb.bfs.admin.ch/pxweb/de/?rxid=e97b16bc-f461-440f-ab27-7efa59479f74>. Zuletzt abgerufen am 26.01.2018.
- Bundesministerium für Finanzen (2018).** Diverse Budgetkennzahlen. <https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/das-budget.html>. Zuletzt abgerufen am 24.01.2018.
- Busch, B. und Matthes, J. (2016).** Die ökonomische Auswirkungen eines Brexit: Ergebnisse einer Meta-Analyse. Ökonomenstimme vom 27.04.2016. <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2016/04/die-oekonomischen-auswirkungen-eines-brex-it-ergebnisse-einer-meta-analyse/>. Zuletzt abgerufen am 05.03.2018.
- Center for Security Studies (2014).** Separatismus in der EU. CSS Analysen zur Sicherheitspolitik. Nr. 160. CSS ETH Zürich.
- Coeweb (2018).** Statistiche commercio estero. <https://www.coeweb.istat.it/>. Zuletzt abgerufen am 13.03.2018.
- Conybeare, J. A. C. (2009).** Survivor: Is There an Optimal Country Size? International Interactions. Volume 35, 2. pp 129 – 154. London.
- CPT (2007 / 2016).** Guide to the Regional Public Accounts. Methodological and operational aspects of the construction of the consolidated public accounts at the regional level. Update 2016 (Aggiornamenti metodologici). <http://www.agenziacoesione.gov.it>. Zuletzt abgerufen am 20.02.2018.
- CPT (2018).** Conti Pubblici Territoriale. Agenzia per la Coesione Territoriale. http://www.agenziacoesione.gov.it/it/cpt/02_dati/01catalogo_open_cpt/DatiCPT_CatalogoCPT.html. Zuletzt abgerufen am 10.01.2018.

- Dhingra, S., Ottaviano G., Sampson, T. und Van Reenen, J. (2015).** The consequences of Brexit for UK trade and living standards. Paper Brexit02. Center for Economic Performance. LSE. London.
- Die neue Südtiroler Tageszeitung online (2016).** Weniger Schulden. <http://www.tageszeitung.it/2016/09/07/weniger-schulden/>. Zuletzt abgerufen am 03.04.2018.
- Dixit, A. K. (1989).** Entry and exit decisions under uncertainty. *Journal of Political Economy*, 97(3), pp 620 – 38.
- Dreyer, J. K. und Schmid, P. A. (2016).** Does the Euro enhance Economic Growth? EU and EZ Growth Effects following the Introduction of the Euro. In I. PALEKOVÁ, & I. SZAROWSKÁ (Eds.), *Proceedings of the 15th International Conference on Finance and Banking*, pp. 72 – 83. Karviná: Silesian University.
- E-International Relations (2016).** <https://www.e-ir.info/2015/11/09/whats-happening-to-the-number-and-size-of-nations/>. Zuletzt abgerufen am 25.04.2018.
- Euken, W. (1952/1990).** Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. durchgesehene Auflage. XVI. Kapitel: Die Politik der Wettbewerbsordnung – Die konstituierenden Prinzipien. SS 254–291. Tübingen.
- Europäische Kommission (2018).** Was ist der Gemeinsame Zollltarif? https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/calculation-customs-duties/what-is-common-customs-tariff_de. Zuletzt abgerufen am 03.04.2018.
- Eurostat (2018).** Diverse Auswertungen. <http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>. Zuletzt abgerufen am 10.01.2018.
- Eurostat (2018a).** http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/2/2e/Gross_domestic_product_%28GDP%29_per_inhabitant_in_purchasing_power_standards_%28PPS%29_in_relation_to_the_EU-28_average%2C_by_NUTS_2_regions%2C_2015_%28%25_of_the_EU-28_average%2C_EU-28_%3D_100%29_MAP_RYB17.png. Zuletzt abgerufen am 03.04.2018.
- Eurostat (2018b).** Glossar: Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staates (COFOG). [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:Classification_of_the_functions_of_government_\(COFOG\)/de](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:Classification_of_the_functions_of_government_(COFOG)/de). Zuletzt abgerufen am 04.04.2018.
- EZB (2017).** Warum ist die EZB unabhängig? https://www.ecb.europa.eu/explainers/tell-me-more/html/ecb_independent.de.html. Zuletzt abgerufen am 08.02.2018.
- FAZ (2018).** Studie: Harter Brexit kostet Unternehmen 70 Milliarden Euro. Ausgabe vom 11.03.2018. Frankfurt am Main.
- Felbermayr, G. und Gröschl, J. (2017).** Freihandel von Lissabon bis Wladiwostok. ifo Schnelldienst. ISSN 0018-974X. Vol. 70, Iss. 02, pp. 39-50.
- GAW (2016).** Bedeutung des Tourismus für Tirol. Berechnung der Wertschöpfung, Beschäftigung und Einkommen. Innsbruck.
- Gehring, K. und Schneider, St. (2017).** Regional Resources and Democratic Secessionism. CIS Working Paper No. 90. Center for Comperative and International Studies (CIS). ETH Zürich.

- Gunning, J. P. (2002).** Is National Defense a Public Good. <http://www.constitution.org/pd/gunning/issues/econ/topics/ndpubgd.htm>. Zuletzt abgerufen am 27.04.2018.
- Handley, K. and Limão, N. (2015).** Trade and Investment under Policy Uncertainty: Theory and Firm Evidence. *American Economic Journal: Economic Policy* 7(4): 189 - 222.
- IDM Südtirol Alto Adige (2018).** Südtirol Kalenderjahr 2015. 1. Jänner bis 31. Dezember. <http://www.smg.bz.it/de/service/zahlen-fakten/statistiken>. Zuletzt abgerufen am 15.01.2018.
- ISTAT (2018).** Diverse Auswertungen. <http://dati.istat.it/?lang=en>. Zuletzt abgerufen am 10.01.2018.
- ISTAT (2018a).** Mappa interattiva dei flussi di pendolarismo. http://www.istat.it/pendolarismo/grafici_province_cartografia_2011.html?anno=2011&provincia=Bolzano/Bozen&motivo=2&provtext=Bolzano/Bozen. Zuletzt abgerufen am 26.01.2018.
- IW (2016).** Eskalierende Unsicherheit lähmt Investitionen – IW-Konjunkturprognose Herbst 2016. *IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung*. ISSN 1864-810X, Vol. 43, Iss. 4, pp. S1 – S45. Köln.
- IW (2017).** Arbeitsmarkt trägt Konjunktur - Erfolge nicht verspielen: IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2017. *IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung*. ISSN 1864-810X, Vol. 44, Iss. 2, pp. S1 – S46. Köln.
- König, J. und Ohr, R. (2014).** Wie viel EU-Integration für die Schweiz? *Ökonomenstimme* vom 26.08.2014.
- KVW (2018).** Viele Infos für Grenzpendler. <http://www.kvw.org/de/news/grenzpendlertagung-2018--19-526.html>. Zuletzt abgerufen am 26.01.2018.
- La Vanguardia (2017).** Traslado de sedes. Casi 700 empresas se llevan su sede de Catalunya tras el 1-O. Ausgabe vom 17.10.2017. Barcelona.
- ÖNB und WK (2017).** Schwerpunkt Außenwirtschaft 2016/2017: Direktinvestitionen: Trends, Erklärungsfaktoren, Barrieren. Gnan E. und Kronberger, R.(Hg.). Wien.
- Ottaviano G., Pessoa, J. P. und Van Reenen, J. (2014).** Brexit or Fixit? The Trade and Welfare Effects of Leaving the European Union. CEP Policy Analysis.
- Ottaviano G., Pessoa, J. P., Sampson, T. und Van Reenen, J. (2014).** The Costs and Benefits of Leaving the EU. CEP mimeo.
- Posner, R. (2012).** The optimal size of countries. <http://www.becker-posnerblog.com/2012/12/the-optimal-size-of-countries-posner.html>. Zuletzt abgerufen am 03.04.2018.
- PwC (2016).** Leaving the EU: Implications for the UK economy. UK.
- Rodrik, D. (1996).** Why do more open economies have bigger governments. NBER Working paper Nr. 5537. Cambridge.
- Rose, A. K. (2006).** Size really doesn't matter: In search of a national scale effect. NBER Working Paper Nr. 12191. Cambridge.

- Ross, J. M., Yakovlev, P. (2007).** Is National Defense a Public Good? http://www.academia.edu/787495/Is_the_Provision_of_National_Defense_a_Public_Good. Zuletzt abgerufen am 27.04.2018.
- Samuelson, P. (1954).** The pure theory of public expenditure. *Review of Economics and Statistics*, 36, S387 – S389.
- Samuelson, P. (1955).** A diagrammatic exposition of a theory of public expenditure. *Review of Economics and Statistics*, 37, S350 – S356.
- Spiegel Online (2016).** Unabhängigkeitspläne Warum Venetien ein eigener Staat werden will. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-venetien-plant-die-unabhaengigkeit-a-1125219.html>. Zuletzt abgerufen am 03.04.2018.
- Spolaore, E. (2013).** What Is European Integration Really About? A Political Guide for Economists. Tufts University and NBER. <http://sites.tufts.edu/enricospolaore/files/2012/08/Euro-June-2013.pdf>. Zuletzt abgerufen am 24.05.2018.
- Spolaore, E. (2015).** Monnet's chain reaction and the future of Europe. <https://voxeu.org/article/monnet-s-chain-reaction-and-future-europe>. Zuletzt abgerufen am 25.04.2018.
- Statistisches Jahrbuch für Südtirol (2016).** Annuario statistico della Provincia di Bolzano. Autonome Provinz Bozen/Südtirol Landesinstitut für Statistik – ASTAT. Bozen.
- Statistisches Jahrbuch für Südtirol (2017).** Annuario statistico della Provincia di Bolzano. Autonome Provinz Bozen/Südtirol Landesinstitut für Statistik – ASTAT. Bozen.
- Süddeutsche Zeitung (2017).** Sezessionsbewegungen in Europa: Katalonien ist überall. <http://www.sueddeutsche.de/politik/sezessionsbewegungen-in-europa-katalonien-ist-ueberall-1.3717922>. Zuletzt abgerufen am 03.04.2018.
- Südtiroler Landesverwaltung (2016).** Arbeitsmarkt News 07/2016. Autonome Provinz Bozen – Südtirol. Abteilung 19 – Arbeit. Bozen
- Südtiroler Landtag (2014).** http://www.landtag-bz.org/de/datenbanken-sammlungen/fraktionen-db.asp?archiv_action=4&archiv_article_id=473783. Zuletzt abgerufen am 24.01.2018.
- SV (2018).** Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen. Jahresdurchschnittswerte 2017. Wien.
- Tagesspiegel (2017).** Separatisten in Europa: Nicht nur Katalonien: Wer alles nach Unabhängigkeit strebt. <https://www.tagesspiegel.de/politik/separatisten-in-europa-nicht-nur-katalonien-wer-alles-nach-unabhaengigkeit-strebt/20366008.html>. Zuletzt abgerufen am 03.04.2018.
- Tirolatlas (2004).** Wirtschaft und Politik. Wirtschaftsförderung durch die Länder und Gemeinden. Kartentext Nr. 164. Tirol Atlas. Geographie Universität Innsbruck.
- Welfens, Paul J. J. und Hanrahan, D. (2018).** BREXIT: Key Analytical Issues and Insights from Revised Economic Forecasts. EIIW Discussion paper disbei235. Universitätsbibliothek Wuppertal.
- Weltbank (2018).** Diverse Auswertungen. <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.DEFL.ZS?locations=IT>. Zuletzt abgerufen am 10.01.2018.

WIFO Wirtschaftsforschungsinstitut Bozen (2009). Öffentliche Einnahmen und Ausgaben in Südtirol. Jahre 1996 – 2007. Bozen.

Woolley, F. (o. J). Why public goods are a pedagogical bad. <https://carleton.ca/economics/wp-content/uploads/cep06-06.pdf>. Zuletzt abgerufen am 04.04.2018.

WTO (2018). Current Situation of Schedules of WTO Members. <http://stat.wto.org/TariffProfile/WSDBTariffPFView.aspx?Language=E&Country=E28>. Zuletzt abgerufen am 03.04.2018.

Kann sich Südtirol eine Eigenstaatlichkeit leisten?

Anhang

6. Anhang

Tabelle 6-1: Klassifizierung der Körperschaften des Erweiterten Öffentlichen Sektors

Öffentliche Verwaltungen		
Zentralverwaltungen	Regionalverwaltungen	Lokalverwaltungen
Staat	Autonome Provinzen und Regionen	Provinzen und Hauptstadtgemeinden
Staatsvermögen	Von Regionen abh. Körperschaften	Gemeindeverwaltungen
ANAS (Agentur Staatsstraßen)	Sanitätsbetriebe, Krankenhäuser und Forschungskliniken (IRCCS)	Berggemeinschaften und andere Verbände lokaler Körperschaften
Vorsorgeeinrichtungen		Handels-, Industrie- und Handwerkerkammer
Andere Körperschaften der Zentralverwaltungen		Von Lokalverwaltungen abh. Körperschaften
Equitalia		Universität
		Hafenorganisationen und -behörden
		Nationalparks
Andere Verwaltungen		
Gesamtst. Öffentliche Unternehmen	Lokale öffentliche Unternehmen	
Betrieb der Staatlichen Monopole	Konsortien und Vereine und Verbände lokaler Körperschaften	
Ente Tabacchi Italiano (bis 2003, Jahr der kompletten Privatisierung)	Lokale Unternehmen und Einrichtungen	
ENEL (Elektrizität)	Beteiligungsgesell. und -stiftungen	
Poste Italiane SpA		
Ferrovie dello Stato		
ENI (Energie)		
ACI (Italienischer Automobilclub)		
Ehemalige IRI-Betriebe (Flughäfen von Rom, Alitalia, Finmeccanica, Fintecna, RAI)		
ENAV (seit 2001)		
GSE - Netzbetreibergesellschaft		
Terna Rete Elettrica Nazionale (Energie)		
Infrastrutture SpA / Cassa Depositi e Prestiti		
Italia Lavoro		
SIMEST (Entwicklung und Förderung italienischer Unternehmen im Ausland)		
SOGESID (Betreibergesellschaft von Wasserversorgungsanlagen)		
SOGIN (Unternehmen zur Beseitigung der stillgelegten Kernkraftanlagen)		
Invitalia (ex Sviluppo Italia)		

Quelle: CPT, 2007 / 2016.

6.1 Örtliche öffentliche Körperschaften in Südtirol

Die folgenden Ausführungen sind dem Statistischen Jahrbuch Südtirols das Jahres 2016 entnommen. Dort ist bezüglich des Umfangs der in den CPT berücksichtigten Körperschaften zu lesen:

Unter den örtlichen öffentlichen Körperschaften werden nur jene berücksichtigt, die ihren Sitz in Südtirol haben, wobei die wichtigsten

- die Autonome Provinz Bozen-Südtirol,
- die Gemeinden,
- der Sanitätsbetrieb,
- die Bezirksgemeinschaften und
- die ASWE - Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung sind.

Es werden nur Wohlfahrtseinrichtungen öffentlichen Rechts erfasst. Darunter fallen ÖBPB, Altersheime, Stiftungen, Institute und Heime für Schüler.

Konsortien sind Zusammenschlüsse mehrerer Gemeinden, die – auch mit möglicher Beteiligung der Landesverwaltung – für die Erfüllung übergemeindlicher Aufgaben zuständig sind. Die wichtigsten Arten sind Abwasserverbände, Bonifizierungskonsortien, Trinkwasser- und Müllentsorgungskonsortien sowie die Schulkonsortien.

Zu den sonstigen öffentlichen Körperschaften gehören auch die Handels-, Industrie-, Handwerks und Landwirtschaftskammer Bozen, das Institut für den Sozialen Wohnbau des Landes Südtirol, das Verkehrsamt Bozen, die Kurverwaltung Meran, die Europäische Akademie Bozen (Eurac) und die Freie Universität Bozen.

Darüber hinaus gehören zahlreiche Kapitalgesellschaften dazu, die von öffentlichen Rechtsträgern kontrolliert werden und in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen tätig sind. Zu ihnen gehören: SEL Südtiroler Elektrizitätsaktiengesellschaft, Etschwerke AG, Brennerautobahn A22 AG (der Südtiroler Anteil an den Einnahmen und Ausgaben wird aufgrund der Kapitalbeteiligung berechnet), Stadtwerke Brixen AG, Stadtwerke Meran AG, STA Südtiroler Transportstrukturen AG, Meranarena GmbH, Finance Südtirol AG, TIS Techno Innovation Südtirol AG, ARA Pustertal AG, Südtiroler Informatik AG. Die Stadtwerke Bruneck und der SGW Sonderbetrieb Gemeindewerke Schlanders gelten als die wichtigsten gemeindeeigenen Betriebe. Seit dem Finanzjahr 2012 werden 18 neue Gesellschaften erhoben, darunter die Brennercom AG, die hauptsächlich in den Bereichen Energie und Telekommunikation tätig sind.

Zu den zentralen öffentlichen Körperschaften gehören: der Staat, die staatlichen Fürsorgekörperschaften und andere staatliche Körperschaften, darunter die ehemaligen autonomen Betriebe (Staatsbahnen, Darlehens- und Depositenkasse, RAI, Alitalia), die öffentlichen Wirtschafts- und Nichtwirtschaftskörperschaften (ACI, Nationalinstitut für den Außenhandel, CNR, CONI, Rotes Kreuz), die Körperschaften für die Verwaltung von Staatsbeteiligungen (ENEL, ENI und IRI) und die beteiligten Kapitalgesellschaften (GSE AG und Terna AG).

Die autonome Region Trentino-Südtirol scheint in der Konsolidierten Haushaltsrechnung der öffentlichen Körperschaften als örtliche Körperschaft auf, obwohl sich ihre territorialen Kompetenzen auch auf außerhalb Südtirols erstrecken. Die Aufteilung auf die zwei autonomen

Provinzen erfolgt anhand der durchschnittlichen Wohnbevölkerung des jeweiligen Jahres (Statistisches Jahrbuch für Südtirol, 2017).

6.2 Intra- und Extra-EU Handel der EU-Mitgliedstaaten

Tabelle 6-2: Intra- und Extra-EU Importe der EU-Mitgliedstaaten

	Importe gesamt	Importe Intra-EU		Importe Extra-EU	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Belgien	€ 339,1 Mrd.	€ 212,7 Mrd.	62,7%	€ 126,4 Mrd.	37,3%
Bulgarien	€ 26,3 Mrd.	€ 17,0 Mrd.	64,3%	€ 9,4 Mrd.	35,7%
Tschechische Republik	€ 127,5 Mrd.	€ 97,9 Mrd.	76,8%	€ 29,6 Mrd.	23,2%
Dänemark	€ 77,3 Mrd.	€ 53,5 Mrd.	69,2%	€ 23,8 Mrd.	30,8%
Deutschland	€ 947,6 Mrd.	€ 621,6 Mrd.	65,6%	€ 326,0 Mrd.	34,4%
Estland	€ 13,1 Mrd.	€ 10,7 Mrd.	81,6%	€ 2,4 Mrd.	18,4%
Irland	€ 70,1 Mrd.	€ 46,7 Mrd.	66,6%	€ 23,4 Mrd.	33,4%
Griechenland	€ 43,6 Mrd.	€ 23,1 Mrd.	52,9%	€ 20,5 Mrd.	47,1%
Spanien	€ 281,2 Mrd.	€ 170,8 Mrd.	60,7%	€ 110,4 Mrd.	39,3%
Frankreich	€ 518,1 Mrd.	€ 352,6 Mrd.	68,1%	€ 165,5 Mrd.	31,9%
Kroatien	€ 18,6 Mrd.	€ 14,4 Mrd.	77,7%	€ 4,1 Mrd.	22,3%
Italien	€ 370,5 Mrd.	€ 217,4 Mrd.	58,7%	€ 153,1 Mrd.	41,3%
Zypern	€ 6,3 Mrd.	€ 4,0 Mrd.	63,5%	€ 2,3 Mrd.	36,5%
Lettland	€ 13,1 Mrd.	€ 10,4 Mrd.	79,4%	€ 2,7 Mrd.	20,6%
Litauen	€ 25,4 Mrd.	€ 17,2 Mrd.	67,7%	€ 8,2 Mrd.	32,3%
Luxemburg	€ 21,2 Mrd.	€ 15,4 Mrd.	72,6%	€ 5,8 Mrd.	27,4%
Ungarn	€ 82,9 Mrd.	€ 63,5 Mrd.	76,6%	€ 19,4 Mrd.	23,4%
Malta	€ 5,5 Mrd.	€ 3,6 Mrd.	66,7%	€ 1,8 Mrd.	33,3%
Niederlande	€ 464,3 Mrd.	€ 212,2 Mrd.	45,7%	€ 252,1 Mrd.	54,3%
Österreich	€ 140,7 Mrd.	€ 108,0 Mrd.	76,8%	€ 32,7 Mrd.	23,2%
Polen	€ 177,1 Mrd.	€ 125,3 Mrd.	70,7%	€ 51,8 Mrd.	29,3%
Portugal	€ 60,3 Mrd.	€ 46,2 Mrd.	76,5%	€ 14,2 Mrd.	23,5%
Rumänien	€ 63,0 Mrd.	€ 48,6 Mrd.	77,2%	€ 14,4 Mrd.	22,8%
Slowenien	€ 26,9 Mrd.	€ 18,8 Mrd.	70,0%	€ 8,1 Mrd.	30,0%
Slowakei	€ 66,2 Mrd.	€ 52,1 Mrd.	78,7%	€ 14,1 Mrd.	21,3%
Finnland	€ 54,5 Mrd.	€ 39,8 Mrd.	73,0%	€ 14,7 Mrd.	27,0%
Schweden	€ 120,2 Mrd.	€ 82,7 Mrd.	68,8%	€ 37,4 Mrd.	31,2%
Vereinigtes Königreich	€ 560,8 Mrd.	€ 301,5 Mrd.	53,8%	€ 259,3 Mrd.	46,2%
Summe	€ 4.721,4 Mrd.	€ 2.987,8 Mrd.	63,3%	€ 1.733,7 Mrd.	36,7%

Quelle: Eurostat, 2018.
Zahlen für das Jahr 2015.

Tabelle 6-3: Intra- und Extra-EU Exporte der EU-Mitgliedstaaten

	Exporte Intra-EU			Exporte Extra-EU	
	Exporte gesamt	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Belgien	€ 357,8 Mrd.	€ 257,6 Mrd.	72,0%	€ 100,2 Mrd.	28,0%
Bulgarien	€ 22,9 Mrd.	€ 14,9 Mrd.	64,9%	€ 8,0 Mrd.	35,1%
Tschechische Republik	€ 142,4 Mrd.	€ 118,5 Mrd.	83,2%	€ 23,9 Mrd.	16,8%
Dänemark	€ 86,1 Mrd.	€ 52,8 Mrd.	61,3%	€ 33,3 Mrd.	38,7%
Deutschland	€ 1.195,8 Mrd.	€ 692,8 Mrd.	57,9%	€ 503,0 Mrd.	42,1%
Estland	€ 11,6 Mrd.	€ 8,7 Mrd.	75,1%	€ 2,9 Mrd.	24,9%
Irland	€ 112,4 Mrd.	€ 59,8 Mrd.	53,2%	€ 52,6 Mrd.	46,8%
Griechenland	€ 25,8 Mrd.	€ 14,0 Mrd.	54,3%	€ 11,8 Mrd.	45,7%
Spanien	€ 254,6 Mrd.	€ 165,6 Mrd.	65,1%	€ 89,0 Mrd.	34,9%
Frankreich	€ 457,2 Mrd.	€ 269,9 Mrd.	59,0%	€ 187,3 Mrd.	41,0%
Kroatien	€ 11,7 Mrd.	€ 7,7 Mrd.	65,9%	€ 4,0 Mrd.	34,1%
Italien	€ 412,3 Mrd.	€ 226,0 Mrd.	54,8%	€ 186,3 Mrd.	45,2%
Zypern	€ 3,0 Mrd.	€ 1,3 Mrd.	44,2%	€ 1,7 Mrd.	55,8%
Lettland	€ 10,9 Mrd.	€ 7,6 Mrd.	69,2%	€ 3,4 Mrd.	30,8%
Litauen	€ 22,9 Mrd.	€ 14,0 Mrd.	61,3%	€ 8,9 Mrd.	38,7%
Luxemburg	€ 15,4 Mrd.	€ 13,0 Mrd.	84,3%	€ 2,4 Mrd.	15,7%
Ungarn	€ 88,8 Mrd.	€ 72,2 Mrd.	81,3%	€ 16,6 Mrd.	18,7%
Malta	€ 2,4 Mrd.	€ 1,1 Mrd.	45,7%	€ 1,3 Mrd.	54,3%
Niederlande	€ 515,0 Mrd.	€ 391,0 Mrd.	75,9%	€ 123,9 Mrd.	24,1%
Österreich	€ 137,8 Mrd.	€ 96,5 Mrd.	70,1%	€ 41,2 Mrd.	29,9%
Polen	€ 179,4 Mrd.	€ 142,4 Mrd.	79,3%	€ 37,1 Mrd.	20,7%
Portugal	€ 49,6 Mrd.	€ 36,1 Mrd.	72,7%	€ 13,6 Mrd.	27,3%
Rumänien	€ 54,6 Mrd.	€ 40,2 Mrd.	73,7%	€ 14,4 Mrd.	26,3%
Slowenien	€ 28,8 Mrd.	€ 21,9 Mrd.	76,0%	€ 6,9 Mrd.	24,0%
Slowakei	€ 67,8 Mrd.	€ 58,0 Mrd.	85,5%	€ 9,9 Mrd.	14,5%
Finnland	€ 53,9 Mrd.	€ 31,8 Mrd.	59,0%	€ 22,1 Mrd.	41,0%
Schweden	€ 125,1 Mrd.	€ 72,7 Mrd.	58,1%	€ 52,4 Mrd.	41,9%
Vereinigtes Königreich	€ 414,3 Mrd.	€ 184,1 Mrd.	44,4%	€ 230,3 Mrd.	55,6%
Summe	€ 4.860,3 Mrd.	€ 3.072,2 Mrd.	63,2%	€ 1.788,1 Mrd.	36,8%

Quelle: Eurostat, 2018.
Zahlen für das Jahr 2015.

Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung KG

Sparkassenplatz 2/1/115

6020 Innsbruck

www.gaw.institute

Firmenbuch-Nr.: 440348 x

Firmenbuchgericht: Landesgericht Innsbruck

